



Österreichische Staatsdruckerei Holding AG, Wien

Jahresfinanzbericht

Gem. § 82 Abs. 4 Börsegesetz BGBl 12007/19

der

Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

Wien

Zum Stichtag 31. März 2017

Für das Geschäftsjahr 2016/17



Österreichische Staatsdruckerei Holding AG, Wien

INHALTSÜBERBLICK:

**Teil A: GESCHÄFTSBERICHT DER ÖSTERREICHISCHE
STAATSDRUCKEREI HOLDING AG FÜR DAS
GESCHÄFTSJAHR 2016/17**

- **Geprüfter Konzernabschluss**
- **Konzernlagebericht**
- **Erklärung der gesetzlichen Vertreter**

**Teil B: EINZELABSCHLUSS DER ÖSTERREICHISCHE
STAATSDRUCKEREI HOLDING AG FÜR DAS
GESCHÄFTSJAHR 2016/17**

- **Geprüfter Einzelabschluss**
- **Lagebericht**
- **Erklärung der gesetzlichen Vertreter**



Österreichische Staatsdruckerei Holding AG, Wien

Teil A:

**GESCHÄFTSBERICHT DER ÖSTERREICHISCHE
STAATSDRUCKEREI HOLDING AG**

FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2016/17

Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

Geschäftsbericht 2016/17

MICK
MY IDENTITY CHECK

MIA
MY IDENTITY APP

CSD 

Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

Geschäftsbericht 2016/17

Inhalt

Die wichtigsten Konzernkennzahlen im Überblick	7
Das Unternehmen	9
Vorwort des Vorstandes	11
Konzern-Lagebericht 2016/17	15
1. Geschäftsverlauf, Geschäftsergebnis und Lage des Konzerns	15
1.1. Geschäft und Rahmenbedingungen sowie nicht finanzielle Leistungsindikatoren	15
1.2. Geschäftsergebnis, Ertragslage	17
1.3. Finanzlage	17
1.4. Vermögenslage	18
1.5. Mitarbeiter	19
1.6. Forschung und Entwicklung (Forschungsbericht)	20
1.7. Umwelt	21
1.8. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres	21
2. Voraussichtliche Entwicklung	22
3. Risikoberichterstattung	22
3.1. Wesentliche Risiken und Ungewissheiten, denen der Konzern ausgesetzt ist	22
Absatz- und Umsatzrisiko	22
Operational-Risiko	22
Forschung und Entwicklung	23
Beschaffungsrisiko	23
Liquiditätsrisiko	23
Preisrisiko	23
3.2. Risiken im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten	24
4. Angaben gemäß § 243a UGB	24
Corporate Governance Bericht 2016/17	29

IFRS-Konzernabschluss	33
A Grundlagen und Bilanzierungsmethoden	41
B Erläuterungen zur Konzern Bilanz und zur Konzern Gesamtergebnisrechnung	63
C Sonstige Angaben zum Konzernabschluss	87
Bestätigungsvermerk	100
Bericht des Aufsichtsrates	111
Vorschlag für die Gewinnverteilung	112
Erklärung aller gesetzlichen Vertreter gemäß § 82 Abs. 4 Z3 BörseG	113



OSD
ÖSTERREICHISCHE STAATSDRUCKEREI

SMART IDEA: SMARTPHONE ID.



With My Identity App (MIA)



you have all your IDs, always
readily available on your smartphone.



SECURELY MANAGING
DIGITAL IDENTITIES

mia.at | facebook.com/MIAbyOSD

Die wichtigsten Konzernkennzahlen im Überblick:

		2016/17	2015/16
Umsatzerlöse	TEUR	44.669	40.516
Exportanteil	%	7,3%	18,3%
EBITDA	TEUR	9.797	8.119
Betriebsergebnis (EBIT)	TEUR	7.912	6.175
Ergebnis vor Steuern	TEUR	7.482	5.698
Periodenergebnis	TEUR	5.814	4.703
Kapitalstruktur			
Eigenkapital	TEUR	22.982	20.277
Eigenkapitalquote	%	38,5%	36,1%
Fremdkapital	TEUR	36.701	35.875
Fremdkapitalquote	%	61,5%	63,9%
Personalstand im Durchschnitt		141	140
Anzahl der ausgegebenen Aktien	Stück	7.500.000	7.500.000
davon Eigene Aktien			
(Staatsdruckerei Mitarbeiter			
Privatstiftung und Rückkauf)	Stück	592.500	592.500
Angaben pro Aktie			
Ultimokurs	EUR	15,00	15,00
Periodenergebnis	EUR	0,84	0,68
Dividende	EUR	0,45 ¹	0,45

¹ Vorschlag für die Gewinnverwendung an die Hauptversammlung

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wurde auf eine geschlechtsspezifische Differenzierung wie z.B. Teilnehmer/Innen, verzichtet. Entprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung für beide Geschlechter.

OSD



REISEPASS

EUROPÄISCHE UNION

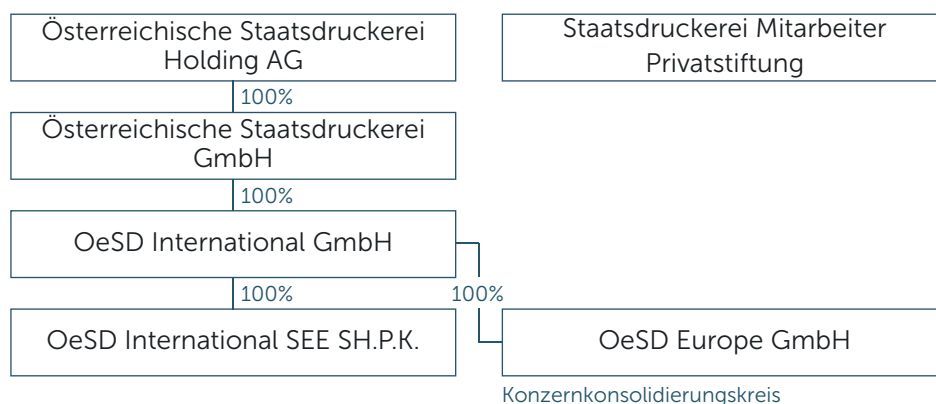
REPUBLIK ÖSTERREICH

REISEPASS

Das Unternehmen

Die Österreichische Staatsdruckerei (OeSD) verfügt über mehr als 200 Jahre Erfahrung auf den Gebieten Identitätsmanagement und Sicherheitsdruck. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG und ihre Konzernunternehmen (OeSD Gruppe) sind Anbieter von gesamtheitlichen Identitätsmanagementlösungen. Wir entwickeln und produzieren Hochsicherheitsidentitätsdokumente, wie z.B. den Reisepass mit Chip und biometrischen Sicherheitsmerkmalen, den Scheckkartenführerschein, den Personalausweis, den biometrischen Aufenthaltstitel mit Chip und den Scheckkartenzulassungsschein. Die Geschäftstätigkeit der OeSD Gruppe umfasst die Beratung für die Entwicklung, Implementierung und Verwaltung von Identitätsmanagementsystemen einschließlich Daten- und IT-Sicherheit und Biometrie und die Personalisierung von ID Dokumenten sowie die damit zusammenhängende Logistik. Ein weiteres Geschäftsfeld ist die Produktion von fälschungssicheren Blankosicherheitsdokumenten und anderen Hochsicherheitsdruckprodukten. Neben zahlreichen internationalen Preisen ist die OeSD als „High Security Printer“ zertifiziert. Die OeSD Gruppe beliefert und betreut Kunden in mehr als 60 Staaten auf fünf Kontinenten.

Konzern Organigramm



Organe der Gesellschaft

Der Aufsichtsrat

Dr. Johannes Strohmayer
Vorsitzender

Dr. Wilfried Stadler
Stellvertreter des Vorsitzenden

Mag. Wilhelm Hemetsberger
Stellvertreter des Vorsitzenden
(bis 14.07.2016)

Dr. Peter Hoffmann-Ostenhof
Stellvertreter des Vorsitzenden

Martin Smit (seit 01.04.2015)

Thomas Sperlich (seit 01.03.2016)

Der Vorstand

Ing. Robert Schächter
Vorsitzender

Prof. Reinhart Gausterer
Vorstandsmitglied

Mag. Helmut Lackner
Vorstandsmitglied



Prof. Reinhart Gausterer, Ing. Robert Schächter, Mag. Helmut Lackner

Vorwort des Vorstandes der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

Sehr geehrte Damen und Herren!
Verehrte Aktionärinnen und Aktionäre!

Die Österreichische Staatsdruckerei ist auch im Geschäftsjahr 2016/17 klar auf Wachstumskurs. Wir konnten sowohl die Umsätze als auch das Ergebnis markant steigern. Die Entwicklung war von der starken Nachfrage nach österreichischen Hochsicherheitsausweisen getragen. Zugleich arbeiten wir konsequent an der Zukunft des Unternehmens. Wir haben unser Personalisierungszentrum für internationale Kunden und unser Engagement für sichere digitale Identität ausgebaut. National und international nimmt das Interesse an digitalen Ausweislösungen erheblich zu. Wir entwickeln unsere hochinnovativen und hochsicheren Lösungen, insbesondere MIA (MY Identity App), entsprechend den Marktbedürfnissen weiter.

Starkes Geschäftsergebnis

Der Umsatz konnte um TEUR 4.153 auf TEUR 44.669 gesteigert werden. Damit ging auch eine Gesamtergebnisverbesserung um TEUR 1.041 auf TEUR 5.739 einher. Die Eigenkapitalquote liegt nunmehr bei soliden 39%.

Hochsicherheitsausweise für Österreich

Bei nahezu allen österreichischen Hochsicherheitsausweisen, die von der OeSD hergestellt werden – elektronischer Reisepass, Zulassungsschein, Personalausweis und Führerschein Card –, wurden Zuwächse verzeichnet. Am stärksten war der Anstieg beim Reisepass, da im Geschäftsjahr überdurchschnittlich viele Reisepässe ihre Gültigkeit verloren haben und ersetzt wurden. Vor zehn Jahren war in Österreich der – zehn Jahre gültige – elektronische Reisepass eingeführt worden.

Personalisierte Reisedokumente für die ganze Welt

Unsere langjährige Strategie, unser Unternehmen als Dienstleister im Bereich Hochsicherheitstechnologie zu entwickeln und das Geschäftsfeld „sichere Identität“ sowohl national als auch international zu besetzen, hat sich überaus bewährt. Die OeSD steht international für jene Sicherheitsstandards bei personalisierten Dokumenten, die eine zweifelsfreie Identitätsfeststellung und Feststellung der Echtheit eines Dokumentes garantieren. Der Aufbau eines internationalen Personalisierungszentrums trägt nunmehr Früchte. So gewann die OeSD im Geschäftsjahr 2015/16 die internationale Ausschreibung der Europäischen Kommission für die Produktion moderner Europäischer Reisedokumente (Laissez-Passer) über die nächsten neun Jahre. Auftragsinhalt ist die Bereitstellung des Datenerfassungssystems, die Produktion sowie die Personalisierung der Dokumente in der OeSD. Im Geschäftsjahr 2016/17 folgte die African Development Bank mit einem gleichlautenden Auftrag über fünf Jahre.

Innovationen für Sicherheit und Identität in der digitalen Welt

Zugleich mit der Investition in moderne Drucktechnologie steht für uns außer Frage, dass zukünftig sichere Identitäten auch Thema der digitalen Welt sein werden. Die OeSD fokussiert schon seit mehreren Jahren F&E-Kapazitäten auf modernes und sicheres Identitätsmanagement. Am 12. November 2015 haben wir mit MIA (My Identity App) unsere Lösung für sichere Identität in der digitalen Welt vorgestellt. Seitdem wird MIA konsequent weiterentwickelt. Das große internationale und nationale Interesse bestätigt unsere Innovationsstrategie. Ebenso wurde im Geschäftsjahr 2016/17 die OeSD-Lösung für Video-Identifikation MICK (My Identity Check) eingeführt.

OeSD MitarbeiterInnen als wichtigstes Kapital

Die außerordentliche Qualität und Expertise der OeSD fußt auf dem Know-how und dem Einsatz unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dieser besonderen Rolle unserer Belegschaft werden wir nicht nur durch attraktive, sichere Arbeitsplätze gerecht. Im Rahmen der „Staatsdruckerei Mitarbeiter Stiftung“ sind unsere Mitar-



SECURELY MANAGING
DIGITAL IDENTITIES

beiterinnen und Mitarbeiter seit März 2010 am Unternehmenserfolg beteiligt. Ein besonderes Anliegen ist uns die Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Im Geschäftsjahr 2015/16 wurde im Zuge unserer Reauditierung für das Zertifikat Beruf und Familie der Themenschwerpunkt Gesundheitsförderung in unserer Human Resources Arbeit gestartet. Lohn dieser Bemühungen war die Auszeichnung der OeSD mit dem Gütesiegel für Betriebliche Gesundheitsförderung im März 2017.

Zielgerichtete Vorbereitung auf 2017/18

Stabilität, Werterhaltung und Wettbewerbsfähigkeit sind für uns die wichtigsten unternehmenspolitischen Ziele. Mit unserem zukunftsfähigen Portfolio und einer hoch motivierten Belegschaft sind wir bestens aufgestellt, um bestehende und neue Marktchancen auf nationaler und internationaler Ebene zu nutzen.

Wir laden Sie herzlich ein: Machen Sie sich mit dem vorliegenden Geschäftsbericht ein Bild von unserem Unternehmen, unseren Arbeitsschwerpunkten und unserem Geschäftserfolg 2016/17.

Wien, 31. Mai 2017



Ing. Robert Schächter
Vorstandsvorsitzender

OSD



PERSONAL AUSWEIS

Konzern-Lagebericht 2016/17

Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

1. Geschäftsverlauf, Geschäftsergebnis und Lage des Konzerns

1.1. Geschäft und Rahmenbedingungen sowie nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Das Geschäftsjahr 2016/17 betrifft den Zeitraum 01.04.2016 bis 31.03.2017. Sämtliche in diesem Lagebericht dargestellten Jahresabschlusszahlen basieren auf IFRS-Werten.

Alle Angaben erfolgen in TEUR. Nachdem bei der gerundeten Darstellung in der internen Rechnungsgenauigkeit auch die nicht dargestellten Ziffern berücksichtigt werden, können Rundungsdifferenzen auftreten.

Der Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG umfasst neben der Gesellschaft selbst, die Österreichische Staatsdruckerei GmbH (OeSD), die OeSD International GmbH, die OeSD International SEE SH.P.K. (Kosovo), die OeSD Europe GmbH und die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung.

Seit 11.11.2011 notieren die 7.500.000 auf Inhaber lautende Aktien der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG an der Wiener Börse. Die Notiz erfolgt im Handelssegment ‚Standard Market Auction‘. Kernaktionäre der Gesellschaft sind mit einem Anteil von 45,6% die GRT Privatstiftung und 45,7% die G3 Industrie Privatstiftung sowie mit einer Beteiligung von 4,9% die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung. Bei den von der Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung gehaltenen Aktien handelt es sich aus Sicht des Konzerns um eigene Anteile. Nach österreichischem Unternehmensrecht sind diese Aktien stimmberechtigt.

Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG hielt während des gesamten Berichtsjahres 225.000 eigene Aktien, dies entspricht 3% der ausgegebenen Aktien.

Mitglieder des Konzernvorstands waren im Berichtsjahr Herr Ing. Robert Schächter (Vorstandsvorsitzender), Herr Prof. Reinhart Gausterer und Herr Mag. Helmut Lackner. Zu Beginn des Geschäftsjahres gehörten folgende Personen dem Aufsichtsrat an: Herr Dr. Johannes Strohmayer (Vorsitzender), Herr Dr. Wilfried Stadler (Vorsitzender-Stv.), Herr Mag. Wilhelm Hemetsberger (Vorsitzender Stv.), Herr Dr. Peter Hoffmann-Ostenhof, Herr Martin Smit (Arbeitnehmervertreter) und Herr Thomas Sperlich (Arbeitnehmervertreter). In der Hauptversammlung am 14. Juli 2016 wurden die Aufsichtsratsmandate der Kapitalvertreter mit Ausnahme von Herr Mag. Wilhelm Hemetsberger um fünf Jahre verlängert. Herr Mag. Wilhelm Hemetsberger schied auf eigenen Wunsch aus dem Aufsichtsrat aus. Im Geschäftsjahr fanden vier ordentliche Aufsichtsratssitzungen und zwei Sitzungen des Prüfungsausschusses statt.

Der Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG ist Anbieter von gesamtheitlichen Identitätsmanagementleistungen. Dies umfasst die Entwicklung und Herstellung von Sicherheitsdokumenten, bei deren Herstellungsprozess Geheimhaltung bzw. die Einhaltung von Sicherheitsvorschriften geboten ist (Sicherheitsdruck, z.B. elektronische Reisepässe), die Erbringung damit verbundener Dienstleistungen (z.B. Personalisierung und Consulting) sowie die Bereitstellung integrierter Identitätsmanagementsysteme. Ziel ist es den Konzern als Kompetenzzentrum für sichere Identität für Regierungen und Wirtschaft zu positionieren.

Die Produktion erfolgt zentral am Unternehmensstandort 1230 Wien, Tenschertstraße 7, auf einer Betriebsfläche von rund 7.000 Quadratmeter.

Es gelang im Geschäftsjahr 2016/17 den Umsatz von TEUR 40.516 auf TEUR 44.669 zu steigern. Im Berichtsjahr wurden 1,5 Mio. Reisepässe (im Vorjahr 1,3 Mio.), wie im Vorjahr 0,9 Mio. ID-Cards, 0,9 Mio. Visa (im Vorjahr 1,5 Mio.) und wie im Vorjahr 9,8 Mio. Gutscheine abgesetzt.

Die Umsatzsteigerung stammt aus dem Inlandsgeschäft, das von TEUR 33.099 im Vorjahr auf TEUR 41.399 zulegen. Bei nahezu sämtlichen wesentlichen österreichischen Hochsicherheitsausweisen, die von der OeSD hergestellt werden – elektronischer Reisepass, Zulassungsschein, Personalausweis und Führerschein Card – wurden Zuwächse verzeichnet. Der Absatz der Aufenthaltstitel war hingegen leicht rückläufig. Am stärksten war der Anstieg beim Reisepass, da im Geschäftsjahr überdurchschnittlich viele Reisepässe ihre Gültigkeit verloren haben und entsprechend ersetzt wurden. Ursache hierfür war die Neueinführung des elektronischen Reisepasses vor zehn Jahren was damals zu einer hohen Nachfrage führte, die sich aufgrund der 10-jährigen Gültigkeit von Erwachsenen-Reisepässen im Geschäftsjahr wiederholte.

Der Auslandsumsatz betrug TEUR 3.270 (im Vorjahr 7.418). Geliefert wurden Visa- und Reisepassaufträge für mehrere Staaten. Noch in Produktion befindet sich die Gesamtlösung für Laissez-Passer Reisedokumente für die African Development Bank, bei der die OeSD analog zum 2015/16 abgewickelten Projekt für die EU die Reisedokumente herstellt und in der OeSD personalisiert. Ursache für die Umsatzenschwankung ist der Projektcharakter des Auslandsgeschäfts. So wurde im vierten Quartal des Geschäftsjahres 2016/17 ein internationales Reispasprojekt mit einem Umsatzvolumen von rund TEUR 10.000 akquiriert, das voraussichtlich im Geschäftsjahr 2017/18 zur Auslieferung kommen wird.

Der Entwicklungsschwerpunkt des Konzerns lag wie in den Vorjahren bei Lösungsentwicklungen für eine sichere digitale Identität und konkreter Umsetzungsmöglichkeiten. Am 16.11.2015 stellte die OeSD im Rahmen einer Produktpräsentation von MIA (My Identity App) ihre Lösung für ein digitales Ausweissystem vor. Im Berichtsjahr wurde MIA potentiellen Kunden vorgestellt und konsequent weiterentwickelt. Ebenso wurde im Geschäftsjahr 2016/17 die OeSD-Lösung für Video-Identifikation MICK (My Identity Check) eingeführt.

Ende Juli 2016 erging der Schiedsspruch des Schiedsgerichts der Internationalen Handelskammer in Paris zum Februar 2013 eingeleiteten Schiedsgerichtsverfahrens

aufgrund Zahlungsverzugs und unberechtigter Vertragskündigung der Republik Kosovo. Das Schiedsgericht hat nunmehr der OeSD einen Betrag in Höhe von EUR 5 Mio. zuzüglich Verfahrenskosten und Zinsen zugesprochen. Die gesamte aushaftende Forderung beträgt EUR 6,5 Mio.

Die Republik Kosovo hat die Bezahlung der rechtskräftigen Forderung bislang verweigert. Aufgrund des Einbringlichkeitsrisikos wurde die Forderung mit EUR 2,0 Mio. in die Bücher genommen. Die OeSD wird jedoch sämtliche Rechtsmittel ergreifen, um die zugesprochenen Ansprüche in voller Höhe einzubringen. Der Ergebnisbeitrag aus der Verminderung der für die Angelegenheit Kosovo gebildeten Wertberichtigungen beläuft sich auf EUR 0,3 Mio. und wird unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

1.2. Geschäftsergebnis, Ertragslage

Die Summe aus den Umsatzerlösen (TEUR 44.669, im Vorjahr TEUR 40.516), den Bestandsveränderungen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen (TEUR 632, im Vorjahr TEUR –60), anderen aktivierten Eigenleistungen (TEUR 463, im Vorjahr TEUR 309) sowie der sonstigen betrieblichen Erträgen (TEUR 680, im Vorjahr TEUR 407) ergab Gesamterträge in Höhe von TEUR 46.445 (im Vorjahr TEUR 41.172).

Der Betriebsaufwand nahm aufgrund des Umsatzanstiegs zu: Der Materialaufwand erhöhte sich von im Vorjahr TEUR 18.135 auf TEUR 20.092. Der Personalaufwand stieg auf TEUR 11.834 (im Vorjahr TEUR 10.921). Die Abschreibungen lagen mit TEUR 1.886 unter dem Vorjahr (TEUR 1.943). Der sonstige betriebliche Aufwand erreichte TEUR 4.721 (im Vorjahr TEUR 3.997).

Das Betriebsergebnis konnte auf TEUR 7.912 gesteigert werden (im Vorjahr TEUR 6.175). Nach Abzug des Finanzergebnisses (TEUR –430, im Vorjahr TEUR –477) und der Ertragsteuern (TEUR 1.677, im Vorjahr TEUR 995) ergab sich ein gestiegener Jahresüberschuss von TEUR 5.814 (im Vorjahr TEUR 4.703).

Unter Berücksichtigung des sonstigen Gesamtergebnisses nach Steuern aufgrund der Anwendung des IAS 19 von TEUR –75 (im Vorjahr TEUR –5) betrug das Gesamtergebnis TEUR 5.793 (im Vorjahr TEUR 4.698).

1.3. Finanzlage

Der Cash Flow aus der betrieblichen Tätigkeit betrug im Berichtsjahr TEUR 10.212 (im Vorjahr TEUR 6.517). Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr beruht im Wesentlichen auf dem gestiegenen Jahresüberschuss (TEUR 5.814, im Vorjahr TEUR 4.703) und der stärkeren Abnahme der sonstigen kurzfristigen nicht finanziellen Verbindlichkeiten (TEUR 1.530, im Vorjahr 339).

Der Cash Flow aus der Investitionstätigkeit belief sich auf TEUR –1.780 (im Vorjahr TEUR –3.096). Das größte Investment im Vorjahr betraf die Anschaffung einer

neuen Intaglio-Druckmaschine für die eine Anzahlung in Höhe von TEUR 1.933 geleistet wurde. Im Berichtsjahr wurde dieses Investment mit TEUR 2.235 aktiviert und die Anzahlung umgebucht. Weitere Investitionen betrafen das Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Hard- und Software.

Der Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit betrug TEUR –5.008 (im Vorjahr TEUR –2.559) und setzte sich zusammen aus der Abnahme der Geldkredite (TEUR –913, im Vorjahr Zunahme TEUR 1.203) und der Abnahme von Leasingverbindlichkeiten (TEUR –987, im Vorjahr TEUR –654), sowie der Dividendenaus-schüttung – gleich wie im Vorjahr – von TEUR –3.108 (gekürzt um die Auszahlung an die Mitarbeiter im Wege der Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung in Höhe von TEUR 165, die aufgrund der Darstellung im Personalaufwand bereits im Cash Flow der betrieblichen Tätigkeit erfasst ist)

Der Finanzmittelbestand stieg somit um TEUR 3.423 und betrug zum Bilanzstichtag TEUR 6.703 (im Vorjahr TEUR 3.280).

1.4. Vermögenslage

Die Bilanzsumme stieg im Berichtsjahr um TEUR 3.531 und beträgt zum 31.03.2017 TEUR 59.683 (im Vorjahr TEUR 56.152).

Das langfristige Vermögen sank um TEUR 198 auf TEUR 36.930 (im Vorjahr TEUR 37.128). Das kurzfristige Vermögen stieg um TEUR 2.729 auf TEUR 22.753 (im Vorjahr TEUR 19.024). Die wesentlichste Zunahme ergab sich bei den Zahlungsmitteln um TEUR 3.423 entsprechend der Cash Flow-Entwicklung.

Auf der Passivseite sank das langfristige Fremdkapital um TEUR 1.487 und betrug zum 31.03.2017 TEUR 18.687 (im Vorjahr TEUR 20.174).

Das kurzfristige Fremdkapital stieg um TEUR 2.313 und betrug zum 31.03.2017 TEUR 18.014 (im Vorjahr TEUR 15.701). Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Zunahme der kurzfristigen nicht finanziellen Verbindlichkeiten um TEUR 1.526, sowie der Ertragsteuerschulden um TEUR 653.

Das Eigenkapital wuchs um TEUR 2.706 auf TEUR 22.982 (im Vorjahr TEUR 20.277). Die Eigenkapitalveränderung resultiert aus dem Gesamtergebnis von TEUR 5.739 abzüglich der Dividendenzahlung korrigiert um die Auszahlung an die Mitarbeiterstiftung von TEUR 3.108 zuzüglich der Dotierung der Aktienoptionsrücklage von TEUR 75.

Die Konzerneigenkapitalquote liegt bei 38,5% (im Vorjahr 36,1%).

1.5. Mitarbeiter

Die durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer betrug 141 und hat sich gegenüber dem Vorjahr um eine Person erhöht. Von den 141 Mitarbeitern waren im Vorjahr 56 Arbeiter (im Vorjahr 58) und 85 Angestellte (im Vorjahr 82). Es wurde unverändert zum Vorjahr kein Lehrling ausgebildet.

Der Anteil weiblicher Mitarbeiter im Konzern betrug 27% (im Vorjahr 28%). Die Frauenquote bei den Führungskräften beträgt wie im Vorjahr 25%.

Aufgrund der hohen Anforderungen an die Arbeitnehmer bezüglich Fachwissen und Vertraulichkeit ist der Konzern bemüht die Mitarbeiter langfristig an das Unternehmen zu binden. Das Durchschnittsalter der Belegschaft betrug 44 Jahre (im Vorjahr 43 Jahre). Die durchschnittliche Dauer der Betriebszugehörigkeit lag wie im Vorjahr bei 14 Jahren. Die Fluktuationsrate lag bei 6% (im Vorjahr 4%). Bereinigt um Pensionierungen beträgt die Fluktuationsrate wie im Vorjahr 3%.

Um die Attraktivität als Arbeitgeber weiter zu steigern, wurde im März 2012 die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung gegründet, die mit 4,9% an der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG beteiligt ist und Dividendenzahlungen der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG an die Mitarbeiter der OeSD auszahlt. Damit partizipieren die Arbeitnehmer am finanziellen Erfolg und Wachstum des Unternehmens. Im Geschäftsjahr 2016/17 wurden TEUR 165 an 116 anspruchsberechtigte Mitarbeiter ausbezahlt (im Vorjahr TEUR 165 an 117 Mitarbeiter). Die Anspruchsberechtigung setzt eine Betriebszugehörigkeit von mehr als zwei Jahren voraus.

Der Konzern ist zertifiziert mit dem Audit Beruf und Familie und setzt entsprechende Aktivitäten um die Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie zu erhöhen. Die letzte Reauditierung erfolgte im Geschäftsjahr 2015/16. Der dort festgelegte Maßnahmenplan umfasst fünf Handlungsfelder: Services für Familien, Förderung von Teamgeist, alternative Möglichkeiten der Kinderbetreuung, verstärkte Intranet-Nutzung zur Kommunikation im Unternehmen sowie Schaffung von Gesundheitsbewusstsein und gesundheitsfördernden Maßnahmen. Die Umsetzung letztgenannter Maßnahme führt auch dazu, dass der OeSD am 24. 03. 2017 das Gütesiegel für betriebliche Gesundheitsförderung verliehen wurde.

Die Personalentwicklung wird mittels bedarfsorientierter Fördermaßnahmen sichergestellt. Die Bedarfserhebung erfolgt insbesondere im Rahmen des jährlichen Mitarbeitergesprächs.

1.6. Forschung und Entwicklung (Forschungsbericht)

Die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der OeSD dienen der Stärkung der Kernkompetenzen Hochsicherheitsdruck, e-government und Identitätsmanagement. Ein wesentlicher Innovationsschwerpunkt liegt dabei auf der Entwicklung der digitalen Identität (digitaler Ausweis). Mit MIA (My Identity APP) stellte OeSD am 12.11.2015 ihr digitales Ausweissystem vor, das im Berichtsjahr weiterentwickelt wurde. Seit der erstmaligen Vorstellung erhielt MIA mehrere Auszeichnungen (MAPPING Award und Marketing Intelligence Innovation Award) und wurde verstärkt im In- und Ausland vorgestellt.

1.6.1. F&E Hochsicherheitsdruck

Im Hochsicherheitsdruck wird am Einsatz und der Weiterentwicklung von Sicherheitsmerkmalen gearbeitet. Seit 2010 existiert ein modernes Forschungs- und Qualitätszentrum mit fünf Mitarbeitern. Mit Spezialgeräten wird die Qualität der Vormaterialien und Endprodukte überprüft. Parallel werden neue Verfahren zur Fälschungssicherheit entwickelt.

Mit der neu angeschafften modernen Intaglio-Druckmaschine können neue Sicherheitsfeatures angeboten werden.

1.6.2 F&E e-government

Der Bereich e-government entwickelt Software, die für Steuerung, Optimierung und Qualitätskontrolle von Personalisierungsprozessen eingesetzt wird. Weiters werden im Bereich e-government neue Sicherheitstechnologien im Bereich der Kryptografie, Steganografie und der Wasserzeichen gemeinsam mit Partnern entwickelt und getestet.

Die Österreichische Staatsdruckerei GmbH hat an einem geförderten EU-Forschungsprojekt als Projektpartner teilgenommen. Im Rahmen des EU Forschungsprogrammes FP 7 ging es im Projekt „Fast Pass“ um die Entwicklung eines harmonisierten Prozesses für die Grenzkontrolle unter Verwendung von automatisierten Grenzkontrollsystemen (z.B. e-gates). Die OeSD hatte hierbei den Part der Konzeption der IT-Systemarchitektur sowie die Entwicklung einer Risikoanalyse und koordinierte elf Partner aus mehreren EU Ländern. Das Projekt begann am 01.01.2013 begonnen und lief bis 31.03.2017. Basierend auf der entwickelten Risikoanalyse unterstützt die OeSD nach dem Projektende die Weiterentwicklung eines Security Assessment Standards.

1.6.3. F&E Digitale Identität

Im Zuge des Entwicklungsschwerpunkts der digitalen Identität (digitaler Ausweis) arbeitet die OeSD an technischen Konzepten und User-orientierten Umsetzungen von digitalen Ausweisen auf Smartphones. In diesem Zusammenhang nahm die

OeSD an zwei Projekten des Österreichischen Forschungsförderungsprogrammes für Sicherheitsforschung ‚KIRAS‘ teil.

Im Projekt Modentity wurde die mobile Kontrolle von Dokumenten mittels Smartphone untersucht (Start 11/2014, Ende 12/2016). Das Projekt E-Participation suchte nach Anwendungsmöglichkeiten für sichere digitale Identität in Partizipationsprojekten (Start 10/2014, Ende 10/2016).

Zur Unterstützung der Aktivitäten zur elektronischen Identität und entsprechender webbasierender Lösungen ist die Österreichische Staatsdruckerei GmbH im Geschäftsjahr 2013/14 der FIDO Alliance beigetreten. Dabei handelt es sich um eine Allianz aller namhaften weltweit tätigen IT-Unternehmen, die das Ziel hat Softwarestandards für einfachen Login ohne Username/Password zu entwickeln. Die Mitgliedschaft in der FIDO Alliance stellt einen wichtigen Baustein im Rahmen der Entwicklung eines umfassenden Identitätsmanagements dar. Erst durch die standardisierte Einführung und Verwendung von biometrischen Merkmalen zur sicheren Authentifizierung im Web wird die Grundlage für tatsächlich sichere digitale Identitäten und deren einfache Verwendung ermöglicht. Die österreichische Staatsdruckerei GmbH liefert vor allem in den Bereichen Privacy und Datenschutz ihr Know-how in die entsprechenden Arbeitsgruppen der seine FIDO Alliance ein.

Mit der Präsentation von MIA (My Identity App) am 12.11.2015 stellte die OeSD ihre Lösung für ein digitales Ausweissystem vor. MIA integriert alle Ausweisdokumente in einer App. Die Ausweise können auf dem Smartphone gezeigt werden, ohne dass persönliche Daten dort gespeichert werden. Zeitgleich mit der Präsentation begann auch die Vermarktung des Systems. Im Geschäftsjahr 2016/17 wurde mit vielen interessierten Organisationen Anwendungen besprochen. Parallel wird MIA laufend weiterentwickelt.

1.7. Umwelt

Die OeSD hat ein Umweltmanagementsystem gemäß ISO 14001 eingerichtet. Das erstmalige Audit fand am 19.04.2011 statt, die letzte Rezertifizierung erfolgte im März 2017. Die wesentlichen Umweltziele sind die Reduktion des Ressourceneinsatzes (Energie, Papier), die Optimierung der Brandschutzmaßnahmen sowie der Arbeitnehmerschutz.

1.8. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Nach dem Bilanzstichtag kamen keine Vorgänge von besonderer Bedeutung vor.

2. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Für das Kerngeschäft in Österreich – den Sicherheitsdokumenten – bestehen seit vielen Jahren aufrechte Lieferverträge und eine hohe Kundenzufriedenheit, womit eine solide Basis für die nächsten Geschäftsjahre gegeben ist. Grundsätzlich geht die Geschäftsführung daher auch für die kommenden Jahre von einer stabilen Ertrags- und Ergebnislage aus. Wie in Abschnitt 3.1. ausgeführt, läuft jedoch ein Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Union gegen die Republik Österreich wegen deren Vergabepaxis bei Sicherheitsdokumenten. Abhängig vom Urteil des Europäischen Gerichtshof könnte es daher zur Neuvergabe dieser Aufträge kommen.

Ebenso wie im Geschäftsjahr 2016/17 ist auch für das Geschäftsjahr 2017/18 eine überdurchschnittlich starke Nachfrage nach österreichischen Reisepässen zu erwarten. Im übernächsten Jahr 2018/19 ist jedoch aufgrund sinkender Ablaufzahlen ein Nachfragerückgang zu erwarten.

Das Wachstum der OeSD wird über weitere Produktinnovationen sowie die Verbreiterung des Angebotsportfolios getrieben. Proaktive Vertriebsarbeit im Ausland soll eine nachhaltige Umsatzsteigerung im Ausland sicherstellen.

Neben den Marktzielen liegt der Managementfokus auf einer weiteren Vertiefung der Produktions- und Sicherheitskompetenz des Unternehmens um den höchsten Kundenanforderungen gerecht zu werden.

3. Risikoberichterstattung

3.1. Wesentliche Risiken und Ungewissheiten, denen das Unternehmen ausgesetzt ist

Absatz- und Umsatzrisiko

Ein großer Teil der Produkte der OeSD hat die Republik Österreich als Abnehmer, so dass die Absatzmengen und Umsatzerlöse der OeSD maßgeblich von der Fortsetzung der Geschäftsbeziehungen mit der Republik Österreich beeinflusst werden.

Aufgrund der seit vielen Jahren aufrechten Lieferverträge mit der Republik Österreich (insbesondere des neuen elektronischen Reisepasses mit Fingerprint, des Scheckkartenführerscheines und der Personalausweis CARD) und der hohen Kundenzufriedenheit schätzen wir das Absatz- und Umsatzrisiko gering ein. Seit 2010 läuft ein EU-Verfahren gegen die Republik Österreich über die Vergabepaxis bei Sicherheitsdokumenten an die Österreichische Staatsdruckerei GmbH. Im Jahr 2015 hat die Europäische Union Klage gegen die Republik Österreich vor dem Europäischen Gerichtshof erhoben. Das Urteil ist noch ausständig. Hier bleibt abzuwarten, ob das Urteil Änderungen der künftigen Vergabepaxis nach sich zieht.

Operational-Risiko

Die Österreichische Staatsdruckerei GmbH ist nach ISO 9001 zertifiziert. Das letzte Überwachungsaudit fand im März 2017 statt. Darüber hinaus ist die Österreichische Staatsdruckerei GmbH von der International Confederation for Printing and Allied

Industries (Intergraf) als „High Security Printer“ zertifiziert. Das letzte Überwachungsaudit im Rahmen der ISO 14298 fand im September 2016 statt. Mit diesem zertifizierten Qualitäts- und Sicherheitsmanagement wird das Operational Risiko minimiert.

Zur Minimierung möglicher Risiken aus der Informationstechnologie setzen wir moderne Hardware und aktuelle Software ein. Im Jahr 2004 wurde die Software „SAP“ erfolgreich eingeführt und seither laufend erweitert. Höchstes Augenmerk wird auf IT-Security und Datenschutz gelegt. Dem Rechnung tragend hat sich die OeSD im Dezember 2012 erstmals dem ISO-Audit 27001 Informationssicherheit unterzogen und wurde erfolgreich zertifiziert. Die Rezertifizierung fand im März 2017 statt.

Darüber hinaus wurde in Abstimmung mit dem österreichischen Innenministerium ein Datenschutzbeirat eingerichtet, der insbesondere den Umgang mit persönlichen Daten bei der Herstellung von Ausweisdokumenten in der Österreichische Staatsdruckerei GmbH überwachen und optimieren soll.

Forschung und Entwicklung

Da unsere Forschung und Entwicklung sehr anwendungsbezogen und größtenteils durch unser eigenes Personal erfolgt, sehen wir derzeit kein Risiko, dass konkrete Projekte nicht fortgeführt werden oder die Zulassung für daraus hervorgehende Produkte nicht erteilt wird.

Beschaffungsrisiko

Bei der Lieferantenauswahl sind Qualität und Liefersicherheit die wesentlichen Entscheidungskriterien. Für die wesentlichen Materialien und Dienstleistungen bestehen mittel- und langfristige Liefervereinbarungen. Soweit möglich wird eine Second-Source-Strategie verfolgt, sodass Lieferausfälle vermieden werden. Zur Absicherung von Gewährleistungs- und Garantieansprüchen werden entsprechende Haftrücklässe einbehalten.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko, sich nicht jederzeit Finanzmittel beschaffen zu können, um eingegangene Verbindlichkeiten zu begleichen. Die Beherrschung des Liquiditätsrisikos in der OeSD erfolgt durch vorausschauende Liquiditätsplanung, die Vereinbarung ausreichender Kreditlinien sowie die ausreichende Diversifizierung der Kreditgeber.

Soweit bei Kreditverträgen bestimmte Finanzkennzahlen erreicht werden müssen, hat der Konzern die Finanzkennzahlen in der Vergangenheit immer erreicht und ist seinen Verpflichtungen aus den Kreditverhältnissen nachgekommen.

Preisrisiko

Im nationalen Markt existieren langfristige Lieferverträge mit unseren Kunden, mit indexierten Verkaufspreisen. Auf der Beschaffungsseite existieren für die wesentlichen Vorprodukte ebenfalls mittel- und langfristige Rahmenverträge. Das Preisrisiko halten wir daher für gering.

3.2. Risiken im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten

Da die OeSD zum überwiegenden Teil öffentliche Stellen bzw. Postgesellschaften als Kunden hat, war das Forderungsausfallsrisiko in den letzten Jahren sehr gering.

Forderungen und Verbindlichkeiten bestehen im Wesentlichen in Euro, sodass das Fremdwährungsrisiko sehr gering ist.

Im Berichtsjahr wurden wie auch im Vorjahr keine derivativen Finanzinstrumente eingesetzt.

4. Angaben gemäß § 243a UGB

Zusammensetzung Kapital, Maßgebliche Aktionäre und Angaben zur Ausübung von Stimmrechten (§ 243a Abs. 1 UGB)

Das Grundkapital der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG beträgt TEUR 7.500 und ist in 7.500.000 nennbetragslose, auf Inhaber lautende, Stückaktien zerlegt.

Gemäß § 243a Abs. 1 Z 3 UGB anzugebende Aktionäre mit einer Beteiligung von zumindest 10% sind die GRT-Privatstiftung mit 45,6% und die G3 Industrie Privatstiftung mit 45,7%.

Die im März 2012 gemeinsam mit der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG errichtete Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung hält einen Anteil von 4,9%. Jede Verfügung über diese Anteile durch die Stiftung (z.B. Verkauf, Verpfändung, Schenkung usw.) bedarf der Zustimmung durch die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG.

Die Stiftung wird durch den Stiftungsvorstand vertreten. Vorsitzender des Stiftungsvorstands ist Mag. Helmut Lackner, der auch Vorstand der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG ist. Bei der Ausübung ihrer Stimmrechte wird die Stiftung durch den Stiftungsvorstand vertreten.

In der Hauptversammlung vom 30.09.2011 wurden u.a. folgende Beschlüsse gefasst, die künftig Auswirkungen auf das Eigenkapital der Konzernmuttergesellschaft entfalten können:

- ◆ Ermächtigung des Vorstands gemäß § 169 AktG, das Grundkapital innerhalb von fünf Jahren ab Beschlussfassung, mit Zustimmung des Aufsichtsrats um bis zu maximal Nominale TEUR 1.875 durch Ausgabe von bis zu 1.875.000 Stück auf Inhaber oder Namen lautende Stückaktien zum Mindestausgabekurs von 100% des anteiligen Betrags am Grundkapital, in einer oder mehreren Tranchen gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen und die Ausgabebedingungen im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen. Dabei wird das Bezugsrecht der Aktionäre hinsichtlich der neuen Aktien ausgeschlossen (genehmigtes Kapital I.).

- ◆ Ermächtigung des Vorstands gemäß § 169 AktG, das Grundkapital innerhalb von fünf Jahren ab Beschlussfassung, mit Zustimmung des Aufsichtsrats um bis zu maximal Nominale TEUR 1.875 durch Ausgabe von bis zu 1.875.000 Stück auf Inhaber oder Namen lautende Stückaktien zum Mindestausgabekurs von 100% des anteiligen Betrags am Grundkapital, in einer oder mehreren Tranchen gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen und die Ausgabebedingungen im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen. Dabei kann ein Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre hinsichtlich der neuen Aktien vorgesehen werden (genehmigtes Kapital II.).
- ◆ Ermächtigung des Vorstands gemäß § 174 Abs. 2 AktG, innerhalb von fünf Jahren ab Beschlussfassung, Wandelschuldverschreibungen, mit denen ein Umtausch- oder Bezugsrecht auf bis zu 3.750.000 Stück auf Inhaber oder Namen lautende Stammaktien der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von bis zu TEUR 3.750 verbunden ist, in einer oder mehreren Tranchen auszugeben und sämtliche Bedingungen der Wandelschuldverschreibungen festzusetzen. Dabei wird das Bezugsrecht der Aktionäre gemäß § 174 Abs. 4 AktG in Verbindung mit § 153 AktG im Falle der Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen gemäß dieser Ermächtigung ausgeschlossen.
- ◆ Beschluss über eine bedingte Erhöhung des Grundkapitals gemäß § 159 Abs. 2 Z 1 AktG um bis zu TEUR 3.750 durch Ausgabe von bis zu 3.750.000 Stück neue, auf Inhaber oder Namen lautende Stammaktien der Gesellschaft zur Gewährung von Umtausch- oder Bezugsrechten an die Gläubiger der Wandelschuldverschreibungen (bedingtes Kapital).

In der Hauptversammlung vom 11.07.2014 wurde der Vorstand für die Dauer von 30 Monaten zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 65 Abs. 1 Z 8 sowie Abs. 1a und 1b AktG bis zu maximal 10% des Grundkapitals ermächtigt. Der Vorstand wurde weiters ermächtigt, erworbene eigene Aktien ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss einzuziehen oder wieder zu veräußern und die Veräußerungsbedingungen festzusetzen. Die Ermächtigung kann ganz oder in mehreren Teilbeträgen und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen oder für Rechnung der Gesellschaft durch Dritte ausgeübt werden.

Gemäß § 65 Abs. 1b AktG in Verbindung mit § 153 Abs. 3 und 4 AktG ist, unbeschadet der Bestimmung des § 65 Abs. 1b letzter Satz AktG, die Verwendung von erworbenen eigenen Aktien zum Zwecke der Bedienung von Mitgliedern des Vorstands gewährten Aktienoptionen im Ausmaß von maximal bis zu 225.000 Aktien gestattet, wobei diesfalls das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen ist.

Schließlich wurde der Vorstand für die Dauer von fünf Jahren ermächtigt, erworbene eigene Aktien gemäß § 65 Abs. 1b AktG in Verbindung mit §§ 169 bis 171 AktG mit Zustimmung des Aufsichtsrats auf jede andere gesetzliche Art, auch außerbörslich zu veräußern, wobei der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht (das Wiederkaufsrecht) der Aktionäre ausschließen kann.

Mit diesem Beschluss wurde der vorangegangene Hauptversammlungsbeschluss vom 14.09.2012 widerrufen, dessen Inhalt durch den neuen Beschluss obsolet geworden ist.

Weiters wurde im Geschäftsjahr 2012/13 ein Aktienoptionsprogramm für Mitglieder des Vorstands beschlossen:

Das Aktienoptionsprogramm wurde unter Einhaltung der Grundsätze für Bezüge der Vorstandsmitglieder gemäß § 78 AktG erstellt. Die inhaltlichen Bedingungen wurden vom Aufsichtsrat festgelegt. Die Bedienung der Aktienoptionen soll mit eigenen Aktien erfolgen, eine entsprechende Beschlussfassung dazu ist in der Hauptversammlung vom 14.09.2012 bzw. 11.07.2014 erfolgt.

Das Aktienoptionsprogramm läuft ab dem Geschäftsjahr 2012/13 (beginnend mit 01.04.2012). Der Zeitraum, in welchem den Vorstandsmitgliedern Optionen eingeräumt werden, beträgt fünf Jahre und ist in fünf idente Tranchen unterteilt. In das Aktienoptionsprogramm wurden die Mitglieder des Vorstands mit Ausnahme von Herrn Vorstandsvorsitzenden, Ing. Robert Schächter, einbezogen.

Gemäß dem Aktienoptionsprogramm werden den Berechtigten pro Geschäftsjahr 22.500 Optionen gewährt. Die Gesamtanzahl der an Vorstände im Rahmen des Aktienoptionsprogramms einzuräumenden Optionen beträgt unter Berücksichtigung der ursprünglich anspruchsberechtigten Vorstandsmitglieder maximal insgesamt 337.500. Jede Option berechtigt zum Erwerb einer Aktie der Gesellschaft.

Der Ausübungspreis wurde mit EUR 3,00 je Aktie festgelegt. Die eingeräumten Optionen können von jedem Vorstandsmitglied jeweils nach einer Wartefrist von zwei Jahren ab dem Zeitpunkt der Einräumung der Optionen bis zum Ablauf der nächsten drei Jahre ausgeübt werden. Eingeräumte Optionen sind nicht übertragbar. Für die aufgrund der Ausübung der Optionen erworbenen Aktien besteht keine Behaltefrist. Die Bedienung der Aktienoptionen erfolgt durch Erwerb eigener Anteile.

Die Bilanzierung des Aktienoptionsprogramms erfolgt in Einklang mit den Bestimmungen des IFRS 2. In der Gewinn- und Verlustrechnung wurde im Berichtsjahr ein Aufwand von TEUR 74 (im Vorjahr TEUR 127) verbucht und als Gegenposition eine Optionsrücklage im Eigenkapital gebildet. Der Marktwert der Optionen zum Zeitpunkt der Einräumung wurde nach dem Black-Scholes-Modell ermittelt, wobei auch Annahmen hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit eines vorzeitigen Austritts von begünstigten Vorstandsmitgliedern berücksichtigt wurde.

Herr Mag. Thomas Zach hat seine Vorstandstätigkeit zum 31.03.2013 zurückgelegt und nimmt daher nicht mehr am Aktienoptionsprogramm teil.

Mit Vereinbarung vom 02.12.2014 ist Herr Mag Lackner aus dem Aktienoptionsprogramm ausgeschieden. Dabei kam es zu einem Verzicht auf die Anwartschaften auf Aktienoptionen ab dem Geschäftsjahr 2014/15. Die davor eingeräumten Optionen über insgesamt 45.000 Stück wurden entsprechend den Bedingungen des Aktienoptionsprogramms mit einer einmaligen Zahlung im Vorjahr in Höhe von

TEUR 402 abgefunden. Im Ausmaß von TEUR 195 erfolgte dabei eine Kürzung der Optionsrücklage, der darüber hinausgehende Betrag in Höhe von TEUR 207 wurde erfolgsmindernd im Personalaufwand erfasst.

Somit nimmt zum Bilanzstichtag 31.03.2017 lediglich Herr Prof. Reinhart Gausterer am Optionsprogramm teil. Ihm sind 112.500 Optionen eingeräumt. 90.000 Optionen können bereits gezogen werden, weitere 22.500 Stück können erstmals zum 01.04.2018 ausgeübt werden. Es wurden bislang noch keine Optionen ausgeübt. Der Marktwert der zum Bilanzstichtag eingeräumten Rechte beträgt TEUR 1.350 (im Vorjahr TEUR 1.080).

Bislang fanden zwei Aktienrückkaufprogramme statt:

Das erste Rückkaufprogramm fand vom 30.09.2013 bis 18.10.2013 statt, in dessen Rahmen 112.500 Aktien (entspricht 1,5% des Grundkapitals) erworben wurden. Das Programm erfolgte börslich und außerbörslich mit einer Preisspanne von EUR 11,00 bis EUR 11,80 pro Stück. Der tatsächliche Ankauf der Gesamtstückzahl erfolgte außerbörslich zu einem Preis von EUR 11,80 und somit mit einem Gesamtvolumen von TEUR 1.328. Verkäufer waren jeweils zur Hälfte die G3 Industrie Privatstiftung und die GRT Privatstiftung.

Das zweite Rückkaufprogramm fand vom 04.09.2014 bis 19.09.2014 statt. Erneut wurden 112.500 Aktien (entspricht 1,5% des Grundkapitals) erworben. Das Programm erfolgte börslich und außerbörslich mit einer Preisspanne von EUR 11,00 bis EUR 12,10 pro Stück. Der tatsächliche Ankauf der Gesamtstückzahl erfolgte außerbörslich zu einem Preis von EUR 12,10 und somit mit einem Gesamtvolumen von TEUR 1.361. Verkäufer waren jeweils zur Hälfte die G3 Industrie Privatstiftung und die GRT Privatstiftung.

Die Gesellschaft hält somit in Summe 225.000 Stück eigene Aktien. Für das Aktienoptionsprogramm werden maximal 112.500 Stück benötigt.

Wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess (§ 243a Abs. 2 UGB)

Unter dem internen Kontrollsystem (IKS) sind sämtliche aufeinander abgestimmte Methoden und Maßnahmen zu verstehen, die dazu dienen, das Vermögen zu sichern, die Genauigkeit und Zuverlässigkeit der Abrechnungsdaten zu gewährleisten und die Einhaltung der vorgeschriebenen Geschäftspolitik zu unterstützen.

Das Risikomanagement umfasst sämtliche Prozesse, die der Identifikation, Analyse und Bewertung von Risiken sowie der Ergreifung von geeigneten Maßnahmen zur Risikokontrolle dienen.

Die Einrichtung eines angemessenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess bzw. die Finanzberichterstattung liegt in der Verantwortung des Vorstands. Das am Sitz der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG angesiedelte Rechnungswesen ist für die Finanzbuchhaltung und das Controlling aller in den Konzern der Österreichische Staatsdruckerei

ckerei Holding AG einbezogenen Unternehmen zuständig. Das Rechnungswesen ist direkt dem Vorstand unterstellt.

Durch entsprechende organisatorische Maßnahmen wird sichergestellt, dass die gesetzliche Vorgabe, dass die Eintragungen in die Bücher und die sonstigen Aufzeichnungen vollständig, richtig, zeitgerecht und geordnet zu erfolgen haben, erfüllt wird.

Der gesamte Prozess von der Beschaffung bis zur Zahlung unterliegt Regeln und Richtlinien, die die wesentlichen damit im Zusammenhang stehenden Risiken vermeiden sollen. Zu diesen Maßnahmen und Regeln zählen beispielsweise Funktionstrennungen, Unterschriftenordnungen, ausschließlich kollektive und auf wenige Personen eingeschränkte Zeichnungsermächtigung für Zahlungen sowie systemunterstützte Prüfungen durch die verwendete SAP-Software.

Durch dieses systematische Kontrollmanagement ist es gewährleistet, dass die Rechnungslegung der Gesellschaft in Einklang mit den nationalen und internationalen Rechnungslegungsstandards sowie internen Richtlinien steht.

Zwischen Controlling und der Finanzbuchhaltung besteht eine enge Zusammenarbeit. Die Informationen des internen und externen Rechnungswesens basieren auf derselben Datenbasis und werden monatlich für das Berichtswesen abgestimmt. Das Berichtswesen umfasst neben unmittelbar finanziellen Leistungsindikatoren (einschließlich Soll-Ist-Vergleiche) auch Informationen über sonstige für die Unternehmenssteuerung relevante Betriebskennzahlen. Auf Basis dieses standardisierten Finanzberichtswesens wird der Vorstand laufend über alle relevanten Sachverhalte informiert. Bei bedeutenden Ereignissen erfolgt eine unmittelbare anlassbezogene Berichterstattung an den Vorstand.

Der Aufsichtsrat wird in zumindest einer pro Quartal stattfindenden Aufsichtsratsitzung über den laufenden Geschäftsgang inklusive operativer Planung und mittelfristiger Strategie unterrichtet. In besonderen Fällen wird der Aufsichtsrat auch unmittelbar informiert. Die Überwachung des internen Kontrollsystems erfolgt durch regelmäßige Berichterstattung und Behandlung im Aufsichtsrat bzw. Prüfungsausschuss.

Wien, 31. Mai 2017



Ing. Robert Schächter
Vorstandsvorsitzender



Prof. Reinhart Gausterer
Vorstandsmitglied



Mag. Helmut Lackner
Vorstandsmitglied

Vorstand der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

Corporate Governance Bericht 2016/17

Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

Unsere Gesellschaft, die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG (FN 290506 s), mit Sitz in 1230 Wien, deren Aktien zum Handel auf dem geregelten Markt im Sinn des § 1 Abs. 2 BörseG in Österreich zugelassen sind, erteilt folgenden Corporate Governance Bericht in Übereinstimmung mit § 243b bzw. 267a des österreichischen Unternehmensgesetzbuches (UGB)¹:

1. Unsere Aktien werden im Handelssegment „Standard Market Auction“ der Wiener Börse gehandelt.
2. Der in Österreich allgemein anerkannte Corporate Governance Kodex ist der vom österreichischen Arbeitskreis für Corporate Governance herausgegebene „Österreichische Corporate Governance Kodex“.
3. Der „Österreichische Corporate Governance Kodex“ kann unter www.corporate-governance.at/ im Internet angefordert und abgerufen werden.
4. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG bekennt sich zu einer verantwortungsvollen und nachhaltigen Unternehmensführung. Unsere zentralen Werte Sicherheit und Vertrauen prägen seit jeher unser Handeln.

Die durch den Corporate Governance Kodex vorgegebenen Leitlinien zur Unternehmensführung werden somit im Laufe des langjährigen Bestehens unseres Unternehmens implementiert ohne sich dabei formal auf diesen Kodex zu beziehen

5. Angaben zur Zusammensetzung des Vorstands

Name	Geburtsjahr	Funktion	Datum der Erstbestellung	Ende der laufenden Funktionsperiode
Ing. Robert Schächter	1958	Vorsitzender	29.07.2010	28.07.2020
Prof. Reinhart Gausterer	1952		29.07.2010	30.06.2017
Mag. Helmut Lackner	1968		29.07.2010	28.07.2020

¹ Die dargestellten Grundsätze gelten soweit anwendbar auch für die in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen.

6. Angaben zur Zusammensetzung des Aufsichtsrats

Name	Geburtsjahr	Funktion	Datum der Erstbestellung	Ende der laufenden Funktionsperiode
Dr. Johannes Strohmayer	1950	Vorsitzender	14.07.2017	HV 2021
Dr. Wilfried Stadler	1951	Vorsitzender-Stellvertreter	14.07.2017	HV 2021
Dr. Peter Hoffmann-Ostenhof	1955	Vorsitzender-Stellvertreter	14.07.2017	HV 2021
Martin Smit	1972		01.04.2015	n.a.
Thomas Sperlich	1972		01.03.2016	n.a.

7. Anzahl der Sitzungen des Aufsichtsrats

Im Geschäftsjahr 2016/17 wurden vier ordentliche Sitzungen des Aufsichtsrats abgehalten.

8. Prüfungsausschuss

Der Prüfungsausschuss ist der einzige vom Aufsichtsrat eingerichtete Ausschuss und besteht per Oktober 2011 aus den Mitgliedern des Aufsichtsrats. Im Geschäftsjahr 2016/17 fanden zwei Sitzungen des Prüfungsausschusses statt.

9. Angaben zum Vorstand

Im Geschäftsjahr 2016/17 wurden zehn Sitzungen des Vorstandes abgehalten. Der Vorsitzende des Vorstandes Ing. Schächter verantwortet die Strategie, Konzernentwicklung und Kommunikation. Prof. Gausterer ist zuständig für International Sales. Mag. Lackner verantwortet die Bereiche Produktion und Finanzen.

10. Maßnahmen zur Förderung von Frauen in leitender Stellung

Es ist Ziel des Konzerns Frauen im Vorstand, im Aufsichtsrat und in leitenden Stellungen zu fördern, ohne jedoch Quoten festzulegen. Rund ein Drittel der Führungskräfte im Konzern sind weiblich.

11. Compliance Richtlinie

Mit einer konzernweit verpflichtenden Compliance-Richtlinie will der Konzern die missbräuchliche Verwendung von Insider-Informationen verhindern. Die Richtlinie basiert auf den aktuellen österreichischen Rechtsvorschriften. Die Richtlinie gilt uneingeschränkt für alle Mitarbeiter des Konzerns, die Mitglieder des Aufsichtsrats sowie Berater. Zu den Aufgaben des Compliance-Verantwortlichen zählt die Kontaktpflege zu den von der Richtlinie erfassten Personen, die Information zu Sperrfristen und Handelsverboten, die Einrichtung von Vertraulichkeitsbereichen sowie die Sicherstellung des korrekten Umgangs mit Compliance-relevanten Daten.

12. Code of Conduct

Der Aufsichtsrat hat in seiner 6. Sitzung am 14.02.2012 eine Verhaltensrichtlinie für den Konzern verabschiedet. Der Konzern verpflichtet sich darin, bei seinen unternehmerischen Aktivitäten seine gesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen.

Dabei werden die Gesetze und maßgeblichen Regeln der Länder beachtet, in denen der Konzern tätig ist. Die wesentlichen Grundsätze der Richtlinie sind Anti-Diskriminierung, Gesundheitsschutz, Umweltschutz, gewaltfreies Verhalten am Arbeitsplatz, korrekter Umgang mit fremdem geistigen Eigentum und Geschäftsgeheimnissen, die Ablehnung von Zwangs- und Kinderarbeit, die Einhaltung von Anti-Korruptionsbestimmungen sowie von Kartell- und Embargobestimmungen.

In der 10. Aufsichtsratssitzung am 05.03.2013 wurden eine Neufassung des Code of Conduct und eine Antikorruptionsrichtlinie auf Basis des Korruptionsstrafrechtsänderungsgesetzes 2012 beschlossen. In der Folge wurden alle Mitarbeiter des Konzerns über den neuen Code of Conduct, die Anti-Korruptionsrichtlinie, Kapitalmarkt-Compliance sowie das Informationssicherheitsmanagement ISO 27001 des Konzerns persönlich geschult.

Angaben gemäß §243b (2) 3.

Die Vorstandsbezüge von Prof. Reinhart Gausterer und Mag. Helmut Lackner setzen sich aus einem Grundgehalt und einem variablen Gehaltsbestandteil (Prämie) zusammen. Die Prämie bemisst sich nach dem Konzernergebnis. Darüber hinaus gibt es ein Aktienoptionsprogramm für die Mitglieder des Vorstands. Mit Vereinbarung vom 02.12.2014 ist Herr Mag Lackner aus dem Aktienoptionsprogramm ausgeschieden. Dabei kam es zu einem Verzicht auf die Anwartschaften auf Aktienoptionen ab dem Geschäftsjahr 2014/15.

Die Gesamtbezüge im Geschäftsjahr 2016/17 betrugen von Prof. Reinhart Gausterer TEUR 262 (davon TEUR 64 variabel) und von Mag. Helmut Lackner TEUR 315 (davon TEUR 137 variabel).

Darüber hinaus gibt es einen Managementvertrag mit der ECP Capital Partners GmbH in der Höhe von TEUR 390, der auch die Vorstandstätigkeit von Ing. Schächter miteinschließt.

Wien, 31. Mai 2017



Ing. Robert Schächter
Vorstandsvorsitzender



Prof. Reinhart Gausterer
Vorstandsmitglied



Mag. Helmut Lackner
Vorstandsmitglied

Vorstand der
Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

OSD

FÜHRERSCHEIN

IFRS-Konzernabschluss

der

**Österreichische Staatsdruckerei
Holding AG**

Tenschertstraße 7
1230 Wien

zum

31. März 2017

Inhaltsverzeichnis

IFRS-Konzernabschluss	33
Konzern Gesamtergebnisrechnung 2016/17	36
Konzern Bilanz zum 31.03.2017	37
Konzern Geldflussrechnung 2016/17	38
Aufstellung der Veränderung des Eigenkapitals	39
A Grundlagen und Bilanzierungsmethoden	41
1 Rechnungslegungsgrundsätze	42
2 Konsolidierungsgrundsätze, Konsolidierungsvorgang und -kreis	49
3 Zusammenfassung der wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	51
B Erläuterungen zur Konzern Bilanz und zur Konzern Gesamtergebnisrechnung	63
1 Umsatzerlöse	63
2 Sonstige betriebliche Erträge	64
3 Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Leistungen	64
4 Personalaufwand	64
5 Abschreibungen	65
6 Sonstige betriebliche Aufwendungen	65
7 Zinserträge und Zinsaufwendungen	66
8 Sonstiges Finanzergebnis	66
9 Ertragsteuern	66
10 Sonstiges Ergebnis	67
11 Ergebnis je Aktie	68
12 Immaterielle Vermögenswerte	68
13 Sachanlagen	72
14 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	73
15 Vorräte	74
16 Sonstige kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	74
17 Sonstige nicht finanzielle Vermögenswerte	75
18 Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	75
19 Latente Steueransprüche und -verbindlichkeiten aus laufenden Ertragsteuern	76
20 Eigenkapital	77
21 Rückstellungen	81
22 Finanzverbindlichkeiten	83
23 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	84
24 Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	85
25 Sonstige nicht finanzielle Verbindlichkeiten	85

C	Sonstige Angaben zum Konzernabschluss	87
1	Segmentberichterstattung	87
2	Eventualverbindlichkeiten	89
3	Finanzinstrumente	89
4	Leasing	94
5	Transaktionen mit nahestehenden Personen bzw. Unternehmen	97
6	Erläuterungen zur Konzern Geldflussrechnung	97
7	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	98
8	Organe der Muttergesellschaft	98

Der Konzernabschluss ist in TEUR aufgestellt. Nachdem bei der gerundeten Darstellung in der internen Rechengenauigkeit auch die nicht dargestellten Ziffern berücksichtigt werden, können Rundungsdifferenzen auftreten.

Konzern Gesamtergebnisrechnung 2016/17

(alle Werte in TEUR)

	Erläuterungen	2016/17	2015/16
Umsatzerlöse	B1	44.669	40.516
Veränderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen sowie an noch nicht abrechenbaren Leistungen		632	-60
andere aktivierte Eigenleistungen	B12	463	309
sonstige betriebliche Erträge	B2	680	407
Gesamterträge		46.445	41.173
Aufwendungen für Material und bezogene Leistungen	B3	-20.092	-18.135
Personalaufwand	B4	-11.834	-10.921
Abschreibungen	B5	-1.886	-1.943
sonstige betriebliche Aufwendungen	B6	-4.721	-3.997
Betriebsergebnis (EBIT)		7.912	6.176
Zinserträge	B7	1	2
Zinsaufwendungen	B7	-449	-479
sonstiges Finanzergebnis	B8	18	0
Finanzergebnis		-430	-477
Ergebnis vor Steuern		7.482	5.698
Ertragsteuern	B9	-1.667	-995
Periodenergebnis		5.814	4.703
Beträge, die in künftigen Perioden nicht ergebniswirksam werden			
Neubewertung Nettoschuld aus leistungsorientierten Verpflichtungen		-100	-7
Ertragsteuern		25	2
sonstiges Ergebnis nach Ertragsteuern	B10	-75	-5
Gesamtergebnis		5.739	4.698
davon entfallend auf Eigentümer des Mutterunternehmens		5.739	4.698
Ergebnis je Aktie (unverwässert) in EUR	B11	0,84	0,68
Ergebnis je Aktie (verwässert) in EUR	B11	0,83	0,67

Konzern Bilanz zum 31.03.2017

(alle Werte in TEUR)

Vermögenswerte	Erläuterungen	31.03.17	31.03.16
<i>Langfristiges Vermögen</i>			
Immaterielle Vermögenswerte	B12	23.096	22.703
Sachanlagen	B13	13.578	14.032
Latente Steueransprüche	B19	256	393
		36.930	37.128
<i>Kurzfristiges Vermögen</i>			
Vorräte	B15	5.463	5.290
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	B14	7.863	7.960
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	B16	2.223	146
Sonstige nicht finanzielle Vermögenswerte	B17	501	2.349
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	B18	6.703	3.280
		22.753	19.024
Summe Vermögenswerte		59.683	56.152
Eigenkapital und Schulden			
<i>Eigenkapital</i>	B20		
Grundkapital		7.500	7.500
Eigene Anteile		-6.915	-6.915
Rücklage aus Aktienoptionen		939	864
Gesetzliche Rücklage		750	750
Rücklage aus Neubewertung der Nettoschuld aus leistungsorientierten Verpflichtungen		-451	-376
Einbehaltene Gewinne		21.159	18.453
		22.982	20.277
<i>Langfristiges Fremdkapital</i>			
Rückstellungen	B21	2.050	2.150
Finanzverbindlichkeiten	B22	13.738	14.992
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	B24	2.770	2.884
Sonstige nicht finanzielle Verbindlichkeiten	B25	130	149
		18.687	20.174
<i>Kurzfristiges Fremdkapital</i>			
Ertragsteuerschulden	B19	1.568	915
Finanzverbindlichkeiten	B22	7.040	7.686
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	B23	3.913	3.394
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	B24	413	150
Sonstige nicht finanzielle Verbindlichkeiten	B25	5.080	3.554
		18.014	15.701
Summe Eigenkapital und Schulden		59.683	56.152

Konzern Geldflussrechnung 2016/17

(alle Werte in TEUR)

	Erläuterungen	2016/17	2015/16
Periodenergebnis		5.814	4.703
unbare Aufwendungen und Erträge			
+ Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	B5	1.886	1.943
- Gewinn / + Verlust aus dem Abgang von Sachanlagen		-3	33
- Zuschreibungen / + Abschreibungen zu Wertpapieren		-14	16
+ Dotierung Rücklage im Zusammenhang mit Aktienoptionsprogramm	B20	75	127
+ Ertragssteuern	B9	1.667	995
+ Finanzaufwendungen		416	451
- Finanzerträge		-6	-19
		9.835	8.249
Veränderung der Vermögenswerte und Schulden			
- Zunahme / + Abnahme langfristiger nicht finanzieller Vermögenswerte	B17	0	729
- Zunahme / + Abnahme der Vorräte	B15	-173	-247
- Zunahme / + Abnahme kurzfristige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	B14	-1.966	-127
- Zunahme / + Abnahme kurzfristige nicht finanzielle Vermögenswerte		1.827	-1.241
+ Zunahme / - Abnahme langfristige finanzielle Verbindlichkeiten	B24	-114	71
+ Zunahme / - Abnahme sonstige langfristige nicht finanzielle Verbindlichkeiten		-19	-168
+ Zunahme / - Abnahme Rückstellungen		-200	5
+ Zunahme / - Abnahme kurzfristige Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige kurzfristige finanzielle Verbindlichkeiten	B24	740	192
+ Zunahme / - Abnahme sonstige kurzfristige nicht finanzielle Verbindlichkeiten		1.530	339
- bezahlte Ertragsteuern		-855	-852
- bezahlte Zinsen		-399	-477
+ erhaltene Zinsen	B7	1	2
+ erhaltene Dividenden / Kapitalrückzahlungen		5	42
Geldflussrechnung aus der betrieblichen Tätigkeit		10.212	6.517
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen und immateriellem Vermögen		6	8
- Auszahlungen für Investitionen in Sachanlagen und immaterielles Vermögen		-1.786	-3.077
Geldflussrechnung aus der Investitionstätigkeit		-1.780	-3.069
- Tilgung Geldkredite		-5.700	-3.700
+ Aufnahme Geldkredite		4.787	4.903
- Tilgung Leasing	B22	-987	-654
- Dividendenausschüttungen	B20	-3.108	-3.108
Geldflussrechnung aus der Finanzierungstätigkeit		-5.008	-2.559
Kapitalfluss aus der betrieblichen Tätigkeit		10.212	6.517
Kapitalfluss aus der Investitionstätigkeit		-1.780	-3.069
Free Cash Flow		8.431	3.448
Zahlungsmittelbestand am Anfang der Periode	B18	3.280	2.392
Veränderung Zahlungsmittel		3.423	888
Zahlungsmittelbestand am Ende der Periode	B18	6.703	3.280

Erläuterungen zur Geldflussrechnung finden sich unter Punkt C6.

Aufstellung der Veränderung des Eigenkapitals

(alle Werte in TEUR)

	Grundkapital	eigene Anteile	Rücklagen aus Aktienoptionen	Gesetzliche Rücklage	Rücklage aus Neubewertung der Nettoschuld aus leistungsorientierten Verpflichtungen	Einbehaltene Gewinne	Konzern-eigenkapital
Stand 01.04.2016	7.500	-6.915	865	750	-376	18.453	20.277
Erwerb eigener Anteile	0	0	0	0	0	0	0
Aktienoptionsprogramm	0	0	74	0	0	0	74
Dividenden	0	0	0	0	0	-3.108	-3.108
Periodenergebnis	0	0	0	0	0	5.814	5.814
sonstiges Ergebnis	0	0	0	0	-75	0	-75
Gesamtergebnis	0	0	0	0	-75	5.814	5.739
Stand 31.03.2017	7.500	-6.915	939	750	-451	21.159	22.982

	Grundkapital	eigene Anteile	Rücklagen aus Aktienoptionen	Gesetzliche Rücklage	Rücklage aus Neubewertung der Nettoschuld aus leistungsorientierten Verpflichtungen	Einbehaltene Gewinne	Konzern-eigenkapital
Stand 01.04.2015	7.500	-6.915	738	750	-371	16.858	18.560
Erwerb eigener Anteile	0	0	0	0	0	0	0
Aktienoptionsprogramm	0	0	127	0	0	0	127
Dividenden	0	0	0	0	0	-3.108	-3.108
Periodenergebnis	0	0	0	0	0	4.703	4.703
sonstiges Ergebnis	0	0	0	0	-5	0	-5
Gesamtergebnis	0	0	0	0	-5	4.703	4.698
Stand 31.03.2016	7.500	-6.915	865	750	-376	18.453	20.277

Erläuterungen zur Veränderung des Eigenkapitals finden sich unter Punkt B20.

Es liegen keine nicht beherrschende Anteile vor.

ÖSD



VISA

Country of issue/Pays

Place of issue/Place

VISUM



Anhang zum Konzernabschluss zum 31.03.2017

A Grundlagen und Bilanzierungsmethoden

Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG (FN 290506 s) entstand durch formwechselnde Umwandlung der High Security Holding GmbH, die mit Generalversammlungsbeschluss vom 24.06.2010 in eine Aktiengesellschaft mit neuem Firmenwortlaut umgewandelt wurde. Diese formwechselnde Umwandlung wurde mit Beschluss des Handelsgerichts Wien vom 28.07.2010, GZ Fr 10082/10s, bewilligt und am 29.07.2010 in das Firmenbuch zu FN 290506 s eingetragen. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG ist eine Aktiengesellschaft nach österreichischem Recht.

Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG hält alle Anteile an der Österreichische Staatsdruckerei GmbH (FN 186375 g, HG Wien), die wiederum alle Anteile an der OeSD International GmbH (FN 292591 g, HG Wien) hält. Die OeSD International GmbH hält alle Anteile an der OeSD International SEE SH.P.K (Kosovo) und der im Geschäftsjahr 2012/13 neu gegründeten OeSD Europe GmbH (FN 382708 g, HG Wien).

Zum Konsolidierungskreis gehört seit dem Geschäftsjahr 2011/12 auch die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung. Diese Stiftung wurde im März 2012 von der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG und der Österreichische Staatsdruckerei GmbH, als Stifter, gemeinsam errichtet.

Diese Gesellschaften bilden den Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG, wobei die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG die oberste Konzerngesellschaft ist.

Die Tätigkeit des Konzerns umfasst vor allem die Herstellung von Sicherheitsprodukten und die Erbringung von Sicherheitsdienstleistungen. Der Schwerpunkt liegt auf Produkten, bei deren Herstellungsprozess Geheimhaltung bzw. die Einhaltung von Sicherheitsvorschriften (Sicherheitsdruck) geboten ist.

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt TEUR 7.500 und ist in 7.500.000 nennbetragslose, auf Inhaber lautende Stückaktien zerlegt. Seit 11.11.2011 notieren die Aktien der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG an der Wiener Börse. Die Notiz erfolgt im Handelssegment 'Standard Market Auction'. Kernaktionäre sind die GRT Privatstiftung mit einem Anteil von rund 45,6% und die G3 Industrie Privatstiftung mit einem Anteil von rund 45,7 %, sowie die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung mit 4,9 %.

1 Rechnungslegungsgrundsätze

Der Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG erstellte zum 31.03.2010 erstmalig einen Abschluss nach IFRS. Als Übergangstichtag von den bisherigen Rechnungslegungsgrundsätzen (UGB) wurde der 01.04.2008 festgesetzt. Der Konzernabschluss entspricht den Vorschriften der International Financial Reporting Standards (IFRS/IAS), den Interpretationen des International Financial Reporting Interpretation Committee („IFRS IC“), sowie den Interpretationen des Standards Interpretation Committee („SIC“), wie sie in der Europäischen Union (EU) anzuwenden sind, und den nach §245a UGB zu beachtenden unternehmensrechtlichen Vorschriften.

Der Konzernabschluss ist in TEUR aufgestellt. Nachdem bei der gerundeten Darstellung in der internen Rechengenauigkeit auch die nicht dargestellten Ziffern berücksichtigt werden, können Rundungsdifferenzen auftreten.

Im Geschäftsjahr wurden folgende Standards und Interpretationen erstmalig angewendet:

Neu angewandte IFRSs und IFRICs

Standard bzw. Interpretation		Anwendungszeitpunkt (EU)	Pflicht zur Anwendung in der OeSD Holding AG	Auswirkungen auf die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG
IFRS10, IFRS 12, IAS 28	Investmentgesellschaften: Anwendung der Konsolidierungsausnahme	01.01.2016	01.04.2016	Keine
IAS 27	Anwendung der Equity Methode in Einzelabschlüssen	01.01.2016	01.04.2016	Keine
IAS 1	Angabeninitiative (Disclosure Initiative)	01.01.2016	01.04.2016	Keine
	Jährliche Verbesserungen zu IFRS, Zyklus 2012-2014	01.01.2016	01.04.2016	Keine
IAS 16, IAS 38	Klarstellung der zulässigen Abschreibungsmethoden	01.01.2016	01.04.2016	Keine
IFRS 11	Bilanzierung des Erwerbs von Anteilen an gemeinschaftlichen Tätigkeiten	01.01.2016	01.04.2016	Keine
IAS 16, IAS 41	Fruchttragende Gewächse	01.01.2016	01.04.2016	Keine

Aus der erstmaligen Anwendung dieser Standards haben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss ergeben. Punktuelle Anpassungen haben sich durch die Änderungen des IAS 1 ergeben. Die Änderungen des IAS 1 betreffen zahlreiche Klarstellungen. Generell sollen nur noch wesentliche Informationen of-



fengelegt und Redundanzen vermieden werden. Demnach sind u.a. lediglich bedeutende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden anzugeben. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG hat in diesem Zusammenhang den Aufbau und Umbau der Angaben und Erläuterungen einer kritischen Würdigung unterzogen und gegebenenfalls Anpassungen vorgenommen.

Die folgenden Standards und Interpretationen wurden verabschiedet, gelten aber noch nicht für Geschäftsjahre, die am oder vor dem 31.03.2017 enden, und werden daher von der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG noch nicht angewendet. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG wird die Standards mit Inkrafttreten anwenden.

Neue, aber noch nicht anzuwendende bzw. angewendete Standards

Standard bzw. Interpretation		Anwendungszeitpunkt (EU)	Pflicht zur Anwendung in der OeSD Holding AG	Auswirkungen auf die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG
IFRS 9	Finanzinstrumente	01.01.2018	01.04.2018	Siehe Anschließende Ausführungen
IFRS 15	Umsatzerlöse aus Erträgen mit Kunden	01.01.2018	01.04.2018	Siehe Anschließende Ausführungen

Änderungen zu IFRS 9: Finanzinstrumente

IFRS 9 enthält Vorschriften für den Ansatz, die Bewertung und die Ausbuchung von Finanzinstrumenten sowie für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften und ersetzt in diesen Bereichen den bisherigen Standard IAS 39. Neu gefasst wurden insbesondere die Regelungen zur Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten, die nun vom Geschäftsmodell und den vertraglichen Zahlungsströmen abhängig sind. Abhängig von der Art des finanziellen Vermögenswerts und den beiden genannten Kriterien ergibt sich die Folgebewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten, erfolgswirksam oder erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert (fair value). Die wesentlichste Änderung des IFRS 9 besteht in der Neuregelung der Bilanzierung von Wertminderungen (impairments) finanzieller Vermögenswerte, die nunmehr die Erfassung bereits erwarteter Verluste (expected loss model) vorsieht. Derzeit bestehen im Konzern finanzielle Vermögenswerte vor allem in Form von Wertpapieren, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente sowie Wertpapiere. Unter Berücksichtigung des Geschäftsmodells, der Art der vorhandenen finanziellen Vermögenswerte sowie des insgesamt geringen Ausfallrisikos werden sich voraussichtlich keine wesentlichen Auswirkungen durch die Anwendung des IFRS 9 ergeben. Voraussichtlich wird die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG zukünftig das vereinfachte Modell nach IFRS 9.5.5.15 zur Bestimmung der Wertminderung von Forderungen aus Lieferungen, Vertragsvermögenswerten und Forderungen aus Leasingverhältnissen anwenden. Dies bedeutet, dass im Zugangszeitpunkt eine Risikovorsorge in Höhe des erwarteten Verlustes auf die Restlaufzeit (Lifetime Expected Loss) des Finanzinstrumentes gebildet wird.

Änderungen zu IFRS 15: Umsatzerlöse aus Erträgen mit Kunden

Zielsetzung des IFRS 15 ist es, eine Vielzahl der bisher in diversen Standards und Interpretationen enthaltenen Regelungen zusammenzuführen. Das Kernprinzip von IFRS 15 ist, dass Erlöse in der Höhe erfasst werden, in der für die übernommenen Leistungsverpflichtungen, also die Übertragung von Waren oder die Erbringung von Dienstleistungen, Gegenleistungen erwartet werden. Dieses Kernprinzip wird mit einem fünfstufigen Rahmenmodell umgesetzt. Das Modell legt fest, dass der Übergang der Kontrolle (control approach) den Zeitpunkt bzw. Zeitraum der Umsatzrealisierung bestimmt und damit das bisherige risk and reward Modell (Übertragung von Risiken und Chancen) ablöst. Zusätzlich wird das Ausmaß der geforderten Angaben im Anhang erweitert.

Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG hat die möglichen Auswirkungen von IFRS 15 evaluiert.

- ◆ **Lieferungen von Sicherheitsdokumenten:** Der weitaus überwiegende Teil der Umsatzerlöse des Konzerns entfällt auf die Lieferungen von Sicherheitsdokumenten. Es werden sich hinsichtlich der Erfassung als Umsatzerlöse aus heutiger Sicht keine Änderungen ergeben, da der Zeitpunkt der Erlösrealisierung verlässlich bestimmt werden kann und die Gegenleistung erhalten wird. Soweit variable Erlöse im Zusammenhang mit stückzahlabhängigen Staffelpreisen bestehen, werden die im IFRS 15 vorgesehenen Regelungen bereits seit Jahren sinngemäß angewendet.
- ◆ **Projektgeschäft:** In Einzelfällen (in der Regel dann im Auslandsgeschäft) werden sogenannte Mehrkomponentengeschäfte abgeschlossen. Dabei werden verschiedene Leistungen (beispielsweise die Lieferung von Hardware, Software und die Erbringung von Dienstleistungen) in einen zivilrechtlichen Vertrag mit einem einheitlichen Preis zusammengefasst. Für Zwecke der Ertragsrealisierung wurde auch schon bisher der Erlös in die unterschiedlichen Komponenten (Leistungsbündel) aufgespalten, sofern diese Komponenten sachlich und wertmäßig trennbar sind. Diese Bilanzierungsgrundsätze werden auch bei Anwendung der Regelungen des IFRS 15 weitgehend unverändert bleiben.
- ◆ **Identity-Management:** Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG beabsichtigt in den nächsten Jahren ihr Leistungsspektrum im Bereich des Identity-Managements zu erweitern und hat in diesem Zusammenhang verschiedene innovative Lösungen entwickelt. In Abhängigkeit vom jeweiligen Geschäftsmodell (Erbringung von Dienstleistungen, Verrechnung von Lizenzkosten) können sich durch die Anwendung von IFRS 15 künftig Auswirkungen ergeben.



Nachfolgende Standards sowie Interpretationen und Änderungen zu bestehenden Standards, die ebenfalls vom IASB herausgegeben wurden, sind im Konzernabschluss zum 31.03.2017 der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG noch nicht verpflichtend anzuwenden. Deren Anwendung setzt voraus, dass sie im Rahmen des IFRS-Übernahmeverfahrens („Endorsement“) der EU angenommen werden. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG plant die Standards mit Inkrafttreten anzuwenden.

Standard bzw. Interpretation		Anwendungszeitpunkt (EU)	Pflicht zur Anwendung in der OeSD Holding AG	Auswirkungen auf die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG
IFRS 14	Regulatorische Abgrenzungsposten	ausgesetzt	ausgesetzt	
IFRS 16	Leasing	01.01.2017	geplant mit 01.04.2019	siehe anschließende Ausführungen
IFRS 17	Versicherungsverträge	01.01.2021	geplant mit 01.04.2021	keine
IFRS 10 IAS 28	Änderungen Anteile an assoziierten Unternehmen und Joint Ventures	verschoben	verschoben	keine
IAS 12	Ansatz von aktiven latenten Steuern für unrealisierte Verluste	01.01.2017	geplant mit 01.04.2017	keine
IAS 7	Angabeninitiative (Disclosure initiative)	01.01.2017	geplant mit 01.04.2017	siehe anschließende Ausführungen
IFRS 15	Erlöse aus Verträgen mit Kunden: Klarstellungen	01.01.2018	geplant mit 01.04.2018	siehe anschließende Ausführungen
IFRS 2	Klassifizierung und Bewertung von Geschäftsvorfällen mit anteilsbasierter Vergütung	01.07.2018	geplant mit 01.04.2018	keine
IFRS 4	Anwendung von IFRS 9 Finanzinstrumente mit IFRS 4 Versicherungsverträge	01.01.2018	geplant mit 01.04.2018	keine
	Jährliche Verbesserungen zu IFRS, Zyklus 2014-2016	01.07.2018	geplant mit 01.04.2017 01.04.2018	keine
IFRIC 22	Transaktionen in fremder Währung und im Voraus gezahlte Gegenleistungen	01.07.2018	geplant mit 01.04.2018	keine
IAS 40	Nutzungsänderungen von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	01.07.2018	geplant mit 01.04.2018	keine

Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG evaluiert derzeit die Auswirkungen dieser Änderungen. Aus heutiger Sicht ist davon auszugehen, dass sich relevante Änderungen aus den neuen Regelungen des IFRS 16 ergeben werden. Mögliche

Anpassungserfordernisse können sich im kleineren Umfang durch die Änderungen zu IAS 7 (Angaben betreffend die Geldflussrechnung) sowie durch die Klarstellungen zu IFRS 15 (Erlöse aus Verträgen mit Kunden) ergeben. Die übrigen Standardänderungen sind für die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG nicht relevant bzw. werden daraus keine Anpassungen erwartet.

IFRS 16 - Leasing

Der neue IFRS 16 ersetzt die bisherigen Vorschriften des IAS 17 und der zugehörigen Interpretationen, wobei insbesondere die bilanzielle Abbildung von Leasingverträgen beim Leasingnehmer neu geregelt wurde. Der Leasingnehmer erfasst nunmehr für jedes Leasingverhältnis eine Verbindlichkeit für die zukünftig zu leistenden Leasingzahlungen. Die Verbindlichkeit wird beim Erstansatz abgezinst und in den Folgejahren einerseits durch die Leasingzahlungen vermindert, andererseits durch Aufzinsung (unwinding) erhöht. Gleichzeitig wird ein Nutzungsrecht in Höhe des Barwerts der künftigen Leasingzahlungen aktiviert und in weiterer Folge linear abgeschrieben. Die bisherige Unterscheidung zwischen operating lease und finance lease entfällt somit. Ausgenommen sind geringwertigen Vermögensgegenstände sowie kurzfristige Leasingverträge. Für Leasinggeber sind die Regelungen des neuen Standards dagegen ähnlich der bisherigen Vorschriften des IAS 17. IFRS 16 enthält darüber hinaus weitere Regelungen zu sale-and-lease-back Transaktionen sowie zu den erforderlichen Anhangangaben.

IFRS 16 ist verpflichtend ab der Berichtsperiode, die am 1. Jänner 2019 beginnt, anzuwenden. Für die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG ergibt sich somit eine erstmalige Anwendung für das Geschäftsjahr 2019/2020 (eine frühzeitige Anwendung bei gleichzeitig früherer Anwendung des IFRS 15 ist nicht geplant). Der Standard gewährt das Wahlrecht zwischen einer vollständig retrospektiven Anwendung nach IAS 8 oder einer modifizierten Anwendung, die den kumulativen Anpassungseffekt im Zeitpunkt der Erstanwendung als Buchung im Eigenkapital zu Beginn des Geschäftsjahres der Erstanwendung erfasst. Der Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG hat mehrere Leasingvereinbarungen abgeschlossen, die in den Anwendungsbereich des IFRS 16 fallen. Die wesentlichen Vereinbarungen, welche die Produktionsliegenschaft sowie einige Produktionsmaschinen betreffen, sind dabei so ausgestaltet, dass diese bereits nach den derzeit anzuwendenden Bestimmungen des IAS 17 als Finanzierungsleasingvereinbarungen eingestuft werden. Folglich werden entsprechende Vermögenswerte bzw. Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing in der Bilanz ausgewiesen. Der Buchwert der bilanzierten Vermögenswerte aus Finanzierungsleasingvereinbarungen beträgt zum 31.03.2017 rd. TEUR 9.182, die damit im Zusammenhang stehenden Verbindlichkeiten belaufen sich auf einen Wert von rd. TEUR 5.290.

Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG beabsichtigt im Zuge der Erstanwendung von der Möglichkeit des kumulativen Anpassungseffektes („catch-up-Ansatz“) Gebrauch zu machen. Dementsprechend werden bei den Finanzierungsleasingvereinbarungen sowohl der Buchwert des Vermögenswertes als auch der Buchwert der Verbindlichkeit fortgeführt, so dass für diese Leasingverhältnisse mit keinen Auswirkungen auf den Konzernabschluss gerechnet wird. Einzelne Leasingvereinbarungen (beispielsweise für Kopiergeräte oder PKW) werden derzeit als



Operating- Leasingverhältnisse bilanziert. Bei diesen Vereinbarungen wird es im Zuge der erstmaligen Anwendung von IFRS 16 zu Anpassungen kommen. Legt man den Stand der zum 31.03.2017 bestehenden Vertragsverhältnisse zugrunde, so wäre mit einer Erhöhung der Bilanzsumme von rd. TEUR 525 zu rechnen. Voraussichtlich wird die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG von der Vereinfachungsmöglichkeit Gebrauch machen, im Rahmen der Erstanwendung die Vermögenswerte mit dem gleichen Wert wie die Verbindlichkeit anzusetzen. In der Gewinn- und Verlustrechnung würde es zu einer geringfügigen Verschiebung von den sonstigen betrieblichen Aufwendungen zu den Abschreibungen und Zinsaufwendungen kommen, wobei die Ergebnisauswirkung insgesamt vernachlässigbar erscheint. Zu den am Stichtag bestehenden Operating-Leasingverträgen wird auf Punkt C.4. verwiesen.

IAS 7: Angabeninitiative (Disclosure Initiative)

Die Änderungen zu IAS 7 sind Teil der Disclosure Initiative des IASB, mit der die Effektivität bzw. Aussagekraft der Angaben in den Jahresabschlüssen verbessert werden soll. Danach sind Angaben über die Änderungen solcher Finanzverbindlichkeiten zu machen, deren Einzahlungen und Auszahlungen in der Kapitalflussrechnung im Cashflow aus Finanzierungstätigkeit gezeigt werden. Insbesondere soll die Darstellung des Cashflows aus Finanzierungstätigkeit künftig um eine Überleitungsrechnung ergänzt werden, die außerhalb der Kapitalflussrechnung angegeben wird. In der Überleitungsrechnung können Beträge gesondert nach zahlungswirksamen Veränderungen, Veränderungen aus dem Erwerb oder der Veräußerung von Unternehmen, Wechselkursänderungen oder Änderungen des beizulegenden Zeitwerts angegeben werden.

Klarstellungen zu IFRS 15: Erlöse aus Verträgen mit Kunden

Die Klarstellungen zu IFRS 15 betreffen folgende Themen:

- ◆ Identifizierung von Leistungsverpflichtungen: Die Identifikation von Leistungsverpflichtungen hat anhand eigenständig abgrenzbarer Zusagen von Waren oder Dienstleistungen zu erfolgen. Dazu wurden einige Beispiele im Standard angepasst.
- ◆ Prinzipal-Agenten-Beziehung: Zuerst erfolgt die Identifizierung der spezifischen Leistung für den Kunden, dann die Identifizierung der Beherrschungsverhältnisse der spezifischen Leistung, bevor sie an den Kunden übertragen wird.
- ◆ Lizenzvereinbarungen: Klarstellung zur Frage, ob die Erlösrealisation im Rahmen einer Lizenzvereinbarung zeitraum- oder zeitpunktbezogen zu erfolgen hat. Neue Leitlinie, die klarstellen soll, wann ein immaterieller Vermögenswert bedeutsam verändert wird.
- ◆ Übergangserleichterungen: Verträge, die vor dem Beginn der frühesten dargestellten Periode geändert wurden, sind nicht rückwirkend neu darzustellen. Verträge, die zu Beginn der frühesten dargestellten Periode abgeschlossen wurden, müssen nicht neu dargestellt werden.





2 Konsolidierungsgrundsätze, Konsolidierungsvorgang und -kreis

Sämtliche in den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen führen einheitlich den Bilanzstichtag 31. März. Nachdem alle Tochterunternehmen in Euro bilanzieren, war im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses keine Währungsumrechnung erforderlich. Es kam im Geschäftsjahr 2016/17 zu keinen Änderungen im Konsolidierungskreis.

Tochterunternehmen sind vom Konzern beherrschte Unternehmen. Der Konzern beherrscht ein Unternehmen, wenn er schwankenden Renditen aus seinem Engagement bei den Unternehmen ausgesetzt ist bzw. Anrecht auf diese besitzt und die Fähigkeit hat, diese Renditen mittels seiner Verfügungsgewalt über das Unternehmen zu beeinflussen.

Tochterunternehmen werden von dem Zeitpunkt in den Konzernabschluss einbezogen (Vollkonsolidierung), ab dem die Kontrolle auf den Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG übergegangen ist. Sie werden zu dem Zeitpunkt endkonsolidiert, ab dem die Kontrolle endet. Die Bilanzierung erworbener Tochterunternehmen erfolgt nach der Erwerbsmethode.

Beim Unternehmenserwerb werden die Vermögenswerte und Schulden der erworbenen Tochterunternehmen mit ihren beizulegenden Zeitwerten zum Erwerbszeitpunkt bewertet. Übersteigen die Anschaffungskosten des Unternehmenserwerbs die beizulegenden Zeitwerte der erworbenen identifizierbaren Vermögenswerte und Schulden, so wird der Unterschiedsbetrag als Firmenwert ausgewiesen. Negative Unterschiedsbeträge werden zum Erwerbszeitpunkt ertragswirksam erfasst.

Die Ergebnisse der im Laufe eines Jahres erworbenen oder veräußerten Tochterunternehmen werden entsprechend vom effektiven Erwerbszeitpunkt oder bis zum effektiven Abgangszeitpunkt in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sowie in das sonstige Ergebnis einbezogen. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden einheitlich von allen Tochtergesellschaften angewendet.

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt nach der Erwerbsmethode durch Verrechnung der Anschaffungskosten der Anteile mit dem Neubewerteten Eigenkapital der konsolidierten Tochterunternehmen zum Zeitpunkt des Erwerbs. Daraus resultierende aktivische Unterschiedsbeträge werden, soweit eine Zuordnung zu den einzelnen Vermögenswerten und Schulden nicht möglich ist, als Firmenwert unter den immateriellen Vermögenswerten ausgewiesen.

Im Rahmen der Schuldenkonsolidierung werden Ausleihungen, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, andere Forderungen und Rechnungsabgrenzungsposten mit den korrespondierenden Verbindlichkeiten und Rückstellungen der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen verrechnet.

Sämtliche konzerninterne Aufwendungen und Erträge werden im Zuge der Aufwands- und Ertragskonsolidierung eliminiert. Zu berücksichtigende Zwischengewinne liegen nicht vor.

Der Konsolidierungskreis der vollkonsolidierten verbundenen Unternehmen umfasst wie im Vorjahr neben der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG folgende Gesellschaften:

- ◆ Österreichische Staatsdruckerei GmbH
(zu 100% im Eigentum der Muttergesellschaft)
1230 Wien, Tenschertstraße 7
FN 186375 g, HG Wien
- ◆ OeSD International GmbH
(zu 100% im Eigentum der Österreichische Staatsdruckerei GmbH)
1230 Wien, Tenschertstraße 7
FN 292591 g, HG Wien
- ◆ OeSD International SEE SH.P.K.
(zu 100% im Eigentum der OeSD International GmbH)
10000 Pristina, Tringe Smajli Nr. 31-1
B.No. 70819694, Ministry of Trade and Industry
- ◆ OeSD Europe GmbH
(zu 100% im Eigentum der OeSD International GmbH)
1230 Wien, Tenschertstraße 7
FN 382708 g, HG Wien
- ◆ Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung
1230 Wien, Tenschertstraße 7
FN 37713 a, HG Wien

Die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung wurde im März 2012 von der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG und der Österreichische Staatsdruckerei GmbH, als Stifter, gemeinsam errichtet. Mit den von den Stiftern zugewendeten Mitteln hat die Stiftung von den Aktionären der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG insgesamt 367.500 Aktien zu einem Kaufpreis von 11,5 EUR je Aktie erworben. Die Stiftung hält somit insgesamt 4,9% der Anteile an der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG.

Mit der Errichtung der Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung wird das Ziel verfolgt, die Mitarbeiter des Konzerns langfristig an den Konzern zu binden und diesen die Möglichkeit einzuräumen, am Unternehmenserfolg zu partizipieren.

Anlässlich der Errichtung der Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung haben die Stifter alle relevanten Aktivitäten der Stiftung in der Stiftungsurkunde im Detail definiert und somit die Ausführung durch den Stiftungsvorstand, dessen Vorsitzender ein Vorstand der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG oder Geschäftsführer der Österreichische Staatsdruckerei GmbH ist, im Sinne der Stifter genau vorgeben. Maßgebliche Kompetenzen wie insbesondere das Recht zur Änderung der Stiftungserklärung sowie die Zustimmung über jegliche Disposition (Verkauf, Verpfändung, Schenkung) der von der Stiftung gehaltenen Aktien haben sich die Stifter ebenso vorbehalten wie unter bestimmten Voraussetzungen auch die Stellung der



Österreichische Staatsdruckerei Holding AG als Letztbegünstigte. Schließlich besteht eine Verpflichtung der Stifter zur Tragung der laufenden Verwaltungskosten und Steuerzahlungen der Stiftung, da die Erträge aus deren einzigem Vermögen (den Aktien) an die Mitarbeiter weiterzuleiten sind. Die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung ist demnach als Special Purpose Vehicle zu sehen, welches den von den Stiftern über die Stiftungsurkunde definierten Zweck erfüllt ohne vermögensrechtlich selbständig über die zugewendeten Aktien disponieren zu können.

Aus diesem Grund wird die Stiftung auch nach den Regeln des IFRS 10 als beherrschte - und damit konsolidierungspflichtige - Einheit behandelt. Bei den von der Stiftung an der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG gehaltenen Aktien handelt es sich folglich aus der Sicht des Konzernabschlusses um eigene Aktien, deren Erwerb zu einer erfolgsneutralen Eigenkapitalminderung geführt hat. Nach österreichischem Unternehmensrecht sind diese Aktien stimmberechtigt. Zuwendungen der Stiftung (aus den Dividenden der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG) an die begünstigten Arbeitnehmer werden im Konzernabschluss folglich als Personalaufwand erfasst.

Die bei der Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung anfallenden laufenden Aufwendungen für Verwaltungskosten und Steuerzahlungen werden von den Stiftern gemäß ihrer Verpflichtung in der Stiftungsurkunde in Form von Nachstiftungen getragen. Es handelt sich bei dieser Verpflichtung im weiteren Sinn um Risiken, die mit Anteilen des Unternehmens an konsolidierten strukturierten Unternehmen einhergehen (IFRS 12.14).

Im Geschäftsjahr 2012/13 wurde die OeSD Europe GmbH in den Konsolidierungskreis aufgenommen. Im Geschäftsjahr 2011/12 wurden die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung und die OeSD International SEE SH.P.K. erstmals einbezogen. Die beiden Gesellschaften sind derzeit operativ nicht tätig.

3 Zusammenfassung der wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Immaterielle Vermögenswerte

Firmenwerte entstehen im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen und stellen die positive Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem erworbenen (anteiligen) neubewerteten Reinvermögen dar. Firmenwerte sind gemäß IFRS 3 nicht planmäßig abzuschreiben, sondern mindestens einmal jährlich einer Werthaltigkeitsprüfung zu unterziehen. Für diesen Zweck werden die Firmenwerte auf jene zahlungsmittelgenerierenden Einheiten verteilt, die erfahrungsgemäß von den infolge eines Unternehmenszusammenschlusses entstehenden Synergien profitieren werden. Die Werthaltigkeitsprüfung eines Firmenwerts erfolgt, indem

der erzielbare Betrag einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit mit ihrem Buchwert einschließlich Firmenwert verglichen wird. Unterschreitet der erzielbare Betrag den Buchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit, so ist zunächst der Firmenwert abzuschreiben. Gegebenenfalls verbleibende Wertminderungen reduzieren pro rata die Buchwerte der anderen Vermögenswerte. Firmenwertabschreibungen dürfen in Folgeperioden nicht mehr rückgängig gemacht werden.

Die jährliche Werthaltigkeitsprüfung der Firmenwerte auf Ebene der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten erfolgt im Konzern aufbauend auf der dreijährigen Mittelfristplanung im vierten Quartal der Berichtsperiode.

Der erzielbare Betrag einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit wird mittels Discounted Cash Flow Methode (DCF) ermittelt. Beim erzielbaren Betrag handelt es sich um einen Nutzungswert. In der ewigen Rente wurden Wachstumsraten berücksichtigt. Wachstum wird dabei nach dem Modell von Gordon/Shapiro als Produkt von langfristiger Rendite und Thesaurierungsquote verstanden. Bei der Ermittlung der langfristigen Rendite wurde auf die aus Vergangenheitsdaten der Peer Group abgeleitete EBIT-Margen abgestellt. Die Kapitalkosten werden als gewichteter Durchschnitt der Eigen- und Fremdkapitalkosten berechnet und nach dem Capital Asset Pricing Model (CAPM) ermittelt.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögenswerte werden gemäß IAS 38 zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen und allfällige Wertminderungen im Sinne des IAS 36, angesetzt. Die Nutzungsdauern betragen wie im Vorjahr drei bis zehn Jahre. Immaterielle Vermögenswerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer liegen im Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG nicht vor.

Entwicklungskosten werden im Konzernabschluss bei Erfüllung der Ansatzkriterien gemäß IAS 38 mit den Herstellungskosten aktiviert und in weiterer Folge vermindert um planmäßige Abschreibungen bzw. allfällige Wertminderungen im Sinne des IAS 36 angesetzt. Bei den aktivierten Entwicklungskosten handelt es sich u.a. um die Herstellungskosten für das Verfahren zur Produktion des österreichischen Reisepasses mit Chip und die MIA- My Identity App, welche die hochsichere Nutzung elektronischer Auseise für Smartphones ermöglicht. Im Berichtsjahr wurde mit der Entwicklung einer neuen Personalisierungsplattform begonnen. Die Herstellungskosten eines selbst geschaffenen immateriellen Vermögenswertes umfassen alle direkt zurechenbaren Kosten, die erforderlich sind, den Vermögenswert zu entwerfen, herzustellen und so vorzubereiten, dass er für den vom Management beabsichtigten Gebrauch betriebsbereit ist. Die in der Berichtsperiode neu vorgenommenen Aktivierungen betreffen Entwicklungskosten vor allem für die MIA- My Identity App und die Personalisierungsplattform. Die Abschreibung abgeschlossener Entwicklungsprojekte erfolgt über einen Zeitraum von fünf Jahren.

Forschungsaufwendungen beziehen sich gemäß IAS 38 auf die eigenständige und planmäßige Suche mit der Aussicht, neue wissenschaftliche oder technische Erkenntnisse zu gewinnen, und werden als Aufwand in jener Periode erfasst, in der sie anfallen. Wenn eine Trennung von Forschungs- und Entwicklungskosten nicht möglich ist, dann werden die Entwicklungskosten ebenfalls in jener Periode als Aufwand erfasst, in der sie anfallen.



Sachanlagen

Sachanlagen, die im Geschäftsbetrieb länger als ein Jahr genutzt werden, werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten (einschließlich allenfalls aktivierungspflichtiger Rückbau- und Stilllegungskosten) abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen und allfälliger Wertminderungen bewertet. Die Herstellungskosten selbsterstellter Anlagen umfassen neben den Material- und Fertigungseinzelkosten auch angemessene Material- und Fertigungsgemeinkosten. Fremdkapitalkosten werden bei Vorliegen eines qualifizierten Vermögenswertes aktiviert, wobei derzeit diesbezüglich kein Anwendungsfall vorliegt. Mangels derzeitiger Anwendungsfälle werden keine Zinsen in Zusammenhang mit der Herstellung qualifizierter Vermögenswerte (IAS 23) angesetzt.

Gemietete oder geleaste Vermögenswerte, bei denen alle wesentlichen Risiken und Chancen vom Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG getragen werden, werden mit den Barwerten der Mindestleasingzahlungen oder dem gegebenenfalls niedrigeren beizulegenden Zeitwert bilanziert. In gleicher Höhe wird eine Leasingverbindlichkeit passiviert. Die Vermögenswerte werden über die erwartete Nutzungsdauer oder gegebenenfalls über die kürzere Leasingdauer (bei nicht hinreichend sicherer Eigentumsübertragung am Ende der Laufzeit des Leasingverhältnisses) abgeschrieben.

Die planmäßigen Abschreibungen betragen unverändert zum Vorjahr für:

	Abschreibungsdauer von
Grundstücke und Bauten	5 bis 26 Jahre
Technische Anlagen und Maschinen	2 bis 20 Jahre
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung und Fuhrpark	3 bis 10 Jahre

Sachanlagen werden auf Wertminderungen untersucht, wenn Ereignisse oder Änderungen der Verhältnisse darauf hinweisen, dass der Buchwert eines Vermögenswertes über dem erzielbaren Betrag liegt. Entsprechend den Vorschriften des IAS 36 wird ein Aufwand aufgrund einer Wertminderung erfasst, wenn der Buchwert über dem höheren Wert vom beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten oder dem Nutzungswert liegt. Der beizulegende Zeitwert nach Abzug von Veräußerungskosten entspricht jenem Betrag, der in einer fremdüblichen Verkaufstransaktion erzielbar ist.

Der Nutzungswert entspricht den geschätzten abgezinste Netto-Zahlungsströmen, die aus der fortgesetzten Nutzung eines Vermögenswertes und seinem Abgang am Ende der Nutzungsdauer zu erwarten sind. Bei der Ermittlung des Nutzungswertes schätzt der Vorstand die künftigen Netto-Zahlungsströme der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten auf Basis der Geschäftspläne, die aus bisherigen Ergebnissen und den besten Schätzungen bezüglich künftiger Entwicklungen abgeleitet wurden. In Einklang mit IAS 36 wird sichergestellt, dass künftige Erweiterungsinvestitionen und Restrukturierungsausgaben (ohne bestehende Verpflichtung) nicht in die Nutzungswertberechnung einbezogen werden. Der Kapitalisierungssatz ist ein Vor-Steuer-Zinssatz, der die gegenwärtigen Markteinschätzungen, den Zeitwert des Geldes und die spezifischen Risiken des Vermögenswertes widerspiegelt. Wertminderungen werden unter den Abschreibungen erfasst. Ent-

fällt gegebenenfalls die Wertminderung in einer Folgeperiode, so wird die Wertaufholung ergebniswirksam erfasst. Mangels Vorliegen von Hinweisen auf eine Wertminderung bei den Sachanlagen wurde im Geschäftsjahr 2016/17 (wie auch schon im Vorjahr) kein Werthaltigkeitstest vorgenommen.

Instandhaltungsmaßnahmen und Reparaturen werden im Jahr des Anfalls als laufender Aufwand erfasst, Ersatz- sowie wertsteigernde Investitionen werden aktiviert. Bei Anlagenabgängen werden die Anschaffungskosten und die kumulierten Abschreibungen in den Büchern als Abgang erfasst, wobei die Differenz zwischen dem Nettoveräußerungserlös und dem Buchwert erfolgswirksam in den sonstigen betrieblichen Erträgen oder Aufwendungen erfasst wird.

Leasingverhältnisse

Die Feststellung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis enthält, wird auf Basis des wirtschaftlichen Gehalts der Vereinbarung zum Zeitpunkt des Abschlusses getroffen und erfordert eine Einschätzung, ob die Erfüllung der vertraglichen Vereinbarung von der Nutzung eines bestimmten Vermögenswerts oder bestimmter Vermögenswerte abhängig ist und ob die Vereinbarung ein Recht auf die Nutzung des Vermögenswerts einräumt. Bei einer wesentlichen Änderung der Charakteristika und Modalitäten des Leasingverhältnisses kann eine Neu Beurteilung der Vereinbarung nach dessen Beginn erforderlich werden.

Leasingverhältnisse, bei denen dem Konzern (als Leasingnehmer) im Wesentlichen alle mit dem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen eines Vermögenswertes übertragen werden, werden als Finanzierungsleasing eingestuft. Anderenfalls liegt ein operatives Leasingverhältnis vor. Sachanlagen, die im Zuge von Finanzierungsleasingverträgen erworben wurden, werden in Höhe des beizulegenden Zeitwertes des Leasinggegenstandes oder des niedrigeren Barwertes der Mindestleasingzahlungen zu Beginn des Leasingverhältnisses abzüglich Abschreibungen und Wertminderungsaufwendungen angesetzt.

Der Konzern tritt lediglich in einem Fall als Leasinggeber auf. Dabei handelt es sich um ein operatives Leasingverhältnis. Der Leasinggegenstand wird nach den auf den Vermögenswert anwendbaren Regeln in Übereinstimmung mit IAS 16 angesetzt. Die Leasingzahlungen werden als sonstige betriebliche Erträge erfasst.

Finanzinstrumente

Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden angesetzt, wenn der Konzern vertragliche Vereinbarungen über ein Finanzinstrument trifft. Finanzielle Vermögenswerte werden ausgebucht, sobald der Konzern die Verfügungsgewalt über das vertraglich zugesicherte Finanzinstrument verliert. Finanzielle Verbindlichkeiten werden ausgebucht, wenn die vertragliche Verpflichtung erlischt. Reguläre Käufe und Verkäufe von finanziellen Vermögenswerten werden am Abrechnungstag erfasst.

Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden mit dem beizulegenden Zeitwert der erhaltenen oder erbrachten Leistung angesetzt. Transaktionskosten werden bei der erstmaligen Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes berücksichtigt, außer bei jenen Finanzinstrumenten, die als „erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert“ klassifiziert werden.



Die im Konzern vorkommenden Finanzinstrumente betreffen insbesondere Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, finanzielle Vermögenswerte, Guthaben bei Kreditinstituten (Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente), Verbindlichkeiten bei Kreditinstituten, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasingvereinbarungen sowie finanzielle Verbindlichkeiten. Derivative Finanzinstrumente liegen nicht vor.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie finanzielle Vermögenswerte werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren nach IAS 39 berechneten Vergleichswert angesetzt.

Wertminderungen werden dann erfasst, wenn aufgrund kundenspezifischer Umstände nicht mehr mit der Einbringlichkeit der Ansprüche zu rechnen ist. Indikatoren für Wertminderungen sind dabei insbesondere über den Schuldner eröffnete Insolvenzverfahren, erfolglose Mahn- und Exekutionsversuche und andere Informationen, die Zweifel an der Zahlungsfähigkeit des Schuldners begründen. Bei der Ermittlung von Wertminderungen wird die Bonität des Schuldners entsprechend berücksichtigt.

Der Buchwert des Vermögenswertes wird unter Verwendung eines Wertberichtigungskontos reduziert. Der Wertminderungsverlust wird ergebniswirksam erfasst. Eine Ausbuchung der Forderung erfolgt, wenn sie als uneinbringlich eingestuft wird.

Da der Konzern zum überwiegenden Teil öffentliche Stellen bzw. Postgesellschaften als Kunden hat, ist das Forderungsausfallsrisiko grundsätzlich sehr gering.

Einen davon abweichenden Einzelfall stellen die Ansprüche gegenüber der Republik Kosovo dar. Im Februar 2013 wurde vom Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG eine Klage beim Schiedsgericht der Internationalen Handelskammer in Paris gegen die Republik Kosovo eingebracht. Gegenstand der Klage waren offene Zahlungen aus der Lieferung von elektronischen Reisepässen sowie Schadenersatz für die unberechtigte vorzeitige Vertragskündigung durch die Republik Kosovo. Ende Juli 2016 wurde die Schiedsgerichtsklage überwiegend zu Gunsten des Konzerns entschieden. Aus dem Schiedsspruch ergeben sich Ansprüche der Gesellschaft gegen die Republik Kosovo in Höhe von TEUR 4.996 zuzüglich Zinsen sowie zuzüglich einem Ersatz der Verfahrenskosten. Gegen diesen Schiedsspruch besteht kein weiteres Rechtsmittel und die Zahlung wäre binnen 14 Tagen nach Zustellung des Urteilspruchs fällig gewesen.

Die Republik Kosovo hat die Bezahlung dieser rechtskräftigen Forderung bisher allerdings verweigert. Insgesamt beläuft sich der zum 31.03.2017 offene Anspruch auf TEUR 6.528. Der Konzern hat und wird alle notwendigen Rechtsmittel ergreifen, um die anerkannte Forderung einzubringen. Ungeachtet dessen bestehen bei der Einbringlichmachung nicht unbeträchtliche Risiken (insbesondere wirtschaftliche Situation und die damit verbundene generelle Frage der Zahlungsfähigkeit der Republik Kosovo, Durchsetzung Schiedsspruch im Kosovo, Auffindbarkeit vollstreckbares Vermögen der Republik Kosovo im Ausland), die bei der Bewertung berücksichtigt wurden. Seitens der mit der Betreibung der Forderung beauftragten

Rechtsanwaltskanzlei wurde eine Einschätzung des Einbringlichkeitsrisiko vorgenommen. Darüber hinaus hat der Konzern eine spezialisierte Bank mit der Marktsondierung für einen Forderungsverkauf beauftragt. Die dabei erhaltenen Preisindikationen bei einer kurzfristigen Veräußerung entsprechen in etwa der Einschätzung der Rechtsanwaltskanzlei. Auf Basis dieser Expertisen wurde bei diesem Sonderfall eine entsprechende Wertminderung berücksichtigt.

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente setzen sich aus dem Kassenbestand sowie Guthaben bei Kreditinstituten zusammen (höchstens 3-Monats-Bindung) und werden mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Wertpapiere und Anteile werden mit dem Börsenkurs zum Stichtag bewertet, Wertschwankungen werden ertragswirksam erfasst.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasingvereinbarungen werden in der Bilanz als „Finanzverbindlichkeiten“ ausgewiesen. Diese werden bei Zuzählung in Höhe des tatsächlich zugeflossenen Betrags, das heißt abzüglich Transaktionskosten, erfasst. Ein allfälliges Agio, Disagio oder sonstiger Unterschied zwischen dem zugeflossenen Betrag und dem Rückzahlungsbetrag wird unter Verwendung der Effektivzinsmethode über die Laufzeit der Finanzierung verteilt und im Zinsaufwand ausgewiesen.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und finanzielle Verbindlichkeiten werden zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt.

Vorräte

Die Vorräte umfassen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie unfertige und fertige Erzeugnisse. Die Bewertung der Vorräte erfolgt zu dem niedrigeren Wert aus Anschaffungs- oder Herstellungskosten und dem Nettoveräußerungswert am Bilanzstichtag. Der Nettoveräußerungswert ist der geschätzte Verkaufserlös abzüglich der geschätzten Kosten der Fertigstellung und des Vertriebs.

Die Ermittlung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten für gleichartige Vorräte erfolgt nach dem gleitenden Durchschnittspreisverfahren. Die Herstellungskosten beinhalten direkt zurechenbare Kosten (insbesondere Fertigungsmaterial und Fertigungslöhne) sowie alle anteiligen Material- und Fertigungsgemeinkosten auf Basis einer Normalauslastung. Allgemeine Verwaltungs- und Vertriebskosten werden nicht aktiviert. Fremdkapitalzinsen werden ebenfalls nicht aktiviert, da keine qualifizierten Vermögenswerte hergestellt werden.

Rückstellungen

Als Rückstellungen werden gemäß IAS 37 rechtliche oder faktische Verpflichtungen gegenüber Dritten ausgewiesen, die auf zurückliegenden Ereignissen beruhen, bei denen es wahrscheinlich ist, dass sie zu einem Abfluss von Ressourcen führen werden, und bei denen eine verlässliche Schätzung der Höhe der Verpflichtung möglich ist. Unterscheidet sich der auf Basis eines marktüblichen Zinssatzes ermittelte Barwert der Rückstellung wesentlich vom geschätzten Zahlungsbetrag, wird der Barwert der Verpflichtung angesetzt.



Verpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern

Abfertigungen

Abfertigungsrückstellungen werden für gesetzliche und vertragliche Ansprüche von Mitarbeitern gebildet, die sich im Falle der Erreichung des Pensionsantrittsalters sowie bei der Beendigung des Dienstverhältnisses durch den Dienstgeber ergeben. Die Höhe der Ansprüche ist von der Anzahl der Dienstjahre und dem bei Abfertigungsanfall maßgeblichen Bezug abhängig und beträgt maximal 12 Monatsgehälter. Die Berechnung erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen nach der Methode der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Method) und basiert auf einer sachgerechten Schätzung des Abzinsungsfaktors, der Gehaltssteigerungen, des Pensionsantrittsalters und der Fluktuation. Der Zinsaufwand wird im Finanzergebnis und nicht im Personalaufwand ausgewiesen.

Für alle nach dem 31.12.2002 in Österreich beginnenden Arbeitsverhältnisse besteht kein Direktanspruch des Arbeitnehmers gegenüber dem Arbeitgeber auf eine gesetzliche Abfertigung. Für diese Arbeitsverträge zahlt der Arbeitgeber monatlich 1,53% des Bruttoentgelts in eine Mitarbeitervorsorgekasse, in der die Beiträge auf einem Konto des Arbeitnehmers veranlagt werden. Bei diesem Abfertigungsmodell ist der Arbeitgeber nur zur regelmäßigen Leistung der Beiträge verpflichtet. Aus diesem Grund erfolgt eine Bilanzierung als beitragsorientierter Plan gemäß IAS 19.

Jubiläumsgelder

Gemäß einer Betriebsvereinbarung erhalten Arbeiter nach 25 Dienstjahren ein Jubiläumsgeld im Ausmaß von einem halben bzw. nach 40 Dienstjahren im Ausmaß von einem Monatslohn. Für Angestellte sieht die Betriebsvereinbarung nach 25 Dienstjahren eine Zuwendung von einem Monatsgehalt und nach 45 Dienstjahren eine Zuwendung im Ausmaß von zwei Monatsgehältern vor. Diese Betriebsvereinbarung gilt für Mitarbeiter mit einem Eintrittsdatum bis 31.12.2002. Die Berechnung erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen nach der Methode der laufenden Einmalprämien (Projected Unit Credit Method) und basiert auf einer sachgerechten Schätzung des Abzinsungsfaktors, der Gehaltssteigerungen und der Fluktuation. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden sofort erfolgswirksam im Personalaufwand erfasst.

Ertragsrealisierung

Erlöse werden im Zeitpunkt des Übergangs der Risiken und Chancen bzw. nach Leistungserbringung realisiert, sofern die Höhe der Erlöse verlässlich bestimmt werden kann und es hinreichend wahrscheinlich ist, dass der wirtschaftliche Nutzen dem Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG zufließt. Die Abrechnung von bestimmten Produktgruppen erfolgt auf Basis eines Rahmenvertrages, der ein Entgelt pro Produkteinheit vorsieht, das in Abhängigkeit von der Gesamtzahl der im Kalenderjahr ausgelieferten Produkten steht (stückzahlenabhängige Staffelpreise).

Da das Geschäftsjahr des Konzerns der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG jeweils zum 31. März eines jeden Jahres endet, besteht die Notwendigkeit, den Preis für die im Zeitraum Jänner bis März ausgelieferten (betroffenen) Produktgruppen auf Basis der Erwartungen für die Gesamtabatzmengen im Kalenderjahr abzuschätzen.

Sofern zum Bilanzstichtag damit zu rechnen ist, dass der auf Basis einer jährlichen erwarteten Absatzmenge festgelegte unterjährige Verrechnungspreis pro Einheit aufgrund höherer Absatzmengen zum Jahresende (Kalenderjahr) nach unten angepasst werden muss, wird für die im Zeitraum Jänner bis März ausgelieferten Produkte der erwartete niedrigere Preis realisiert und die erwartete Gutschrift an die Abnehmer in Form einer sonstigen kurzfristigen nicht finanziellen Verbindlichkeit abgegrenzt.

Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis je Aktie wird gemäß IAS 33 ermittelt. Demnach sind zwei Kenngrößen, das unverwässerte und das verwässerte Ergebnis je Aktie, zu berechnen und auszuweisen. Das unverwässerte Ergebnis je Aktie wird durch Division des auf die Aktionäre der Gesellschaft entfallenden Anteils am Jahresüberschuss (Periodenergebnis) durch die gewogene, durchschnittliche Anzahl an ausstehenden Aktien während des Geschäftsjahres ermittelt. Eigene Anteile gehen nicht in die Berechnung der ausstehenden Aktien ein.

Das verwässerte Ergebnis je Aktie wird durch eine Anpassung der Anzahl ausgegebener Aktien unter der Annahme ermittelt, dass alle verwässerungsfähigen Aktienbezugsrechte tatsächlich ausgeübt werden. Zum 31.03.2017 wurden wie in den Vorjahren die Auswirkungen des Aktienoptionsprogramms und der Rückkauf eigener Aktien berücksichtigt.

Zinsen, Nutzungsentgelte und Dividenden

Zinsen werden unter Anwendung der Effektivzinsmethode gemäß IAS 39 erfasst. Dividenden werden bei Entstehen des Rechtsanspruchs der Aktionäre auf Zahlung erfasst. Nutzungsentgelte wie Mieten werden periodengerecht entsprechend den Vertragskonditionen realisiert.

Ertragsteuern

Der für das Geschäftsjahr ausgewiesene Ertragsteueraufwand umfasst neben den laufenden Ertragsteuern auch die Veränderung der latenten Steuern.

Latente Steuern werden – unter Bedachtnahme auf die in IAS 12.15 und IAS 12.24 geregelten Ausnahmebestimmungen – für alle temporären Differenzen zwischen der Steuerbasis der Vermögenswerte/Verbindlichkeiten (tax base) und ihren Buchwerten im IFRS-Abschluss angesetzt (Balance Sheet Liability-Methode).

Hinsichtlich des künftigen Steuervorteils aus der Firmenwertabschreibung gemäß § 9 Abs 7 KStG unterbleibt in Anwendung von IAS 12.32A der Ansatz künftiger Steueransprüche, da der IFRS-Buchwert des Firmenwerts höher ist als der steuerliche Firmenwert. Im Zuge einer derzeit laufenden steuerlichen Betriebsprüfung wird seitens der Finanzverwaltung der der Firmenwertabschreibung zugrundeliegende Erwerb aus dem Jahr 2007 dahingehend überprüft, ob ein die Firmenwertabschreibung (und in weiterer Folge auch den Abzug der Fremdfinanzierungskosten) ausschließender Erwerb von einem konzernzugehörigen Unternehmen bzw. von einem unmittelbar oder mittelbar beherrschenden Einfluss ausübenden Gesellschafter stattgefunden hat.



Nach Auffassung des Konzerns liegen derartige Ausschlussgründe nicht vor, so dass für bereits veranlagte oder abgelaufene Geschäftsjahre keine Rückstellungen für Steuerrisiken gebildet wurden. Eine (erstinstanzliche) Beurteilung durch die Finanzverwaltung steht noch aus.

Soweit latente Steuern im Rahmen einer Transaktion, die keinen Unternehmenszusammenschluss darstellt, aus dem erstmaligen Ansatz eines Vermögenswertes oder einer Verbindlichkeit entstehen, die zum Zeitpunkt der Transaktion weder einen Effekt auf den bilanziellen noch auf den steuerlichen Gewinn oder Verlust hat, unterbleibt die Steuerabgrenzung sowohl zum Zeitpunkt des Erstansatzes als auch danach.

Latente Steuerverbindlichkeiten, die durch temporäre Differenzen im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen entstehen, werden nicht angesetzt, wenn der Zeitpunkt der Umkehrung der temporären Differenzen vom Konzern bestimmt werden kann und es wahrscheinlich ist, dass sich die temporären Differenzen in absehbarer Zeit aufgrund dieses Einflusses nicht umkehren werden.

Latente Steuerforderungen werden in dem Umfang angesetzt, in dem es wahrscheinlich ist, dass ein zu versteuernder Gewinn verfügbar sein wird, gegen den die temporäre Differenz verwendet wird. Im Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG liegen keine Verlustvorträge vor, so dass derzeit kein Anwendungsbereich für eine Aktivierung eines Steuervorteils aus Verlustvorträgen gegeben ist.

Zu jedem Bilanzstichtag werden die bisher unberücksichtigten sowie der Buchwert der gebildeten künftigen Steueransprüche neu eingeschätzt. Jene bisher nicht aktivierten künftigen Steueransprüche werden in dem Ausmaß berücksichtigt, in dem es wahrscheinlich geworden ist, dass der zukünftige steuerbare Gewinn die Verwendung der künftigen Steueransprüche zulässt. Im Gegensatz dazu wird der Buchwert der aktivierten künftigen Steueransprüche in jenem Ausmaß wertberichtigt, in dem es nicht länger wahrscheinlich ist, dass in Zukunft genügend steuerbare Gewinne zur Verwendung der aktivierten künftigen Steueransprüche vorhanden sein werden.

Latente Steuern werden direkt mit dem Eigenkapital verrechnet oder diesem gutgeschrieben, wenn die Steuer sich auf Posten bezieht, die in derselben oder in einer anderen Periode mit dem Eigenkapital verrechnet oder diesem gutgeschrieben werden.

Latente Steuern werden unter Anwendung der Steuersätze und Steuervorschriften bewertet, die am Bilanzstichtag gelten oder im Wesentlichen gesetzlich verabschiedet sind und deren Geltung zum Zeitpunkt der Realisierung der latenten Steuerforderung bzw. der Begleichung der latenten Steuerverbindlichkeit erwartet wird. Da der Ertrag der Gesellschaft lediglich in Österreich zu versteuern ist, kommt der derzeit gültige Körperschaftsteuersatz von 25% zur Anwendung.

Ermessensbeurteilungen und zukünftige Schätzungen

Im Zuge der Erstellung des Konzernabschlusses muss der Vorstand Schätzungen vornehmen und Annahmen treffen, die die Höhe der ausgewiesenen Vermögenswerte und Schulden sowie der angeführten Eventualverbindlichkeiten am Bilanzstichtag und die Aufwendungen und Erträge während des Berichtszeitraumes beeinflussen können. Die tatsächlichen Werte können von diesen Schätzungen abweichen. Sämtliche Schätzungen und Beurteilungen werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren, einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen.

Insbesondere bei folgenden Annahmen und Schätzungen besteht ein Risiko, dass es in zukünftigen Geschäftsjahren zu einer Anpassung von Vermögenswerten und Schulden kommen kann:

- ◆ Versorgungspläne für Arbeitnehmer: Die Bewertung der Abfertigungs- und Jubiläumsgeldansprüche beruht auf einer Methode, bei der Parameter wie der erwartete Abzinsungsfaktor, Gehalts- und Pensionssteigerungen sowie Fluktuationsraten angewendet werden. Wenn sich die relevanten Parameter erheblich anders entwickeln als erwartet, kann dies Auswirkungen auf die Rückstellungen und in der Folge auf die Nettopersonalaufwendungen des Konzerns haben. Die diesbezüglichen Buchwerte und Sensitivitätsanalysen werden unter Punkt B21 dargestellt.
- ◆ Wertminderung: Die Werthaltigkeitsprüfung des Firmenwertes sowie der sonstigen immateriellen Vermögenswerte und Sachanlagen basiert grundsätzlich auf geschätzten künftigen abgezinsten Netto-Zahlungsströmen. Faktoren wie geringere Umsatzerlöse und daraus resultierende niedrigere Netto-Zahlungsströme sowie Änderungen der verwendeten Abzinsungsfaktoren können zu einer Wertminderung führen. Es wurde für den Firmenwert zum Bilanzstichtag eine Wertminderungsprüfung durchgeführt, die zu keinen Aufwendungen aus Wertminderungen führte. Hinsichtlich Buchwert und weiterer Sensitivitätsberechnungen wird auf die Ausführungen unter Punkt B12 verwiesen.
- ◆ Einschätzung der Nutzungsdauern des Anlagevermögens: Die Nutzungsdauern werden nach den Gegebenheiten des Konzerns bei üblicher Instandhaltung festgelegt. Die tatsächliche Nutzungsdauer kann von diesen Einschätzungen abweichen. Die Buchwerte sind unter Punkt B12 und B13 dargestellt.
- ◆ Gutschriften: Die Abrechnung von bestimmten Produktgruppen erfolgt auf Basis eines Rahmenvertrages, der ein Entgelt pro Produkteinheit vorsieht, das in Abhängigkeit von der Gesamtzahl der im Kalenderjahr ausgelieferten Produkte steht (stückzahlenabhängige Staffelpreise). Da das Geschäftsjahr des Konzerns der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG jeweils zum 31. März eines jeden Jahres endet, besteht die Notwendigkeit, den Preis für die im Zeitraum Jänner bis März ausgelieferten (betroffenen) Produktgruppen auf Basis der Erwartungen für die Gesamtabatzmengen im Kalenderjahr abzuschätzen. Sofern zum Bilanzstichtag damit zu rechnen ist, dass der auf Basis einer jährlichen erwarteten Absatzmenge festgelegte unterjährige Verrechnungspreis pro Einheit aufgrund höherer Absatzmengen zum Jahresende (Kalenderjahr) nach unten angepasst



werden muss, wird für die im Zeitraum Jänner bis März ausgelieferten Produkte der erwartete niedrigere Preis realisiert und die erwartete Gutschrift an die Abnehmer in Form einer sonstigen Verbindlichkeit abgegrenzt. Eine Verminderung der für die Monate April bis Dezember geschätzten Gesamtabsatzmenge um 10% hätte zum Ausweis eines um TEUR 109 (im Vorjahr TEUR 41) höheren Ergebnisses geführt. Eine Erhöhung der geschätzten Absatzmenge um 10% hätte zu keiner Veränderung des Ergebnisses (im Vorjahr TEUR -84) geführt.

- ◆ Bewertung Ansprüche gegenüber der Republik Kosovo: Auf Basis eines Schiedsspruches der Internationalen Handelskammer in Paris besteht gegenüber der Republik Kosovo ein rechtskräftiger Anspruch, welcher sich zum 31.3.2017 auf TEUR 6.528 beläuft. Die Republik Kosovo hat die Bezahlung bisher allerdings verweigert. Angesichts bestehender Unsicherheiten (Zahlungsfähigkeit Kosovo, Durchsetzung Schiedsspruch im Kosovo, Auffindbarkeit von vollstreckbarem Vermögen) bei der Einbringlichmachung der Forderung hat der Konzern im Rahmen der Bilanzierung eine Wertberichtigung in Form eines Risikoabschlages in Höhe von 68,75% vorgenommen. Bei der Ermittlung des Risikoabschlages wurden insbesondere die Einschätzung der mit der Betreuung beauftragten Rechtsanwaltskanzlei sowie die Ergebnisse aus der Marktsondierung für einen Forderungsverkauf berücksichtigt. Der unter den sonstigen kurzfristigen finanziellen Vermögenswerten ausgewiesene Buchwert beträgt nach Abzug von Wertminderungsrisiken TEUR 2.040. Das Ausmaß der tatsächlichen Einbringlichkeit hängt von mehreren Faktoren ab und betrifft die politische (auch im Sinne von rechtsstaatliche) und wirtschaftliche Entwicklung im Kosovo, die Auffindbarkeit von vollstreckbarem Vermögen der Republik Kosovo im Ausland sowie das Marktumfeld im Falle eines möglichen Forderungsverkaufes.

Diese Faktoren sind mit Unsicherheiten behaftet und können sich abweichend von den im Rahmen der Bilanzierung getroffenen Einschätzungen entwickeln. Weitere Erläuterungen finden sich unter Punkt B16.

- ◆ Anteilsbasierte Vergütungen (Aktienoptionsprogramm): Der Marktwert der Optionen zum Zeitpunkt der Einräumung wurde nach dem Black-Scholes-Modell ermittelt. Wesentliche Parameter sind dabei die Volatilität, der risikolose Zinssatz, die erwartete Dividendenrendite sowie Annahmen hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit eines vorzeitigen Austritts von begünstigten Vorstandsmitgliedern. Für den Fall, eines um 10% höheren bzw. 10% niedrigeren Optionswertes, hätte sich ein zusätzlicher bzw. geringerer Aufwand von TEUR 7 (im Vorjahr TEUR 13) für das Periodenergebnis ergeben. Angaben zum Buchwert der im Eigenkapital erfassten Rücklage finden sich unter Punkt B20.
- ◆ Vorräte: Bei der Bewertung der Vorräte werden Annahmen zur Gängigkeit sowie zu den erzielbaren Veräußerungspreisen getroffen. Da die Verkaufspreise im Regelfall fixiert sind und die Produktion primär auftragsbezogen erfolgt, bestehen bei der Bewertung der Vorräte keine nennenswerten Unsicherheiten. Die Buchwerte der Vorräte sind unter Punkt B15 ersichtlich.

Kapitalmanagement

Ziele des Kapitalmanagements sind:

- ◆ Sicherstellung der kurz-, mittel- und langfristigen Liquidität
- ◆ Steigerung des Unternehmenswertes
- ◆ Erreichung der Wachstumsziele des Konzerns
- ◆ Optimierung der Kapitalstruktur hinsichtlich der Refinanzierungskosten
- ◆ Dividendenfähigkeit
- ◆ Ertragskraft

Das wirtschaftliche Eigenkapital entspricht dem in der Konzernbilanz ausgewiesenen Eigenkapital. Bei einer Bilanzsumme von TEUR 59.683 (im Vorjahr TEUR 56.152) beträgt die Eigenkapitalquote zum 31.03.2017 38,5% (zum 31.03.2016 36,1%).



B Erläuterungen zur Konzern Bilanz und zur Konzern Gesamtergebnisrechnung

1 Umsatzerlöse

Kerngeschäft des Konzerns ist der Hochsicherheitsdruck und damit in Zusammenhang stehende Dienstleistungen.

Bei nahezu sämtlichen wesentlichen österreichischen Hochsicherheitsausweisen, die von der OeSD hergestellt werden – elektronischer Reisepass, Zulassungsschein, Personalausweis und Führerschein Card – wurden Zuwächse verzeichnet. Der Absatz der Aufenthaltstitel war hingegen leicht rückläufig. Am stärksten war der Anstieg beim Reisepass, da im Geschäftsjahr überdurchschnittlich viele Reisepässe ihre Gültigkeit verloren haben und entsprechend ersetzt wurden. Ursache hierfür war die Neueinführung des elektronischen Reisepasses vor 10 Jahren was damals zu einer hohen Nachfrage führte, die sich aufgrund der 10-jährigen Gültigkeit von Erwachsenen-Reisepässen im Geschäftsjahr wiederholte.

Der Auslandsumsatz umfasst Visa- und Reisepassaufträge für mehrere Staaten. Noch in Produktion befindet sich die Gesamtlösung für Laissez-Passer Reisedokumente für die African Development Bank, bei der die OeSD analog zum 2015/16 abgewickelten Projekt für die Europäische Union die Reisedokumente herstellt und in der OeSD personalisiert. Ursache für die Umsatzschwankung ist der Projektcharakter des Auslandsgeschäfts.

Der Entwicklungsschwerpunkt des Konzerns lag wie in den Vorjahren bei Lösungsentwicklungen für eine sichere digitale Identität und konkreter Umsetzungsmöglichkeiten. Am 16.11.2015 stellte die OeSD im Rahmen einer Produktpräsentation von MIA (My Identity App) ihre Lösung für ein digitales Ausweissystem vor. Im Berichtsjahr wurde MIA potentiellen Kunden vorgestellt und konsequent weiterentwickelt. Ebenso wurde die OeSD-Lösung für Video-Identifikation MICK (My Identity Check) eingeführt.

Die nachstehende Aufstellung zeigt die Verteilung des Umsatzes auf In- und Ausland:

	2016/17 (in TEUR)	2015/16 (in TEUR)
Umsatz Österreich	41.399	33.099
Umsatz Ausland	3.270	7.418
Gesamt	44.669	40.516

Weitere Erläuterungen zu den Umsatzerlösen finden sich unter Punkt C1 im Rahmen der Segmentberichterstattung.

2 Sonstige betriebliche Erträge

	2016/17 (in TEUR)	2015/16 (in TEUR)
Gesamt	680	407

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind im Berichtsjahr gutgeschriebene Bildungs- und Forschungsprämien sowie Forschungszuschüsse aus öffentlichen Mitteln in der Höhe von TEUR 129 (im Vorjahr TEUR 240) enthalten. Des Weiteren beinhalten die sonstigen betrieblichen Erträge Umsatzboni von Lieferanten (TEUR 69, im Vorjahr TEUR 74) sowie Mieterträge aus der Vermietung eines Grundstückstreifens der Betriebsliegenschaft (wie im Vorjahr TEUR 5).

Aus der Anpassung der Bewertung der Ansprüche gegen die Republik Kosovo ergab sich im Geschäftsjahr ein sonstiger betrieblicher Ertrag in Höhe von TEUR 338.

3 Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Leistungen

	2016/17 (in TEUR)	2015/16 (in TEUR)
Materialaufwand	12.592	12.681
Bezogene Leistungen	7.500	5.455
Gesamt	20.092	18.135

Im Materialaufwand werden insbesondere die Kosten für Papier, Folien, Inlays und Chip-Rohlinge erfasst.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen betreffen vor allem Porti und Postgebühren für den Versand der inländischen Sicherheitsdokumente an die Bürger sowie Frachtkosten von in Summe TEUR 5.038 (im Vorjahr TEUR 3.666). Weiters ist der Aufwand für externes Personal in Höhe von TEUR 1.714 (im Vorjahr TEUR 1.419) enthalten. Der Aufwand für Lohnarbeiten und Dienstleistungen von Dritten beträgt TEUR 599 (im Vorjahr TEUR 227).

Das Bestellobligo zum 31.03.2017 beträgt TEUR 4.110 (im Vorjahr TEUR 4.153).

4 Personalaufwand

	2016/17 (in TEUR)	2015/16 (in TEUR)
Löhne	2.448	2.463
Gehälter	6.778	6.023
Aufwendungen für Abfertigungen und MVK-Beiträge	192	154
Gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben	2.276	2.138
Sonstige Sozialaufwendungen	141	143
Gesamt	11.834	10.921

In den Aufwendungen für Abfertigungen und MVK-Beiträge sind freiwillige Abfertigungszahlungen in der Höhe von TEUR 31 (im Vorjahr TEUR 0) sowie MVK-Beiträge in der Höhe von TEUR 96 (im Vorjahr TEUR 84) berücksichtigt.

Die Mitarbeiterstruktur setzt sich wie folgt zusammen:

	31.03.2017	31.03.2016	Durchschnitt 2016/17 2015/16		Veränderung Ø %	
Arbeiter	56	58	56	58	-2	3
Angestellte	86	83	85	82	+3	4
Gesamt	142	141	141	140	+1	1

5 Abschreibungen

	2016/17 (in TEUR)	2015/16 (in TEUR)
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	443	535
Abschreibungen auf Sachanlagen	1.416	1.388
Geringwertige Wirtschaftsgüter	27	20
Gesamt	1.886	1.943

Abschreibungen aufgrund von Wertminderungen (Impairments) waren weder im Geschäftsjahr 2016/17 noch im Vorjahr erforderlich. Vermögenswerte mit Anschaffungs- oder Herstellkosten von bis zu EUR 400 werden als geringwertige Wirtschaftsgüter eingestuft und wegen untergeordneter Bedeutung sofort aufwandsmäßig verrechnet.

6 Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2016/17 (in TEUR)	2015/16 (in TEUR)
Mieten, Pacht und Leasing	159	170
Instandhaltung	1.262	978
Rechts- und Beratungsaufwand	1.184	802
Fremdleistungen	751	710
Werbeaufwand	413	399
Reisekosten	367	356
Versicherungsaufwendungen	66	74
Spesen des Geldverkehrs	45	63
Steuern	11	17
Übrige Aufwendungen	463	427
Gesamt	4.721	3.997

Vom Abschlussprüfer wurde für die Konzernabschlussprüfung und die Prüfung der Einzelabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen ein Honorar in der Höhe von insgesamt TEUR 42 (im Vorjahr TEUR 41) verrechnet. Für sonstige Beratungsleistungen wurden TEUR 14 (im Vorjahr TEUR 19) verrechnet.

In den übrigen Aufwendungen sind Schulungs- und Tagungsaufwendungen in der Höhe von TEUR 106 (im Vorjahr TEUR 114), Gebühren und Umlagen in der Höhe

von TEUR 48 (im Vorjahr TEUR 30), Telefonkosten in der Höhe von TEUR 59 (im Vorjahr TEUR 62) sowie Mitgliedsbeiträge in der Höhe von TEUR 63 (im Vorjahr TEUR 50) enthalten.

7 Zinserträge und Zinsaufwendungen

Die Zinserträge betragen im Geschäftsjahr 2016/17 TEUR 1 (im Vorjahr TEUR 2) und betreffen vor allem Bankzinsen.

Die Zinsaufwendungen in der Höhe von TEUR 449 (im Vorjahr TEUR 479) betreffen mit TEUR 174 (im Vorjahr TEUR 185) insbesondere die Kreditzinsen für zwei langfristige Kredite, die für den Kauf der Österreichische Staatsdruckerei GmbH im Geschäftsjahr 2008 im Gesamtwert von TEUR 25.000 aufgenommen wurden, sowie die Kreditzinsen für die Finanzierung der neuen Druckmaschine im Wert von TEUR 2.190, die im Vorjahr angeschafft wurde.

Darüber hinaus sind in den Zinsaufwendungen die sich den Finanzierungsleasingvereinbarungen ergebenden Zinsanteile der Leasingzahlungen in der Höhe von TEUR 160 (im Vorjahr TEUR 168) enthalten.

Seit dem Geschäftsjahr 2012/13 wird der Zinsaufwand aus den personalbezogenen Verpflichtungen ebenfalls unter den Zinsaufwendungen erfasst (davor im Personalaufwand). Die Zinsen aus personalbezogenen Verpflichtungen betragen im Berichtsjahr TEUR 33 (im Vorjahr TEUR 29).

Für Zinsen im Zusammenhang mit laufenden Kontokorrentkrediten sind Aufwendungen in Höhe von TEUR 69 (im Vorjahr TEUR 72) angefallen.

8 Sonstiges Finanzergebnis

	2016/17 (in TEUR)	2015/16 (in TEUR)
Dividenden aus Wertpapieren	5	17
Kursgewinne (+) / Kursverluste (-)	14	-16
Gesamt	18	0

Eine nähere Erläuterung des sonstigen Finanzergebnisses unterbleibt mangels Wesentlichkeit.

9 Ertragsteuern

	2016/17 (in TEUR)	2015/16 (in TEUR)
Aufwand für laufende Ertragsteuern	1.505	1.184
Latenter Steueraufwand (+) / -ertrag (-)	162	-189
Ertragsteueraufwand im Periodenergebnis berücksichtigt	1.667	995
Veränderung latenter Steuern im sonstigen Gesamtergebnis (Erhöhung)	25	2

Jener Teil der latenten Steuern, der im sonstigen Gesamtergebnis ausgewiesen ist, steht ausschließlich im Zusammenhang mit versicherungsmathematischen Ergebnissen.

Im Geschäftsjahr 2007/08 wurde ein steuerlicher Gruppenvertrag abgeschlossen. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG ist Gruppenträger und die Österreichische Staatsdruckerei GmbH sowie seit dem Geschäftsjahr 2011/12 auch die OeSD International GmbH sind Gruppenmitglieder. Der Gruppenvertrag sieht vor, dass vom Gruppenmitglied für steuerpflichtige Ergebnisse eine Steuerumlage an den Gruppenträger zu leisten ist. Verluste werden evident gehalten und in den Folgejahren mit steuerpflichtigen Ergebnissen gegengerechnet. Die Gruppenumlage für die Gruppenmitglieder wird mit 23% des steuerlichen Gewinnes festgesetzt. In diesem Zusammenhang erfolgt die Umlage in Abstimmung mit dem Gruppenmitglied.

Die Ursachen für den Unterschied zwischen rechnerischem und ausgewiesenem Ertragssteueraufwand im Konzern stellen sich folgendermaßen dar:

	2016/17 (in TEUR)	2015/16 (in TEUR)
Ergebnis vor Steuern	7.482	5.698
Konzernsteuersatz 25%		
Erwarteter Steueraufwand	-1.870	-1.425
Nicht abzugsfähige Aufwendungen	-6	-7
Nicht steuerpflichtige Erträge	45	53
Steuerersparnis Firmenwertabschreibung § 9 KStG	250	250
Steuereffekte aus Vorperioden	-64	70
Sonstige Auswirkungen	-22	63
Ausgewiesene Ertragsteuern	-1.667	-995
Effektiver Steuersatz	22,3%	17,5%

10 Sonstiges Ergebnis

Das sonstige Gesamtergebnis umfasst die Ergebnisse aus der Neubewertung der Schulden aus leistungsorientierten Verpflichtungen (versicherungsmathematische Effekte bei den Abfertigungsrückstellungen). Die versicherungsmathematischen Verluste sind insbesondere durch das gesunkene Zinsniveau bedingt. Die Ertragsteuern auf das sonstige Ergebnis stehen im Zusammenhang mit den Ergebnissen aus der Neubewertung der Schulden aus leistungsorientierten Verpflichtungen.

Andere Positionen (wie beispielsweise Fremdwährungseffekte, Effekte aus der Neubewertung von Anlagen und Finanzinstrumenten, Cashflow-Hedges usw.) liegen nicht vor.

11 Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis je Aktie ermittelt sich wie folgt:

	2016/17	2015/16
Aktionären des Mutterunternehmens zuzurechnender Jahresüberschuss (TEUR)	5.814	4.703
Gewichtete durchschnittliche Anzahl während der Periode ausstehender Aktien (Stück):	6.907.500	6.907.500
Unverwässertes Ergebnis je Aktie (EUR):	0,84	0,68

	2016/17	2015/16
Aktionären des Mutterunternehmens zuzurechnender Jahresüberschuss (TEUR)	5.814	4.703
Gewichtete durchschnittliche Anzahl während der Periode ausstehender Aktien (Stück):	6.997.425	6.979.336
Verwässertes Ergebnis je Aktie (EUR):	0,83	0,67

Bei den unter Punkt B20 dargestellten gesellschaftsrechtlichen Ermächtigungen des Vorstandes hinsichtlich genehmigtes Kapital, Möglichkeit zur Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen sowie bedingtes Kapital handelt es sich noch nicht um potentiell verwässernde Aktien im Sinne des IAS 33, da noch keine Ausgabe erfolgt ist.

Bei den im Rahmen des Aktienoptionsprogramms den Mitgliedern des Vorstands in der Berichtsperiode eingeräumten Optionen handelt es sich um potentiell verwässernde Aktien. Die Berechnung der Verwässerungseffekte erfolgte nach der treasury-stock-Methode durch Ermittlung der Anzahl von fiktiven Gratisaktien in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem durchschnittlichen Börsenkurs (EUR 14,95, im Vorjahr EUR 14,86) und dem Ausübungspreis (EUR 3,00). Zum 31.03.2017 waren 112.500 Aktienoptionen ausständig. Dies entspricht 89.925 Stück potenziell verwässernder Aktien.

12 Immaterielle Vermögenswerte

Die Gliederung der immateriellen Vermögenswerte ist aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich.

Immaterielle Vermögensgegenstände

(alle Werte in TEUR)

Anschaffungs- und Herstellungskosten	Firmenwert	Rechte, Datenverarbeitungsprogramme	Aktivierte Entwicklungskosten	Geleistete Anzahlungen	Summe
Stand 01.04.2016	20.751	1.688	2.922	0	25.361
Zugänge	0	225	463	157	845
Umbuchungen	0	0	0	0	0
Abgänge	0	9	0	0	9
Stand 31.03.2017	20.751	1.904	3.385	157	26.197
Kumulierte Abschreibungen					
Stand 01.04.2016	0	1.360	1.298	0	2.658
Zugänge	0	168	284	0	452
Abgänge	0	9	0	0	9
Stand 31.03.2017	0	1.520	1.581	0	3.101
Buchwerte per 01.04.2016	20.751	328	1.624	0	22.703
Buchwerte per 31.03.2017	20.751	385	1.804	157	23.096

Anschaffungs- und Herstellungskosten	Firmenwert	Rechte, Datenverarbeitungsprogramme	Aktivierte Entwicklungskosten	Geleistete Anzahlungen	Summe
Stand 01.04.2015	20.751	1.884	2.612	0	25.247
Zugänge	0	91	309	0	400
Umbuchungen	0	0	0	0	0
Abgänge	0	287	0	0	287
Stand 31.03.2016	20.751	1.688	2.922	0	25.361
Kumulierte Abschreibungen					
Stand 01.04.2015	0	1.479	928	0	2.407
Zugänge	0	168	370	0	538
Abgänge	0	287	0	0	287
Stand 31.03.2016	0	1.360	1.298	0	2.658
Buchwerte per 01.04.2015	20.751	405	1.685	0	22.841
Buchwerte per 31.03.2016	20.751	328	1.624	0	22.703

Der Firmenwert in Höhe von TEUR 20.751 resultiert aus dem Erwerb der Österreichische Staatsdruckerei GmbH und wird als Teil der immateriellen Vermögenswerte ausgewiesen.

Der unter den immateriellen Vermögenswerten ausgewiesene Firmenwert hat einen zum Vorjahr unveränderten Buchwert in Höhe von TEUR 20.751. Für Zwecke der Durchführung der Werthaltigkeitsprüfung wird der Firmenwert den einzelnen zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordnet. Als zahlungsmittelgenerierende Einheiten (cash generating unit - CGU) bestehen die Segmente Security Print und e-government.

Die Aufteilung des Firmenwertes, welcher aus dem vor der erstmaligen IFRS-Bilanzierung zurückliegenden Erwerb der Österreichische Staatsdruckerei GmbH resultiert, erfolgte auf Basis der im Erwerbszeitpunkt vorliegenden Businesspläne. Auf dieser Grundlage entfällt auf die CGU Security Print ein Firmenwert in Höhe von TEUR 8.035 und auf die CGU e-government ein Firmenwert in Höhe von TEUR 12.716.

Im Rahmen des Werthaltigkeitstests wurde durch Diskontierung der zukünftig erwarteten Zahlungsströme der Nutzungswert für die beiden zahlungsmittelgenerierenden Einheiten ermittelt. Die Zahlungsströme für die kommenden drei Jahre (im Vorjahr: vier Jahre) wurden auf Basis der vom Aufsichtsrat genehmigten Mittelfristplanung angesetzt. Wesentliche Annahmen sind eine Ausweitung des Auslandsgeschäftes sowie eine Absatzentwicklung beim österreichischen Reisepass auf der Grundlage der zu erneuernden Reisepässe nach Ablauf deren zeitlicher Gültigkeit. Bei den übrigen wesentlichen Positionen der Inlandsumsätze, welche den Führerschein und die Zulassungsscheinkarte betreffen, wird von einer konstanten Umsatzentwicklung ausgegangen. Die in der Mittelfristplanung angesetzten Umsatzerlöse liegen im Schnitt um 6% über dem Umsatzniveau der Berichtsperiode (im Vorjahr wurde eine Erhöhung der Umsatzerlöse von kumuliert etwa 14% über dem vierjährigen Detailplanungszeitraum angesetzt). Unterteilt nach den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten ergibt sich für die CGU Security Print ein in der Mittelfristplanung durchschnittlich rd. 10,6% höheres Umsatzniveau als in der Berichtsperiode und für die CGU e-government ein um rd. 3,0% höheres Umsatzniveau.

Für die Cashflow-Prognosen nach dem dreijährigen Detailplanungszeitraum wird von einer aus den Vergangenheitswerten der Peer Group abgeleiteten EBIT-Marge von 11,10% für beide CGU ausgegangen (im Vorjahr 11,22% für die CGU Security Print bzw. 12,31 für die CGU e-government). Diese EBIT-Margen liegen unter den Vergangenheits- bzw. Planungsdaten des Konzerns. In der ewigen Rente wurde wie im Vorjahr eine Wachstumsrate von 2% unterstellt, wobei eine Thesaurierungsquote von 42,39% (im Vorjahr 25%) berücksichtigt wurde.

Die Diskontierung der zukünftig erwarteten Zahlungsströme erfolgt für die CGU Security Print mit einem WACC (vor Steuern) in Höhe von 6,29% (im Vorjahr 6,21%) und für die CGU e-government mit einem WACC in Höhe von ebenfalls 6,29% (im Vorjahr 7,11%). Die Ermittlung des WACC erfolgte auf der Basis von Kapitalmarktdaten von Vergleichsunternehmen, wobei auch die Kapitalmarktdaten der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG eingeflossen sind. Das unverschuldete (unlevered) Beta wurde für die Peer Group mit 0,51 ermittelt (Vorjahr 0,55 für die CGU Security Print bzw. 0,64 für die CGU e-government). Unter Berücksichtigung des Verschuldungsgrades der Peer Group ergibt sich ein verschuldetes (levered) Beta



von 0,57 (Vorjahr 0,60 für die CGU Security Print bzw. 0,69 für die CGU e-government).

Die ermittelten Nutzungswerte liegen deutlich über den Buchwerten.

Die durchgeführten Sensitivitätsanalysen zeigen, dass sich weder bei einem um 1%-Punkt höheren Zinssatz (WACC) noch bei einer mit 1% reduzierten Wachstumsrate in der ewigen Rente oder bei durchgängig um 10% geringeren positiven Cashflows ein Impairmentbedarf ergibt. Der Vorstand ist der Auffassung, dass derzeit keine nach vernünftigem Ermessen grundsätzlich mögliche Änderung einer der zur Bestimmung des Nutzungswertes getroffenen Annahme dazu führen könnte, dass der Buchwert der CGU ihren erzielten Wert wesentlich übersteigt.

In den sonstigen immateriellen Vermögenswerten sind Entwicklungskosten gemäß IAS 38 mit Herstellungskosten von TEUR 3.385 (im Vorjahr TEUR 2.922) bzw. einem Restbuchwert von TEUR 1.803 (im Vorjahr TEUR 1.624) enthalten. Die Buchwerte betreffen im Ausmaß von TEUR 356 (im Vorjahr TEUR 508) Entwicklungen in Zusammenhang mit dem österreichischen Reisepass mit Chip. Die Entwicklungskosten für Scheckkartenformate mit Chip haben einen Buchwert von TEUR 56 (im Vorjahr TEUR 89), der Buchwert von weiteren Sicherheitsinnovationen, unter anderem die Entwicklung der MIA- My Identity App sowie der neuen Personalisierungsplattform, betragen TEUR 1.392 (im Vorjahr TEUR 1.027).

Im Geschäftsjahr wurden Entwicklungskosten in der Höhe von TEUR 463 (im Vorjahr TEUR 309) aktiviert. An Forschungs- und Entwicklungskosten wurden TEUR 184 (im Vorjahr TEUR 173) aufwandswirksam erfasst.

13 Sachanlagen

Die Gliederung der Sachanlagen ist aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich.

Sachanlagevermögen

(alle Werte in TEUR)

	Grundstücke und Gebäude	Technische Anlagen und Maschienen	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	Geleistete Anzahlungen	Summe
Anschaffungs- und Herstellungskosten					
Stand 01.04.2016	12.105	15.162	3.022	1.933	32.222
Zugänge	323	340	319	0	983
Umbuchungen	0	1.933	0	-1.933	0
Abgänge	0	540	36	0	576
Stand 31.03.2017	12.429	16.895	3.305	0	32.628

Kumulierte Abschreibungen

Stand 01.04.2016	2.477	13.362	2.351	0	18.190
Zugänge	411	682	341	0	1.433
Abgänge	0	540	34	0	574
Stand 31.03.2017	2.888	13.504	2.658	0	19.050

Buchwerte per 01.04.2016	9.628	1.800	671	1.933	14.032
Buchwerte per 31.03.2017	9.541	3.391	647	0	13.578

	Grundstücke und Gebäude	Technische Anlagen und Maschienen	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	Geleistete Anzahlungen	Summe
Anschaffungs- und Herstellungskosten					
Stand 01.04.2015	11.909	19.291	3.218	0	34.418
Zugänge	206	227	291	1.933	2.657
Umbuchungen	0	0	0	0	0
Abgänge	10	4.356	487	0	4.853
Stand 31.03.2016	12.105	15.162	3.022	1.933	32.222

Kumulierte Abschreibungen

Stand 01.04.2015	2.102	17.019	2.477	0	21.598
Zugänge	381	699	326	0	1.406
Abgänge	6	4.356	452	0	4.814
Stand 31.03.2016	2.477	13.362	2.351	0	18.190

Buchwerte per 01.04.2015	9.807	2.272	741	0	12.820
Buchwerte per 31.03.2016	9.628	1.800	671	1.933	14.032

Das Bestellobligo per 31.03.2017 für Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte beträgt TEUR 234 (per 31.03.2016 TEUR 2.345). Die im Geschäftsjahr 2015/16 bestellte Druckmaschine wurde im Berichtsjahr in Betrieb genommen. Bezüglich der Leasinganlagen wird auf den Punkt C4 verwiesen.

14 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

31.03.2017 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7.863	0	0	7.863
Gesamt	7.863	0	0	7.863

31.03.2016 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7.960	0	0	7.960
Gesamt	7.960	0	0	7.960

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen bestehen zur Gänze aus dem Verkauf von Druckprodukten und Sicherheitsdienstleistungen.

Zum 31.03.2017 wurden keine Wertberichtigungen gebildet (im Vorjahr TEUR 413). Die im Vorjahr enthaltene Wertberichtigung betrifft den Sachverhalt Kosovo. Im Juli 2016 erging das Urteil des Schiedsgerichtes der Internationalen Handelskammer in Paris. Das Schiedsgericht hat nunmehr der OeSD einen Betrag in Höhe von TEUR 4.996 zuzüglich Verfahrenskosten und Zinsen zugesprochen. Detaillierte Erläuterungen finden sich unter Punkt B16.

Die überfälligen und nicht wertberichtigten Forderungen gliedern sich wie folgt:

	31.03.2017 (in TEUR)	31.03.2016 (in TEUR)
1 – 120 Tage	1.507	1.447
Über 121 Tage	339	793
Gesamt	1.847	2.240

Den über 121 Tagen offenen Forderungen liegt ein vertraglich vereinbarter Zahlungsplan zugrunde. Im Vorjahreswert der über 121 Tage offenen Forderungen findet sich der Sachverhalt Kosovo wieder, welcher aufgrund des Urteils des Schiedsgerichtes der Internationalen Handelskammer in Paris zum 31.03.2017 in die Position ‚sonstige kurzfristige finanzielle Forderungen‘ umgegliedert wurde.

15 Vorräte

Die Aufteilung des Vorratsvermögens stellt sich wie folgt dar:

	31.03.2017 (in TEUR)	31.03.2016 (in TEUR)
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.159	2.618
Unfertige Erzeugnisse	2.894	2.249
Fertige Erzeugnisse und Waren	303	423
Noch nicht abrechenbare Leistungen	106	0
Gesamt	5.463	5.290

Es werden Stichtags- bzw. permanente Inventuren durchgeführt.

Im Geschäftsjahr 2016/17 wurden Wertberichtigungen auf Vorräte in Höhe von TEUR 76 (im Vorjahr TEUR 0) aufwandswirksam erfasst und betreffen Rohstoffabwertungen und Teilabschreibungen für in- und ausländische Projekte. Die in Vorjahren vorgenommenen Wertberichtigungen wurden im Geschäftsjahr 2016/17 zum Zeitpunkt der Umsatzrealisierung aufgelöst und die Projekte abgeschlossen. Der Buchwert der zum Nettoveräußerungswert angesetzten Vorräte beläuft sich auf TEUR 23 (im Vorjahr TEUR 85).

Im Geschäftsjahr 2012/13 wurden Wertberichtigungen im Zusammenhang mit dem Kosovo-Auftrag gebildet, diese betreffen unfertige Erzeugnisse in Höhe von TEUR 722 sowie Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe in Höhe von TEUR 17. Für unfertige Erzeugnisse im Rahmen des Kosovo-Auftrags wurden im Vorjahr Wertberichtigungen in Höhe von TEUR 739 gebildet (entspricht einer Wertberichtigung von 100% auf die noch nicht ausgelieferten Erzeugnisse). Im Juli 2016 erging zu dem anhängigen Verfahren ein Schiedsspruch, welcher die geltend gemachten Ansprüche der Österreichische Staatsdruckerei GmbH weitestgehend bestätigt hat und auch für die in Folge der Kündigung des Liefervertrags durch den Kosovo de facto wertlos gewordenen Vorräte Schadenersatz zugesprochen hat. Die sich aus dem Schiedsgerichtsurteil ergebenden Ansprüche werden zum 31.03.2017 nunmehr unter der Position „sonstige kurzfristige finanzielle Forderungen“ ausgewiesen.

16 Sonstige kurzfristige finanzielle Vermögenswerte

Sonstige kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	31.03.2017 (in TEUR)	31.03.2016 (in TEUR)
Wertpapiere und Anteile	66	53
Debitorische Kreditoren	54	18
Sonstige Forderungen	2.102	75
Gesamt	2.223	146

Die sonstigen Forderungen betreffen im Ausmaß von TEUR 2.040 den Buchwert der aufgrund eines Schiedsspruches der Internationalen Handelskammer in Paris bestehenden Ansprüche gegenüber der Republik Kosovo. Der nominell offene Anspruch beläuft sich zum 31.3.2017 auf TEUR 6.528 und beinhaltet offene Forde-

rungen im Zusammenhang mit der Lieferung von elektronischen Reisepässen, Schadenersatzansprüche aus der ungerechtfertigten Kündigung des Vertrages durch die Republik Kosovo, Zinsen sowie Ersatz von Verfahrenskosten. Die Republik Kosovo hat die Bezahlung dieses rechtskräftigen Anspruches bisher verweigert. Der bei der Bewertung angesetzte Abschlag berücksichtigt die bei der Einbringlichmachung bestehenden Risiken (insbesondere Zahlungsfähigkeit Kosovo, Durchsetzung Schiedsspruch im Kosovo, Auffindbarkeit von vollstreckbarem Vermögen). Dessen ungeachtet wird der Konzern alle verfügbaren Rechtsmittel ergreifen um die zugesprochenen Ansprüche bestmöglich durchzusetzen.

Aus der Veränderung der Bewertung der Ansprüche gegenüber der Republik Kosovo ergibt sich ein positiver Ergebniseffekt in Höhe von TEUR 338, welcher unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen wird.

Bei den Wertpapieren und Anteilen handelt es sich um Aktien an einem ungarischen und an einem griechischen Unternehmen. Die Bewertung erfolgt mit dem Börsenkurs zum Bilanzstichtag. Bei der Aktie des griechischen Unternehmens gab es im Vorjahr eine Kapitalrückzahlung im Ausmaß von TEUR 25.

17 Sonstige nicht finanzielle Vermögenswerte

Sonstige kurzfristige nicht finanzielle Vermögenswerte	31.03.2017 (in TEUR)	31.03.2016 (in TEUR)
Forderungen aus Bonifikationen	0	1.466
Forderungen aus Steuern und Abgaben	247	542
geleistete Anzahlungen und Rechnungsabgrenzungen	254	341
Gesamt	501	2.349

Die Forderungen aus Bonifikationen im Vorjahr für in der Vergangenheit bezogene Lieferungen, wurde dem Konzern in Form von Gratislieferungen im Berichtsjahr 2016/17 vergütet.

18 Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

	31.03.2017 (in TEUR)	31.03.2016 (in TEUR)
Kassenbestand	4	4
Guthaben bei Kreditinstituten	6.699	3.276
Gesamt	6.703	3.280

Sämtliche Bestandteile der liquiden Mittel stehen zur freien Verfügung des Konzerns.

19 Latente Steueransprüche und -verbindlichkeiten aus laufenden Ertragsteuern

Die Steuerlatenzen resultieren insbesondere aus der unterschiedlichen Behandlung von Leasingvereinbarungen (Anlagevermögen bzw. Verbindlichkeiten), aktivierten Entwicklungskosten, der Zeitwertbewertung von Wertpapieren sowie aus den Abfertigungsrückstellungen. Steuerlich wurden die Abfertigungsrückstellungen im Geschäftsjahr 2001 vollständig aufgelöst. Steuerliche Verlustvorträge liegen keine vor. Darüber hinaus resultieren die Steuerlatenzen aus Unterschieden bei der steuerlichen Behandlung des Aktienoptionsprogramms (Zeitpunkt und Bewertung der steuerlichen Betriebsausgaben).

Latente Steuerverbindlichkeiten, die durch temporäre Differenzen im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochterunternehmen entstehen, werden nicht angesetzt, wenn der Zeitpunkt der Umkehrung der temporären Differenzen vom Konzern bestimmt werden kann und es wahrscheinlich ist, dass sich die temporären Differenzen in absehbarer Zeit aufgrund dieses Einflusses umkehren werden. Die Summe derartiger temporärer Differenzen, für die keine latenten Steuerschulden bilanziert werden, beträgt TEUR 514.

Die Unterschiede zwischen den Wertansätzen in der Steuer- und in der IFRS-Bilanz resultieren aus folgenden Unterschiedsbeträgen bzw. wirken sich mit folgender Steuerlatenz aus:

Unterschiedsbeträge

	31.03.2017 (in TEUR)	31.03.2016 (in TEUR)
Personalrückstellungen (aktive)	2.383	2.394
Verbindlichkeiten (aktive)	343	554
Aktienoptionsprogramm (aktive)	939	945
Anlagevermögen (aktive)	131	0
Gesamt (aktive)	3.796	3.893
Anlagevermögen (passive)	2.743	2.304
Wertpapiere und Anteile (passive)	30	16
Gesamt (passive)	2.773	2.320

Steuerlatenzen

	31.03.2017 (in TEUR)	31.03.2016 (in TEUR)
Personalrückstellungen (aktive)	596	599
Verbindlichkeiten (aktive)	86	138
Aktienoptionsprogramm (aktive)	235	236
Anlagevermögen (aktive)	33	0
Gesamt (aktive)	949	973
Anlagevermögen (passive)	686	576
Wertpapiere und Anteile (passive)	8	4
Gesamt (passive)	693	580



In der Bilanz wurde eine Saldierung von aktiven und passiven Steuerlatenzen vorgenommen und der Überhang von TEUR 256 (im Vorjahr TEUR 393) auf der Aktivseite ausgewiesen.

Die Veränderung der latenten Steuern leitet sich folgendermaßen über:

	31.03.2017 (in TEUR)	31.03.2016 (in TEUR)
Latente Steuern zum Geschäftsjahresbeginn	393	202
Latenter Steueraufwand (-) / -ertrag (+)	-162	189
Veränderung latente Steuern im sonstigen Gesamtergebnis	25	2
Latente Steuern zum Geschäftsjahresende	256	393

Die Verbindlichkeiten aus laufenden Ertragsteuern in der Höhe von TEUR 1.568 (im Vorjahr TEUR 915) betreffen noch nicht veranlagte Körperschaftsteuern und ermitteln sich als Differenzbetrag zwischen der festzusetzenden Körperschaftsteuer und den getätigten Vorauszahlungen. Zum 31.03.2017 waren die Geschäftsjahre 2014/15, 2015/16 sowie 2016/17 noch nicht veranlagt.

20 Eigenkapital

Die Entwicklung des Eigenkapitals kann aus der Aufstellung der Veränderung des Eigenkapitals entnommen werden.

Grundkapital und eigene Anteile

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt TEUR 7.500 und ist in 7.500.000 nennbetragslose, auf Inhaber lautende, Stückaktien zerlegt.

Hauptaktionäre sind die GRT-Privatstiftung mit einem Anteil von rund 45,6% und die G3 Industrie Privatstiftung mit einem Anteil von jeweils rund 45,7%. Die im März 2012 von der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG gemeinsam mit der Österreichische Staatsdruckerei GmbH errichtete Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung hält einen Anteil von 4,90%.

Bei den von der Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung am 29.03.2012 außerbörslich erworbenen 367.500 Aktien handelt es sich aufgrund der Einbeziehung der Stiftung in den Konzernabschluss (vgl. dazu die Ausführungen unter Punkt A2) bilanziell um eigene Anteile. Nach österreichischem Unternehmensrecht sind diese Aktien stimmberechtigt.

Am 18.10.2013 wurden zum Zwecke der Bedienung des Aktienoptionsprogramms 112.500 eigene Aktien zu je EUR 11,80 erworben. Am 19.09.2014 wurden zu diesem Zwecke 112.500 Aktien zu je EUR 12,10 erworben. Die angeschafften Aktien entsprechen 3% der ausgegebenen Aktien.

Die eigenen Anteile werden zu Anschaffungskosten im Eigenkapital abgezogen.

Gesetzliche Rücklage

Die gesetzlich vorgeschriebene Gewinnrücklage im Ausmaß von 10% des Grundkapitals wurde bereits in Vorjahren in voller Höhe gebildet.

Neubewertung der Nettoschuld aus leistungsorientierten Verpflichtungen

Diese im Eigenkapital gesondert dargestellte Position resultiert aus der Anwendung des IAS 19 und betrifft die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste, die über das sonstige Gesamtergebnis erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst wurden. Zum 31.03.2017 besteht für die Rücklage ein negativer Wert von TEUR 451 (im Vorjahr TEUR -376).

Rücklage aus Aktienoptionen im Zusammenhang mit anteilsbasierten Vergütungen

Im Geschäftsjahr 2012/13 wurde für die Mitglieder des Vorstands ein Aktienoptionsprogramm beschlossen:

Das Aktienoptionsprogramm wurde unter Einhaltung der Grundsätze für Bezüge der Vorstandsmitglieder gemäß § 78 AktG erstellt. Die inhaltlichen Bedingungen wurden vom Aufsichtsrat festgelegt. Die Bedienung der Aktienoptionen soll mit eigenen Aktien erfolgen, eine entsprechende Beschlussfassung dazu ist in der Hauptversammlung vom 14.09.2012 bzw. 11.07.2014 erfolgt.

Das Aktienoptionsprogramm läuft ab dem Geschäftsjahr 2012/13 (beginnend mit 01.04.2012). Der Zeitraum, in welchem den Vorstandsmitgliedern Optionen eingeräumt werden, beträgt fünf Jahre und ist in fünf idente Tranchen unterteilt. In das Aktienoptionsprogramm wurden die Mitglieder des Vorstands mit Ausnahme des Vorstandsvorsitzenden, Herrn Ing. Robert Schächter, einbezogen.

Gemäß dem Aktienoptionsprogramm werden den Berechtigten pro Geschäftsjahr 22.500 Optionen gewährt. Die Gesamtanzahl der an Vorstände im Rahmen des Aktienoptionsprogramms einzuräumenden Optionen beträgt – unter Berücksichtigung der ursprünglich anspruchsberechtigten Vorstandsmitglieder – ursprünglich maximal insgesamt 337.500. Jede Option berechtigt zum Erwerb einer Aktie der Gesellschaft.

Der Ausübungspreis wurde mit EUR 3 je Aktie festgelegt. Die eingeräumten Optionen können von jedem Vorstandsmitglied jeweils nach einer Wartefrist von zwei Jahren ab dem Zeitpunkt der Einräumung der Optionen bis zum Ablauf der nächsten drei Jahre ausgeübt werden. Eingeräumte Optionen sind nicht übertragbar. Für die aufgrund der Ausübung der Optionen erworbenen Aktien besteht keine Behaltefrist. Die Bedienung der Aktienoptionen erfolgt durch Erwerb eigener Anteile.

Die Bilanzierung des Aktienoptionsprogramms erfolgt gemäß IFRS 2 als Personalaufwand einerseits und innerhalb des Eigenkapitals in den Kapitalrücklagen.

Herr Mag. Thomas Zach hat seine Vorstandstätigkeit mit 31.03.2013 zurückgelegt und nimmt daher am Aktienoptionsprogramm nicht mehr teil.

Mit Vereinbarung vom 02.12.2014 ist Herr Mag Lackner aus dem Aktienoptionsprogramm ausgeschieden. Dabei kam es zu einem Verzicht auf die Anwartschaften



auf Aktienoptionen ab dem Geschäftsjahr 2014/15. Die davor eingeräumten Optionen über insgesamt 45.000 Stück wurden entsprechend den Bedingungen des Aktienoptionsprogramms im Geschäftsjahr 2014/15 mit einer einmaligen Zahlung in Höhe von TEUR 402 abgefunden. Im Geschäftsjahr 2014/15 erfolgte dabei im Ausmaß von TEUR 195 eine Kürzung der Rücklage aus Aktienoptionen der darüber hinausgehende Betrag in Höhe von TEUR 207 wurde erfolgsmindernd im Personalaufwand erfasst.

Durch das Ausscheiden der beiden Vorstandsmitglieder aus dem Aktienoptionsprogramm hat sich die Anzahl der maximal einzuräumenden Optionen auf 112.500 verringert.

Zum 31.03.2013, 31.03.2014, 31.03.2015, 31.03.2016 und 31.03.2017 sind Herrn Prof. Gausterer jeweils 22.500 Aktienoptionen eingeräumt. Diese Optionen können frühestens zum 01.04.2014, 01.04.2015, 01.04.2016, 01.04.2017 und 01.04.2018 ausgeübt werden. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden – wie schon in den Jahren zuvor – keine Optionen ausgeübt.

Der Marktwert der zum Bilanzstichtag eingeräumten Rechte beträgt TEUR 1.350 (im Vorjahr TEUR 1.080).

Der Marktwert der Optionen zum Zeitpunkt der Einräumung wurde nach dem Black-Scholes-Modell ermittelt, wobei auch Annahmen hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit eines vorzeitigen Austritts von begünstigten Vorstandsmitgliedern berücksichtigt wurde.

Die wesentlichen Parameter für dieses Modell waren:

Erwartete Volatilität:	1,66%
Risikofreier Zinssatz:	0,48%
Dividendenrendite:	2,97%

Im Berichtsjahr wurde ein Betrag von TEUR 75 (im Vorjahr 127) im Personalaufwand einerseits und als Kapitalrücklage innerhalb des Eigenkapitals erfasst. Dieser Vorgang betrifft die Herrn Direktor Gausterer eingeräumten Optionen im Rahmen des Aktienoptionsprogramms.

Einbehaltene Gewinne

Die einbehaltenen Gewinne enthalten thesaurierte Gewinne aus Vorjahren. Für das Berichtsjahr wird der Vorstand der Gesellschaft die Auszahlung einer Dividende von EUR 0,45 pro stimmberechtigter Aktie vorschlagen. Dies entspricht einer Ausschüttung von insgesamt rund TEUR 3.274.

Für das vorangegangene Geschäftsjahr wurde eine Dividende von TEUR 3.274 (EUR 0,45 pro stimmberechtigter Aktie) ausgeschüttet. Unter Berücksichtigung der von der konzernzugehörigen Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung gehaltenen Anteile sowie der eigenen Anteile betrug die an die Eigentümer ausgeschüttete Dividende TEUR 3.108.

Sonstige Angaben

In der **Hauptversammlung vom 30.09.2011** wurden u.a. folgende Beschlüsse gefasst:

Ermächtigung des Vorstands gemäß § 169 AktG, das Grundkapital innerhalb von fünf Jahren ab Beschlussfassung, mit Zustimmung des Aufsichtsrats um bis zu maximal Nominale TEUR 1.875 durch Ausgabe von bis zu 1.875.000 Stück auf Inhaber oder Namen lautende Stückaktien zum Mindestausgabekurs von 100% des anteiligen Betrags am Grundkapital, in einer oder mehreren Tranchen gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen und die Ausgabebedingungen im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen. Dabei wird das Bezugsrecht der Aktionäre hinsichtlich der neuen Aktien ausgeschlossen (genehmigtes Kapital I).

Ermächtigung des Vorstands gemäß § 169 AktG, das Grundkapital innerhalb von fünf Jahren ab Beschlussfassung, mit Zustimmung des Aufsichtsrats um bis zu maximal Nominale TEUR 1.875 durch Ausgabe von bis zu 1.875.000 Stück auf Inhaber oder Namen lautende Stückaktien zum Mindestausgabekurs von 100% des anteiligen Betrags am Grundkapital, in einer oder mehreren Tranchen gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen und die Ausgabebedingungen im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen. Dabei kann ein Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre hinsichtlich der neuen Aktien vorgesehen werden (genehmigtes Kapital II).

Ermächtigung des Vorstands gemäß § 174 Abs. 2 AktG, innerhalb von fünf Jahren ab Beschlussfassung, Wandelschuldverschreibungen, mit denen ein Umtausch- oder Bezugsrecht auf bis zu 3.750.000 Stück auf Inhaber oder Namen lautende Stammaktien der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von bis zu TEUR 3.750 verbunden ist, in einer oder mehreren Tranchen auszugeben und sämtliche Bedingungen der Wandelschuldverschreibungen festzusetzen. Dabei wird das Bezugsrecht der Aktionäre gemäß § 174 Abs. 4 AktG in Verbindung mit § 153 AktG im Falle der Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen gemäß dieser Ermächtigung ausgeschlossen.

Beschluss über eine bedingte Erhöhung des Grundkapitals gemäß § 159 Abs. 2 Z 1 AktG um bis zu TEUR 3.750 durch Ausgabe von bis zu 3.750.000 Stück neue, auf Inhaber oder Namen lautende Stammaktien der Gesellschaft zur Gewährung von Umtausch- oder Bezugsrechten an die Gläubiger der Wandelschuldverschreibungen (bedingtes Kapital).

Die genannten Ermächtigungen sind im Geschäftsjahr 2016/17 ausgelaufen und wurden nicht ausgeübt.

In der **Hauptversammlung vom 11.07.2014** wurde der Vorstand für die Dauer von 30 Monaten zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 65 Abs. 1 Z 8 sowie Abs. 1a und 1b AktG bis zu maximal 10% des Grundkapitals ermächtigt. Der Vorstand wurde weiters ermächtigt, erworbene eigene Aktien ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss einzuziehen oder wieder zu veräußern und die Veräußerungsbedingungen festzusetzen. Die Ermächtigung kann ganz oder in mehreren Teilbeträgen und

in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen oder auf Rechnung der Gesellschaft durch Dritte ausgeübt werden.

Gemäß § 65 Abs. 1b AktG in Verbindung mit § 153 Abs. 3 und 4 AktG ist, unbeschadet der Bestimmung des § 65 Abs. 1b letzter Satz AktG, die Verwendung von erworbenen eigenen Aktien zum Zwecke der Bedienung von Mitgliedern des Vorstands gewährten Aktienoptionen im Ausmaß von maximal bis zu 225.000 Aktien gestattet, wobei diesfalls das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen ist.

Schließlich wurde der Vorstand für die Dauer von fünf Jahren ermächtigt, erworbene eigene Aktien gemäß § 65 Abs. 1b AktG in Verbindung mit §§ 169 bis 171 AktG mit Zustimmung des Aufsichtsrats auf jede andere gesetzliche Art, auch außerbörslich zu veräußern, wobei der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht (das Wiederkaufsrecht) der Aktionäre ausschließen kann.

Mit diesem Beschluss wurde der vorangegangene Hauptversammlungsbeschluss vom 14.09.2012 widerrufen, dessen Inhalt durch den neuen Beschluss obsolet geworden ist.

21 Rückstellungen

Bei der Ermittlung der Rückstellungen wurde beurteilt, ob eine Inanspruchnahme durch die Gesellschaft wahrscheinlich ist und ob die voraussichtliche Höhe der Rückstellung zuverlässig geschätzt werden konnte.

Personalrückstellungen

	31.03.2017 (in TEUR)	31.03.2016 (in TEUR)
Abfertigungen	1.987	2.082
Jubiläumsgelder	63	68
Gesamt	2.050	2.150

Versicherungsmathematische Annahmen

Die folgende Tabelle zeigt die bei der Bewertung von Verpflichtungen aus Jubiläumsgeldzuwendungen und Abfertigungen verwendete Annahmen:

	2016/17	2015/16
Abzinsungsfaktor	1,42%	1,62%
Gehaltssteigerung p.a.	2,00%	2,00%

Bei der Berechnung wurden die sozial- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen berücksichtigt. Die Pensionseintrittsalter richten sich nach den gesetzlichen Bestimmungen der Pensionsreform 2003.

Abfertigungsrückstellung:

	31.03.2017 (in TEUR)	31.03.2016 (in TEUR)
Dienstzeitaufwendungen	65	70
Zinsaufwand	33	29
Erfassung im Gewinn und Verlust der laufenden Periode	98	98
Versicherungsmathematische Gewinne (-) / Verluste (+) aus der Veränderung finanzieller Annahmen	28	-35
Versicherungsmathematische Gewinne (-) / Verluste (+) aus erfahrungsbedingten Anpassungen	72	42
Erfassung im sonstigen Gesamtergebnis	100	7

	31.03.2017 (in TEUR)	31.03.2016 (in TEUR)
Barwert der erworbenen Anwartschaften 01.04.	2.082	2.061
Dienstzeitaufwendungen	65	70
Zinsaufwand	33	29
Abfertigungszahlungen	-294	-84
Versicherungsmathematische Gewinne (-) / Verluste (+)	100	7
Barwert der erworbenen Anwartschaften 31.03.	1.987	2.082

Sensitivitätsbetrachtung der Abfertigungsrückstellung:

Folgende versicherungsmathematische Annahmen wurden als erheblich erachtet und mit folgenden Spannen gestresst; Abzinsungssatz +/- 0,25%, Lebenserwartung (LE) +/- 1 Jahr. Aufgrund der bereits in der Rückstellungsberechnung berücksichtigten sehr geringen Fluktuation wurde für diesen Parameter keine Sensitivitätsanalyse durchgeführt. Die Auswirkungen bei einer Veränderung der Gehaltstrends +/- 0,25% würden in etwa jenen Effekten mit jeweils gedrehtem Vorzeichen aus einer isolierten Anpassung des Abzinsungssatzes entsprechen, wodurch es im Endeffekt zu keiner wesentlichen Veränderung kommen würde.

Die Sensitivitätsbetrachtung der Lebenserwartung erfolgte dabei über eine Verschiebung der durchschnittlichen Lebenserwartung für den Gesamtbestand des jeweiligen Plans.

Die Differenzen zu den bilanzierten Werten sind in nachfolgender Tabelle als relative Abweichung angegeben:

	Zins +0,25%	Zins -0,25%	+1 Jahr LE	- 1 Jahr LE
Abfertigung DBO	TEUR -35	TEUR 36	TEUR 3	TEUR -3

Die folgende Tabelle zeigt die durchschnittlichen Laufzeiten (Duration) der jeweiligen Verpflichtungen (Werte in TEUR):

	Fälligkeitsprofil – DBO			DBO Duration	Fälligkeitsprofil – Cash			Cash Duration
	1-5 Jahre	6-10 Jahre	10+ Jahre		1-5 Jahre	6-10 Jahre	10+ Jahre	
Abfertigungen	637	808	543	7,3	686	1.071	1.051	8,65

Die korrespondierenden Vergleichsinformationen aus dem Vorjahr gestalten sich wie folgt:

	Fälligkeitsprofil – DBO			DBO Duration	Fälligkeitsprofil – Cash			Cash Duration
	1-5 Jahre	6-10 Jahre	10+ Jahre		1-5 Jahre	6-10 Jahre	10+ Jahre	
Abfertigungen	731	834	517	7,41	806	1.143	1.063	8,86

Jubiläumsrückstellung:

	31.03.2017 (in TEUR)	31.03.2016 (in TEUR)
Dienstzeitaufwendungen	2	2
Zinsaufwand	1	1
Versicherungsmathematische Gewinne (-) / Verluste (+)	-1	8
Nettoaufwand des Jahres	2	11

	31.03.2017 (in TEUR)	31.03.2016 (in TEUR)
Barwert der erworbenen Anwartschaften 01.04.	68	77
Dienstzeitaufwendungen	2	2
Zinsaufwand	1	1
Jubiläumsgeldzahlungen	-7	-21
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	-1	8
Barwert der erworbenen Anwartschaften 31.03.	63	68

Pensionsverpflichtungen, für die in Form von Rückstellungen vorzusorgen ist, bestehen nicht.

22 Finanzverbindlichkeiten

31.03.2017 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.700	8.788	0	15.488
Verbindlichkeiten aus Leasing	340	699	4.251	5.290
Gesamt	7.040	9.487	4.251	20.778

31.03.2016 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.700	9.448	253	16.402
Verbindlichkeiten aus Leasing	987	895	4.394	6.276
Gesamt	7.686	10.343	4.648	22.678

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten stammen im Ausmaß von TEUR 7.798 (im Vorjahr TEUR 8.998) aus zwei langfristigen Krediten, die für den Kauf der Anteile an der Österreichische Staatsdruckerei GmbH im Geschäftsjahr 2008 im Gesamtwert von TEUR 25.000 aufgenommen wurden. Im Geschäftsjahr 2013/14 wurden diese Kredite umgeschuldet und zur Gänze getilgt (TEUR 11.143). Zur Umschuldung wurden zwei langfristige Kredite im Gesamtwert von ursprünglich TEUR 12.000 aufgenommen. Im Berichtsjahr wurden wie im Vorjahr TEUR 1.200 getilgt. Zur Sicherstellung des Kredites wurden die Anteile an der Österreichische Staatsdruckerei GmbH an den Kreditgeber verpfändet. Für den Kauf der neuen Stichtiefdruckmaschine wurde ein ERP-geförderter langfristiger Kredit in der Höhe von TEUR 2.200 vereinbart, davon sind TEUR 2.190 (im Vorjahr TEUR 1.903) ausgeschöpft. Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen wie im Vorjahr in Höhe von TEUR 5.500. Dingliche Sicherheiten bestehen bei den als Finanzierungsleasing bilanzierten Leasingvereinbarungen insoweit als der Leasinggeber zivilrechtlicher Eigentümer der geleasteten Anlage ist.

23 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

31.03.2017 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.913	0	0	3.913
Gesamt	3.913	0	0	3.913

31.03.2016 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.394	0	0	3.394
Gesamt	3.394	0	0	3.394

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen umfassen offene Verpflichtungen aus dem Lieferungs- und Leistungsverkehr sowie aus laufenden Kosten. Das Management geht davon aus, dass der Buchwert der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ihrem beizulegenden Zeitwert entspricht. Dingliche Sicherheiten wurden nicht bestellt.

24 Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten

31.03.2017 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	413	1.397	1.373	3.183
Gesamt	413	1.397	1.373	3.183

31.03.2016 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	150	1.507	1.377	3.034
Gesamt	150	1.507	1.377	3.034

Die finanziellen Verbindlichkeiten betreffen einbehaltene Haftrücklässe zur Sicherstellung allfälliger Gewährleistungsansprüche für die gelieferten Chips.

25 Sonstige nicht finanzielle Verbindlichkeiten

31.03.2017 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Sonstige nicht finanzielle Verbindlichkeiten	5.080	121	9	5.210
<i>davon erhaltene Anzahlungen</i>	479	0	0	479
<i>davon aus Steuern</i>	1.877	0	0	1.877
<i>davon im Rahmen der sozialen Sicherheit</i>	226	0	0	226
<i>davon Abgrenzungen Personal</i>	1.593	69	0	1.662
<i>davon noch nicht fällige Zinsen</i>	9	0	0	9
<i>davon Ertragsabgrenzung</i>	894	52	9	955
<i>davon sonstige Abgrenzungen</i>	2	0	0	2
Gesamt	5.080	121	9	5.210

31.03.2016 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Sonstige nicht finanzielle Verbindlichkeiten	3.554	127	22	3.703
<i>davon erhaltene Anzahlungen</i>	64	0	0	64
<i>davon aus Steuern</i>	1.450	0	0	1.450
<i>davon im Rahmen der sozialen Sicherheit</i>	211	0	0	211
<i>davon Abgrenzungen Personal</i>	1.554	74	0	1.629
<i>davon noch nicht fällige Zinsen</i>	13	0	0	13
<i>davon Ertragsabgrenzung</i>	256	52	22	330
<i>davon sonstige Abgrenzungen</i>	6	0	0	6
Gesamt	3.554	127	22	3.703

Die Verbindlichkeiten aus Steuern betreffen insbesondere Umsatzsteuern. Die Abgrenzungen für Personalverpflichtungen umfassen im Wesentlichen abgegrenzte Urlaubsansprüche und Zeitguthaben sowie anteilige Sonderzahlungen und Verbindlichkeiten aus Löhnen, die erst nach dem Bilanzstichtag ausbezahlt wurden. Die noch nicht fälligen Zinsen betreffen Zinsabgrenzungen für aufgenommene Kredite. Im Berichtsjahr wurde eine umsatzverringende Abgrenzung in Höhe von TEUR 881 (im Vorjahr TEUR 243) im Zusammenhang mit erwarteten Gutschriften für stückzahlenabhängige Staffelpreise vorgenommen.

OSD



MIA – MY IDENTITY APP



C Sonstige Angaben zum Konzernabschluss

1 Segmentberichterstattung

Operative Segmente

- ◆ Segment Security Print
- ◆ Segment e-government

Das Segment Security Print umfasst den Entwurf und die Herstellung von Hochsicherheitsdruckprodukten. Dies beinhaltet neben Blanko-Identitätsdokumenten auch Gutscheine und Briefmarken.

Im Segment e-government wird die Entwicklung, Implementierung und Bereitstellung von Personalisierungslösungen für Identitätsdokumente angeboten. Weiters werden im OeSD- Personalisierungszentrum Identitätsdokumente wie z.B. Reisepässe, Führerscheine und Personalausweise produziert und ausgeliefert.

Angaben zu den operativen Segmenten

Zur internen Performancemessung der Segmente wird das Betriebsergebnis (EBIT) herangezogen. Diese Erfolgsgröße entspricht daher dem Segmentergebnis im Sinne von IFRS 8.23. Innenumsätze zwischen den beiden Segmenten liegen nicht vor. Die Wertansätze für die Segmentberichterstattung entsprechen grundsätzlich den, auf den IFRS-Konzernabschluss angewendeten, Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Ein Unterschied besteht lediglich darin, dass sich die interne Berichterstattung am Umsatzkostenverfahren orientiert, während die externe Berichterstattung nach dem Gesamtkostenverfahren erfolgt.

2016/17 (in TEUR)	Security-Print	e-government	Gesamt
Umsatzerlöse	17.365	27.304	44.669
aktivierte Eigenleistungen	0	463	463
sonstige betriebliche Erträge	478	202	680
Segmentaufwendungen (ohne Abschreibungen)	-13.123	-22.892	-36.015
Segment EBITDA	4.720	5.077	9.797
Abschreibungen	-648	-1.238	-1.886
Segment EBIT	4.072	3.839	7.912

2015/16 (in TEUR)	Security-Print	e-government	Gesamt
Umsatzerlöse	15.235	25.282	40.516
aktivierte Eigenleistungen	0	309	309
sonstige betriebliche Erträge	80	327	407
Segmentaufwendungen (ohne Abschreibungen)	-12.368	-20.746	-33.114
Segment EBITDA	2.946	5.173	8.119
Abschreibungen	-507	-1.437	-1.943
Segment EBIT	2.440	3.736	6.176

Die bedingten Angaben zum Segmentvermögen unterbleiben, da das interne Berichtswesen für das Management diesbezüglich keine Unterteilung des Vermögens in die beiden Segmente enthält. Gleiches gilt auch für die bedingten Angaben zu den Segmentschulden.

Segmentübergreifende Angaben

Geografische Angaben

Die Umsatzerlöse von externen Kunden nach Absatzmärkten (Sitz der Kunden) stellen sich wie folgt dar:

	2016/17 (in TEUR)	2015/16 (in TEUR)
Österreich	41.399	33.099
EU	875	1.632
Drittland	2.395	5.786
Gesamt	44.669	40.516

Da die Gesellschaft ihren operativen Betrieb ausschließlich von Österreich aus führt, befinden sich alle Vermögenswerte im Inland.

Es gibt kein Drittland, welchem Umsatzerlöse von mehr als 10% zugeordnet sind.

Angaben zu wesentlichen Kunden

Gemäß IFRS 8.34 bestehen Informationspflichten zu den wesentlichen Kunden. Als solche sind diejenigen anzusehen, mit denen der Konzern mindestens 10% seiner gesamten externen Umsatzerlöse erzielt.



Als wesentlicher Kunde im Sinne dieser Bestimmung zählt die Republik Österreich (einschließlich der mit der mittelbaren Bundesverwaltung betrauten Organe der Landesverwaltung wie beispielsweise Bezirkshauptmannschaften und Magistrate). Mit der Republik Österreich wurden im Geschäftsjahr 2016/17 Umsätze in Höhe von TEUR 37.373 erzielt (im Vorjahr TEUR 26.725), welche beide Segmente betreffen.

2 Eventualverbindlichkeiten

Zum 31.03.2017 bestehen Haftungsverhältnisse in der Höhe von TEUR 54 (im Vorjahr TEUR 1.221). Eine Inanspruchnahme der Haftungen ist unwahrscheinlich. Diese betreffen Biet- und Liefergarantien, die der Konzern im Rahmen von Ausschreibungen gegenüber potentiellen Kunden in Form von Bankgarantien zu erbringen hat. Mit der UniCredit Bank Austria AG bestehen diesbezüglich Vereinbarungen über abrufbare Garantiesummen.

Im Zuge einer derzeit laufenden steuerlichen Betriebsprüfung wird seitens der Finanzverwaltung der der Firmenwertabschreibung zugrundeliegende Erwerb aus dem Jahr 2007 dahingehend überprüft, ob ein die Firmenabschreibung (und in weiterer Folge auch ab dem Jahr 2011 den Abzug der Fremdfinanzierungskosten) ausschließender Erwerb von einem konzernzugehörigen Unternehmen bzw. von einem unmittelbar oder mittelbar beherrschenden Einfluss ausübenden Gesellschafter stattgefunden hat. Nach Auffassung des Konzerns liegen derartige Ausschlussgründe nicht vor, so dass für bereits veranlagte oder abgelaufene Geschäftsjahre keine Rückstellungen/Verbindlichkeiten für Steuerrisiken gebildet wurden. Eine (erstinstanzliche) abschließende Beurteilung durch die Finanzverwaltung steht noch aus. Sofern es im Rahmen der Betriebsprüfung zu einer steuerlichen Nichtanerkennung kommt und diese auch in einem fortgesetzten Verfahren nicht erfolgreich bekämpft werden kann, könnte sich für die bis zum 31.03.2017 abgelaufenen Veranlagungsjahre eine Steuernachzahlung in Höhe von rund TEUR 2.817 (im Vorjahr TEUR 2.526) exklusive Anspruchszinsen ergeben.

3 Finanzinstrumente

Risikomanagement

Finanzinstrumente sind auf Vertrag basierende wirtschaftliche Vorgänge, die einen Anspruch auf Zahlungsmittel beinhalten. Gemäß IAS 32 gehören hierzu einerseits originäre Finanzinstrumente wie Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen oder auch Finanzforderungen und Finanzschulden. Derivative Finanzinstrumente, die ebenfalls unter diese Kategorie fallen würden, liegen im Konzern nicht vor.

Der Konzern unterliegt hinsichtlich seiner Vermögenswerte und Verbindlichkeiten verschiedenen Finanzrisiken. Finanzielles Risikomanagement wird dabei als Summe unterschiedlicher Maßnahmen verstanden, die darauf abzielen, Risiken zu beherrschen und die nachhaltige Ertragskraft des Konzerns zu sichern.

Finanzrisiken sind wie folgt definiert:

- ◆ Kreditrisiko
- ◆ Währungsrisiko
- ◆ Zinsrisiko
- ◆ Liquiditätsrisiko
- ◆ Preisrisiko

Das Finanzmanagement im Konzern erfolgt zentral durch die Abteilung Finanzen in der Österreichische Staatsdruckerei GmbH, die die übrigen Konzerngesellschaften serviert. Durch diese Zentralisierung kann das Risikomanagement ebenso zentral durchgeführt werden.

Kreditrisiko

Unter Kreditrisiko wird ein unerwarteter Verlust an finanziellen Vermögenswerten verstanden (z.B. Ausfall von Forderungen in Folge Zahlungsunfähigkeit von Kunden). Das maximale Kreditrisiko wird durch die Buchwerte der in der Bilanz angesetzten finanziellen Vermögenswerte zuzüglich bestehender Haftungen wiedergegeben und beträgt zum 31.03.2017 TEUR 16.842 (im Vorjahr TEUR 12.607).

Die Außenstände aus Lieferungen und Leistungen werden laufend zentral überwacht. Die Kunden des Konzerns sind im überwiegenden Ausmaß öffentliche Stellen bzw. Postgesellschaften. In den letzten fünf Jahren kam es abgesehen von dem Sachverhalt mit der Republik Kosovo zu keinen wesentlichen Forderungsabschreibungen.

Die Zahlungen erfolgen grundsätzlich innerhalb der vereinbarten Zahlungsziele bzw. im Rahmen üblicher länderspezifischer Überschreitungen. Aufgrund dieser Erfahrungswerte werden keine Wertberichtigungen für erforderlich gehalten.

Einen davon abweichenden Einzelfall stellen die Ansprüche gegenüber der Republik Kosovo dar. Im Februar 2013 wurde vom Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG eine Klage beim Schiedsgericht der Internationalen Handelskammer in Paris gegen die Republik Kosovo eingebracht. Gegenstand der Klage waren offene Zahlungen aus der Lieferung von elektronischen Reisepässen sowie Schadenersatz für die unberechtigte vorzeitige Vertragskündigung durch die Republik Kosovo. Ende Juli 2016 wurde die Schiedsgerichtsklage überwiegend zu Gunsten des Konzerns entschieden. Die Republik Kosovo hat die Bezahlung dieser rechtskräftigen Forderung bisher allerdings verweigert. Insgesamt beläuft sich der zum 31.3.2017 offene Anspruch auf TEUR 6.528. Angesichts bestehender Unsicherheiten (Zahlungsfähigkeit Kosovo, Durchsetzung Schiedsspruch im Kosovo, Auffindbarkeit von vollstreckbarem Vermögen) bei der Einbringlichmachung der Forderung hat der Konzern im Rahmen der Bilanzierung eine Wertberichtigung in Form eines Risikoabschlages in Höhe von 68,75% vorgenommen. Bei der Ermittlung des Risikoabschlages wurden insbesondere die Einschätzung der mit der Betreuung beauftragten Rechtsanwaltskanzlei sowie die Ergebnisse aus der Marktsondierung für einen Forderungsverkauf berücksichtigt. Der unter den sonstigen kurzfristigen finanziellen Vermögenswerten ausgewiesene Buchwert beträgt nach Abzug von Wertminderungsrisiken TEUR 2.040. Das Ausmaß der tatsächlichen Einbringlichkeit hängt von mehreren Faktoren ab und betrifft die politische (auch im



Sinne von rechtsstaatliche) und wirtschaftliche Entwicklung im Kosovo, die Auffindbarkeit von vollstreckbarem Vermögen der Republik Kosovo im Ausland sowie das Marktumfeld im Falle eines möglichen Forderungsverkaufes. Der Konzern wird alle verfügbaren Rechtsmittel ergreifen um die zugesprochenen Ansprüche bestmöglich durchzusetzen.

Das Risiko bei anderen auf der Aktivseite der Bilanz dargestellten Finanzinstrumenten (insb. Guthaben bei Kreditinstituten) ist ebenfalls als gering anzusehen, da es sich bei den Vertragspartnern um Finanzinstitute mit guter Bonität handelt.

Währungsrisiko

Die Forderungen und Verbindlichkeiten des Konzerns bestehen im Wesentlichen in Euro. Das Währungsrisiko zum Bilanzstichtag ist somit sehr gering.

Die Einkaufs- und Vertriebspolitik ist auch zukünftig darauf ausgerichtet, dass in Heimwährung fakturiert wird. So dies nicht durchsetzbar ist, wird bei zukünftigen Projekten der Einsatz von Absicherungsmaßnahmen geprüft.

Zinsrisiko

Der Konzern ist hinsichtlich seiner Finanzverbindlichkeiten Zinsänderungsrisiken ausgesetzt. Das Zinsänderungsrisiko resultiert dabei insbesondere aus variabel verzinslichen Finanzverbindlichkeiten. Im Geschäftsjahr 2015/16 wurde für den Ankauf einer neuen Druckmaschine ein ERP-geförderter Kredit mit fixem Zinssatz aufgenommen. Abgesehen von diesem Kredit waren zum 31.03.2017 (ebenso wie im Vorjahr) alle langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie sämtliche Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasingvereinbarungen variabel verzinst. Bei dem Leasingvertrag über die Betriebsliegenschaft in der Tenschertstraße 7 (1230 Wien) ist in Ergänzung zur grundsätzlich variablen Verzinsung ein Mindestzins von 3,0% bzw. 3,25% vorgesehen, welcher im Moment zur Anwendung kommt.

(in TEUR)	Buchwert 31.03.2017	Buchwert 31.03.2016
Fix verzinsliche Finanzverbindlichkeiten	7.690	7.403
<i>davon kurzfristig</i>	5.500	5.500
Variabel verzinsliche Finanzverbindlichkeiten	8.162	10.225
Variabel verzinsliche Finanzverbindlichkeiten mit Mindestzins von 3,0%	4.385	4.478
Variabel verzinsliche Finanzverbindlichkeiten mit Mindestzins von 3,5%	541	571

Zinsänderungsrisiken werden gemäß IFRS 7 mittels Sensitivitätsanalysen dargestellt. Im Rahmen der Sensitivitätsanalyse wird ermittelt, welche Auswirkung eine Änderung der Marktzinssätze auf die Zinserträge und Zinsaufwendungen sowie auf das Eigenkapital zum Bilanzstichtag nehmen würde. Wenn das Marktzinsniveau, bezogen auf den 31.03.2017, um 50 Basispunkte höher gewesen wäre, so hätte dies auf das Finanzergebnis des folgenden Jahres einen negativen Effekt in Höhe von TEUR 32 (im Vorjahr TEUR 75). Der Fair Value des im Vorjahr aufgenommenen und im Berichtsjahr zur Gänze ausgenützten, fix verzinsten Kredites beträgt zum 31.03.2017 TEUR 2.136 (im Vorjahr TEUR 1.786).

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko, sich nicht jederzeit Finanzmittel beschaffen zu können, um eingegangene Verbindlichkeiten zu begleichen. Die Beherrschung des Liquiditätsrisikos erfolgt im Konzern durch vorausschauende Liquiditätsplanung, die Vereinbarung ausreichender Kreditlinien sowie die ausreichende Diversifizierung der Kreditgeber.

Preisrisiko

Im nationalen Markt existieren langfristige Lieferverträge mit unseren Kunden, mit indextierten Verkaufspreisen. Auf der Beschaffungsseite existieren für die wesentlichen Vorprodukte ebenfalls mittel- und langfristige Rahmenverträge. Das Preisrisiko halten wir daher für gering. Wesentliche Preisrisiken in Bezug auf Finanzinstrumente liegen nicht vor.

Derivative Finanzinstrumente

Im Konzern wurden sowohl im Berichtsjahr als auch im Vorjahr keine derivativen Finanzinstrumente eingesetzt.

Zusätzliche Angaben zu den Finanzinstrumenten

Finanzielle Vermögenswerte werden bei ihrem erstmaligen Ansatz mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Dabei sind bei allen finanziellen Vermögenswerten, die in der Folge nicht erfolgswirksam bewertet werden, die dem Erwerb direkt zurechenbaren Transaktionskosten zu berücksichtigen.

Zahlungsmittel, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie finanzielle Vermögenswerte haben überwiegend kurze Restlaufzeiten. Daher entsprechen deren Buchwerte zum Abschlussstichtag näherungsweise dem beizulegenden Zeitwert (IFRS 7.29 (a)).

Finanzielle Verbindlichkeiten werden bei ihrem erstmaligen Ansatz mit dem beizulegenden Zeitwert und in der Folgebewertung mit den fortgeführten Anschaffungskosten (FLAC) bewertet.

Aus der nachstehenden Tabelle sind die vertraglich vereinbarten (undiskontierten) Zins- und Tilgungszahlungen der originären finanziellen Verbindlichkeiten ersichtlich:

(in TEUR)	Buchwert 31.03.2017	Cash-Flows GJ 2017/18		Cash-Flows GJ 2018/19 – 2021/22		Cash-Flows GJ 2022/23 ff	
		Zinsen GJ 2017/18	Tilgung GJ 2017/18	Zinsen GJ 2018/19 – 2021/22	Tilgung GJ 2018/19 – 2021/22	Zinsen GJ 2022/23 – ff.	Tilgung GJ 2022/23 – ff.
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	15.488	204	6.700	93	8.788	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.913	0	3.913	0	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	5.290	150	340	549	699	95	4.251
Sonstige verzinssliche Verbindlichkeiten	3.183	0	413	0	1.397	0	1.373

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben in der Regel kurze Restlaufzeiten. Die bilanzierten Werte stellen näherungsweise die beizulegenden Zeitwerte dar. Die beizulegenden Zeitwerte von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und sonstigen finanziellen Verbindlichkeiten werden als Barwerte der mit den Schulden verbundenen Zahlungen unter Zugrundelegung der jeweils gültigen Zinskurve ermittelt.

Bewertungskategorie nach IAS 39

Die Entwicklung der Aktiva und Passiva hinsichtlich der Bewertungskategorien nach IAS 39 stellt sich wie folgt dar:

Aktiva 31.03.2017 (in TEUR)	Zuordnung	Buchwert 31.03.2017	Fortgeführte Anschaff- fungskosten	Anschaff- fungskosten	Fair Value erfolgs- neutral	Fair Value erfolgs- wirksam	Fair Value 31.03.2017
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente *	LaR	6.703	6.703	0	0	0	6.703
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen *	LaR	7.863	7.863	0	0	0	7.863
Finanzielle Vermögenswerte		2.223	2.156	0	0	66	2.223
<i>davon Wertpapiere</i>	<i>HfT</i>	<i>66</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>66</i>	<i>66</i>
<i>sonstige finanzielle Vermögenswerte *</i>	<i>LaR</i>	<i>2.156</i>	<i>2.156</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>2.156</i>

Passiva 31.03.2017 (in TEUR)	Zuordnung	Buchwert 31.03.2017	Fortgeführte Anschaff- fungskosten	Anschaff- fungskosten	Fair Value erfolgs- neutral	Fair Value erfolgs- wirksam	Fair Value 31.03.2017
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen *	FLAC	3.913	3.913	0	0	0	3.913
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	FLAC	15.488	15.488	0	0	0	15.435
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	FLAC	5.290	5.290	0	0	0	5.659
Finanzielle Verbindlichkeiten *	FLAC	3.183	3.183	0	0	0	3.1833

Aktiva 31.03.2016 (in TEUR)	Zuordnung	Buchwert 31.03.2016	Fortgeführte Anschaff- fungskosten	Anschaff- fungskosten	Fair Value erfolgs- neutral	Fair Value erfolgs- wirksam	Fair Value 31.03.2016
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente *	LaR	3.280	3.280	0	0	0	3.280
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen *	LaR	7.960	7.960	0	0	0	7.960
Finanzielle Vermögenswerte		146	93	0	0	53	146
<i>davon Wertpapiere</i>	<i>HfT</i>	<i>53</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>53</i>	<i>53</i>
<i>sonstige finanzielle Vermögenswerte *</i>	<i>LaR</i>	<i>93</i>	<i>93</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>93</i>

* Da es sich um kurzfristige Finanzinstrumente handelt, ist der Buchwert ein angemessener Näherungswert für den Fair Value zum Stichtag.

Passiva 31.03.2016 (in TEUR)	Zuordnung	Buchwert 31.03.2016	Fortgeführte Anschaf- fungskosten	Anschaf- fungskosten	Fair Value erfolgs- neutral	Fair Value erfolgs- wirksam	Fair Value 31.03.2016
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	FLAC	3.394	3.394	0	0	0	3.394
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	FLAC	16.402	16.402	0	0	0	16.285
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	FLAC	6.276	6.276	0	0	0	6.467
Finanzielle Verbindlichkeiten	FLAC	3.034	3.034	0	0	0	3.034

* Da es sich um kurzfristige Finanzinstrumente handelt, ist der Buchwert ein angemessener Näherungswert für den Fair Value zum Stichtag

Lediglich die Anteile an einer in Ungarn bzw. an einer in Griechenland börsennotierten Gesellschaft werden mit dem Fair Value bewertet. Für die Bewertung wird der Börsenkurs zum Bilanzstichtag herangezogen. Es handelt sich somit um Bewertungen nach Level 1 der Fair Value Hierarchie. Der Fair Value zum 31.03.2017 beträgt TEUR 66 (im Vorjahr TEUR 53).

Nettofinanzergebnis nach Bewertungskategorien

2016/17 (in TEUR)	Zinsen	Dividende	FX- Bewertung	Wert- minderung	Wert- steigerung	Netto- ergebnis
Held for trading (aktiv)	0	5	0	0	14	18
Loans and receivables	1	0	0	0	338	339
Financial liabilities at amortized cost	-416	0	0	0	0	-416
Nettoergebnis	-415	5	0	0	352	-59

2015/16 (in TEUR)	Zinsen	Dividende	FX- Bewertung	Wert- minderung	Wert- steigerung	Netto- ergebnis
Held for trading (aktiv)	0	17	0	-16	0	0
Loans and receivables	2	0	0	0	0	2
Financial liabilities at amortized cost	-451	0	0	0	0	-451
Nettoergebnis	-449	17	0	-16	0	-449

4 Leasing

Leasingnehmer als operating lease

Der Konzern ist mehrere Vertragsverhältnisse als Leasingnehmer eingegangen. Bei einem Teil der eingegangenen Vereinbarungen handelt es sich um operative Leasinggeschäfte, die diverse Betriebs- und Geschäftsausstattung betreffen. Zum 31.03.2017 sehen die Verträge dabei Laufzeiten bis zu 58 Monaten vor.

Die künftigen Mindestleasingzahlungen aufgrund von operativen Leasingverträgen setzen sich für jede der folgenden Perioden wie folgt zusammen, wobei im Wesentlichen eine Kündigungsfrist über die vereinbarte Laufzeit von fünf Jahren vereinbart ist.

31.03.2017 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Betriebs- u. Geschäftsausstattung	130	416	0	546
Gesamt	130	416	0	546

31.03.2016 (in TEUR)	kurzfristig < 1 Jahr	langfristig 1 – 5 Jahre	langfristig > 5 Jahre	Gesamt
Betriebs- u. Geschäftsausstattung	135	353	0	489
Gesamt	135	353	0	489

Im Geschäftsjahr 2016/17 wurden Leasingzahlungen in der Höhe von rund TEUR 156 (im Vorjahr TEUR 165) als Aufwand erfasst.

Leasingnehmer als finance lease

Darüber hinaus werden bestimmte Sachanlagen im Rahmen von Finanzierungsleasingvereinbarungen beschafft. Diese betreffen insbesondere technische Anlagen und Maschinen (Personalisierungsanlagen, Lasersysteme, Kuvertierungsmaschinen, Papierzählmaschinen) sowie Serverlandschaften. Weiters ist auch die Leasingvereinbarung über die Betriebsliegenschaft Tenschertstraße 7 (1230 Wien) als Finanzierungsleasing einzustufen. Die Restlaufzeiten der Vereinbarungen liegen zwischen 3 Monaten und 7 Jahren. Es handelt sich durchgängig um variabel verzinsten Verpflichtungen, die sich nach dem 3-Monats-EURIBOR bzw. 6-Monats-EURIBOR inklusive eines vertraglichen vereinbarten Aufschlages bemessen. Bei dem Leasingvertrag über die Betriebsliegenschaft in der Tenschertstraße 7 (1230 Wien) ist in Ergänzung zur grundsätzlich variablen Verzinsung ein Mindestzins von 3,0% bzw. 3,25% vorgesehen, welcher im Moment zur Anwendung kommt. Alle Leasingvereinbarungen basieren auf schriftlich festgelegten Vertragslaufzeiten. Es wurden keine Vereinbarungen über bedingte Mietzahlungen getroffen.

Die Nettobuchwerte der Finanzierungsleasing-Anlagen je Gruppe von Vermögenswerten und deren Entwicklung sind aus folgender Darstellung ersichtlich.

(in TEUR)	Anschaffungs- bzw. Herstellkosten				Buchwerte		Abschreibung		
	Stand 01.04.2016	Zugänge	Abgänge	Stand 31.03.2017	31.03.2017	31.03.2016	kumuliert 31.03.2016	Geschäfts- jahr	kumuliert 31.03.2017
Gebäude	9.557	0	0	9.557	8.197	8.384	1.173	187	1.360
Technische Anlagen und Maschinen	5.833	0	0	5.833	855	1.261	4.572	406	4.978
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	697	0	0	697	130	235	462	105	568
Gesamt	16.087	0	0	16.087	9.182	9.879	6.207	697	6.905

Zum Bilanzstichtag hatte der Konzern mit den Vermietern die folgenden Mindestleasingzahlungen aus den Finanzierungsleasingverträgen vertraglich vereinbart:

Zum Bilanzstichtag hatte der Konzern mit den Vermietern die folgenden Mindestleasingzahlungen aus den Finanzierungsleasingverträgen vertraglich vereinbart:

31.03.2017 (in TEUR)	Mindestleasing- zahlungen	Enthaltener Zinsaufwand	errechneter Barwert
< 1 Jahr	490	150	340
1 – 5 Jahre	1.247	549	699
> 5 Jahre	4.346	95	4.251
Gesamt	6.084	794	5.290

Mindestleasingzahlungen	6.084
abzgl. Zinsaufwand	-794
Barwert der Leasingzahlungen	5.290
abzgl. kurzfristiger Barwertanteil	340
langfristige Leasingverbindlichkeiten	4.950

31.03.2016 (in TEUR)	Mindestleasing- zahlungen	Enthaltener Zinsaufwand	errechneter Barwert
< 1 Jahr	1.143	156	987
1 – 5 Jahre	1.462	567	895
> 5 Jahre	4.621	226	4.394
Gesamt	7.225	949	6.276

Mindestleasingzahlungen	7.225
abzgl. Zinsaufwand	-949
Barwert der Leasingzahlungen	6.276
abzgl. kurzfristiger Barwertanteil	-987
langfristige Leasingverbindlichkeiten	5.290

Leasinggeber

Es besteht lediglich ein Mietverhältnis, bei dem der Konzern Leasinggeber ist. Es handelt sich dabei um ein operatives Leasing. Die jährlichen Erträge betragen TEUR 18, die Restlaufzeit beträgt fünf Jahre. Der überwiegende Leasingwert wurden vom Leasingnehmer bereits zu Beginn des Vertragsverhältnisses im Voraus entrichtet und werden im Konzernabschluss entsprechend über die Laufzeit der Vereinbarung ertragswirksam erfasst. Die Differenz wird vom Leasingnehmer monatlich bezahlt und ertragswirksam erfasst. Die noch nicht ertragswirksam vereinnahmten Entgelte werden als Abgrenzungsposten auf der Passivseite in den sonstigen Verbindlichkeiten dargestellt.



5 Transaktionen mit nahestehenden Personen bzw. Unternehmen

Als nahestehende Personen bzw. Unternehmen werden die beiden Kernaktionäre, die G3 Industrie Privatstiftung und die GRT Privatstiftung, sowie die von ihnen beherrschten oder ihnen nahestehenden Personen und Unternehmen behandelt. Weiters zählen zu den nahestehenden Personen auch die Mitglieder des Aufsichtsrates und die Mitglieder des Vorstands.

Die Österreichische Staatsdruckerei GmbH kaufte, wie im Vorjahr, im abgelaufenen Geschäftsjahr auf Basis einer schriftlichen Vereinbarung von der ECP Capital Partners GmbH (Beteiligung von Herrn Dr. Strohmayer und Herrn Ing. Schächter) Beratungsleistungen im Wert von unverändert TEUR 390 zu.

Zum 31.03.2017 bestehen keine Forderungen gegen nahestehende Personen (im Vorjahr TEUR 117).

Zur Bedienung des Aktienoptionsprogramms fand vom 30.09.2013 bis 18.10.2013 ein Aktienrückkaufprogramm statt, in dessen Rahmen 112.500 Aktien (entspricht 1,5% des Grundkapitals) zur Bedienung des Aktienoptionsprogramms erworben wurden. Das Programm erfolgte börslich und außerbörslich mit einer Preisspanne von EUR 11,00 bis EUR 11,80 pro Stück. Der tatsächliche Ankauf der Gesamtstückzahl erfolgte außerbörslich zu einem Preis von EUR 11,80 und somit mit einem Gesamtvolumen von TEUR 1.328. Verkäufer waren jeweils zur Hälfte die G3 Industrie Privatstiftung und die GRT Privatstiftung.

Zur Bedienung des Aktienoptionsprogramms fand vom 04.09.2014 bis 19.09.2014 ein Aktienrückkaufprogramm statt, in dessen Rahmen 112.500 Aktien (entspricht 1,5% des Grundkapitals) zur Bedienung des Aktienoptionsprogramms erworben wurden. Das Programm erfolgte börslich und außerbörslich mit einer Preisspanne von EUR 11,00 bis EUR 12,10 pro Stück. Der tatsächliche Ankauf der Gesamtstückzahl erfolgte außerbörslich zu einem Preis von EUR 12,10 und somit mit einem Gesamtvolumen von TEUR 1.361. Verkäufer waren jeweils zur Hälfte die G3 Industrie Privatstiftung und die GRT Privatstiftung.

Die Vergütungen des Managements und der Mitglieder des Aufsichtsrates werden unter Punkt C8 angeführt.

6 Erläuterungen zur Konzern Geldflussrechnung

Die Geldflussrechnung zeigt, wie sich die Zahlungsmittel des Konzerns im Laufe des Berichtsjahres durch Mittelzu- und Mittelabflüsse verändert haben. Innerhalb der Geldflussrechnung wird zwischen Zahlungsströmen aus der Geschäftstätigkeit, der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit unterschieden. Die in der Geldflussrechnung ausgewiesene Liquidität umfasst Kassabestand und Guthaben bei Kreditinstituten.

Die Darstellung der operativen Teile der Geldflussrechnung erfolgt nach der indirekten Methode. Im Bereich der Investitionstätigkeit wurden Bereinigungen für noch nicht bezahlte Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Anlagenzugängen in der Höhe von TEUR 110 (im Vorjahr TEUR 68) vorgenommen.

Der Geldfluss aus der Finanzierungstätigkeit beträgt TEUR -5.008 (im Vorjahr TEUR -2.559) und ergibt sich aus der Tilgung von Krediten und Leasingverbindlichkeiten sowie aus der Dividendenausschüttung.

7 Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Zwischen dem Bilanzstichtag zum 31.03.2017 und der Freigabe zur Veröffentlichung am 31.05.2017 gab es keine angabepflichtigen Ereignisse.

8 Organe der Muttergesellschaft

Der Vorstand der Gesellschaft setzt sich aus Herrn Ing. Robert Schächter (Vorstandsvorsitzender), Herrn Prof. Reinhart Gausterer und Herrn Mag. Helmut Lackner zusammen. Es sind keine Prokuristen bestellt.

Als Aufsichtsräte sind Herr Dr. Johannes Strohmayer (Vorsitzender), Herr Dr. Wilfried Stadler (stellvertretender Vorsitzender) und Herr Dr. Peter Hoffmann-Ostenhof bestellt. Herr Mag. Wilhelm Hemetsberger schied aus dem Aufsichtsrat aus. Vom Betriebsrat wurden Herr Martin Smit und Herr Thomas Sperlich als Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat entsandt. Die konstituierende Aufsichtsratsitzung der Gesellschaft fand am 14.07.2016 statt. Sämtliche Mitglieder des Aufsichtsrates sind auch Mitglieder des Prüfungsausschusses

Für die Übernahme der Geschäftsführung in der Österreichische Staatsdruckerei GmbH haben die Mitglieder des Vorstands Vergütungen wie folgt erhalten:

	2016/17 (in TEUR)	2015/16 (in TEUR)
Laufende Bezüge	578	559
davon variable Prämienbestandteile	201	187
Summe ausbezahlte Bezüge	578	559

An Beiträgen zu Mitarbeitervorsorgekassen und Abfertigungsrückstellungsdotierung wurden TEUR 19 (im Vorjahr TEUR 13) entrichtet. Im Zusammenhang mit anteilsbasierten Vergütungen (Aktienoptionsprogramm) wurde zusätzlich ein Betrag von TEUR 75 (im Vorjahr TEUR 127) im Personalaufwand erfasst.

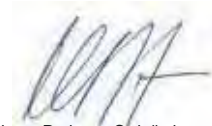
Darüber hinaus gibt es einen Managementvertrag mit der ECP Capital Partners GmbH in der Höhe von TEUR 390, der auch die Vorstandstätigkeit von Herrn Ing. Schächter miteinschließt.

Die Aufsichtsräte erhielten wie im Vorjahr eine Vergütung von TEUR 21.

Es wurden keine Vorschüsse oder Kredite an Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrates gewährt. Zugunsten des Vorstands oder der Aufsichtsräte wurden keine Haftungsverhältnisse eingegangen.

Der Vorstand hat den Konzernabschluss am 31.05.2017 freigegeben und zur Prüfung und Billigung an den Aufsichtsrat weitergeleitet.

Wien, 31. Mai 2017



Ing. Robert Schächter
Vorstandsvorsitzender



Prof. Reinhart Gausterer
Vorstandsmitglied



Mag. Helmut Lackner
Vorstandsmitglied

Vorstand der
Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

An die Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrats
Österreichische Staatsdruckerei Holding AG,
Wien

Wir haben die Prüfung des Konzernabschlusses zum 31. März 2017 der

**Österreichische Staatsdruckerei Holding AG,
Wien,**
(im Folgenden auch kurz „Gesellschaft“ genannt)

abgeschlossen und erstatten über das Ergebnis dieser Prüfung den folgenden Bericht:

1. Prüfungsvertrag und Auftragsdurchführung

In der ordentlichen Hauptversammlung vom 14. Juli 2016 der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG, Wien, wurden wir zum Konzernabschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2016/17 gewählt.

Die Gesellschaft, vertreten durch den Aufsichtsrat, schloss mit uns einen Prüfungsvertrag, den Konzernabschluss zum 31. März 2017 unter Einbeziehung der Buchführung und den Konzernlagebericht gemäß §§ 269ff UGB zu prüfen.¹

Bei der Muttergesellschaft handelt es sich um ein Unternehmen von öffentlichem Interesse gemäß § 189a UGB; dieses gilt daher als große Kapitalgesellschaft im Sinn des § 221 UGB.

Bei der gegenständlichen Prüfung handelt es sich um eine Pflichtprüfung.

Diese Prüfung erstreckt sich darauf, ob bei der Erstellung des Konzernabschlusses die gesetzlichen Vorschriften beachtet wurden. Der Konzernlagebericht ist darauf zu prüfen, ob er mit dem Konzernabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

Es ist auch festzustellen, ob ein Corporate Governance-Bericht (§ 243 b UGB) bzw. ein konsolidierter Corporate Governance-Bericht (§ 267 a UGB) aufgestellt wurde.

Bei unserer Prüfung beachteten wir die in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und berufsethischen Grundsätze ordnungsgemäßer Durchführung von Abschlussprüfungen. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der internationalen Prüfungsstandards (International Standards on Auditing). Wir weisen darauf hin, dass die Konzernabschlussprüfung mit hinreichender Sicherheit die Richtigkeit des Konzernabschlusses gewährleisten soll. Eine absolute Sicherheit lässt sich nicht erreichen, weil jedem internen Kontrollsystem die Möglichkeit von Fehlern imma-

¹ Über die ebenfalls vereinbarte Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. März 2017 berichten wir mittels gesonderten Berichtes.

nent ist und auf Grund der stichprobengestützten Prüfung ein unvermeidbares Risiko besteht, dass wesentliche falsche Darstellungen im Konzernabschluss unentdeckt bleiben. Die Prüfung erstreckte sich nicht auf Bereiche, die üblicherweise den Gegenstand von Sonderprüfungen bilden.

Im Rahmen der Prüfung wurden die im Konzernabschluss zusammengefassten Jahresabschlüsse daraufhin geprüft, ob sie den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung entsprechen und ob die für die Übernahme in den Konzernabschluss maßgeblichen Vorschriften beachtet worden sind.

Wir führten die Prüfung mit Unterbrechungen im Zeitraum von April bis Juni 2017 (Hauptprüfung) überwiegend in den Räumen unserer Kanzlei in Wien durch. Die Prüfung wurde mit dem Datum dieses Berichtes materiell abgeschlossen.

Für die ordnungsgemäße Durchführung des Auftrages ist Herr Mag. Gerhard Posautz, Wirtschaftsprüfer, verantwortlich.

Grundlage für unsere Prüfung ist der mit der Gesellschaft abgeschlossene Prüfungsvertrag, bei dem die von der Kammer der Wirtschaftstreuhänder herausgegebenen „Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe“ (Beilage IV) einen integrierten Bestandteil bilden. Diese Auftragsbedingungen gelten nicht nur zwischen der Gesellschaft und dem Abschlussprüfer, sondern auch gegenüber Dritten. Bezüglich unserer Verantwortlichkeit und Haftung als Abschlussprüfer gegenüber der Gesellschaft und gegenüber Dritten kommt § 275 UGB zur Anwendung.

2. Zusammenfassung des Prüfungsergebnisses

Feststellung zur Gesetzmäßigkeit von Konzernabschluss und Konzernlagebericht sowie zum konsolidierten Corporate Governance-Bericht

Bei Prüfung der Konsolidierung sowie der einbezogenen Jahresabschlüsse wurde die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung festgestellt. Die in den Konzernabschluss einbezogenen Abschlüsse berücksichtigen im Wesentlichen die vom Mutterunternehmen für den Konzernabschluss vorgegebenen einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsrichtlinien und stellen eine geeignete Grundlage für die Einbeziehung in den Konzernabschluss dar. Die für die Übernahme in den Konzernabschluss maßgeblichen Vorschriften wurden beachtet.

Im Rahmen unseres risiko- und kontrollorientierten Prüfungsansatzes haben wir – soweit wir dies für unsere Prüfungsaussage für notwendig erachteten – die internen Kontrollen in Teilbereichen des Rechnungslegungsprozesses in die Prüfung einbezogen.

Hinsichtlich der Gesetzmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichtes verweisen wir auf unsere Ausführungen im Bestätigungsvermerk.

Die Gesellschaft hat einen konsolidierten Corporate Governance-Bericht gemäß § 267a UGB aufgestellt. Eine materielle Prüfung dieses Berichtes war nicht Gegenstand der Konzernabschlussprüfung.

Erteilte Auskünfte

Die gesetzlichen Vertreter erteilten die von uns verlangten Aufklärungen und Nachweise. Eine von den gesetzlichen Vertretern unterfertigte Vollständigkeitserklärung haben wir zu unseren Akten genommen.

Stellungnahme zu Tatsachen nach § 273 Abs. 2 UGB (Ausübung der Redepflicht)

Bei Wahrnehmung unserer Aufgaben als Konzernabschlussprüfer haben wir keine Tatsachen festgestellt, die den Bestand des Konzerns gefährden oder seine Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können oder die schwerwiegende Verstöße der gesetzlichen Vertreter oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz oder Satzung erkennen lassen. Wesentliche Schwächen bei den internen Kontrollen des Rechnungslegungsprozesses sind uns nicht zur Kenntnis gelangt.

3. Bestätigungsvermerk

Bericht zum Konzernabschluss

Prüfungsurteil

Wir haben den Konzernabschluss der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG, Wien, und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) bestehend aus der Konzerngesamtergebnisrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr, der Konzernbilanz zum 31. März 2017, der Konzerneigenkapitalveränderungsrechnung und der Konzerngeldflussrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Konzernanhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der beigefügte Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. März 2017 sowie der Ertragslage und Zahlungsströme des Konzerns für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards, wie sie in der EU anzuwenden sind (IFRS), und den zusätzlichen Anforderungen des § 245a UGB.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt „Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind vom Konzern unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am Bedeutsamsten für unsere Prüfung des Konzernabschlusses des Geschäftsjahres waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses als Ganzes und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt, und wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

- ◆ 1. Werthaltigkeit des Firmenwertes
- ◆ 2. Bewertung Ansprüche gegenüber der Republik Kosovo

1. Werthaltigkeit des Firmenwertes

Sachverhalt und Verweis auf weitergehende Informationen

Unter den immateriellen Vermögenswerten wird ein Firmenwert in Höhe von TEUR 20.751 ausgewiesen, welcher aus dem Erwerb der Österreichische Staatsdruckerei GmbH im Jahr 2007 resultiert. Dieser Firmenwert verteilt sich auf die beiden zahlungsmittelgenerierenden Einheiten „Security Print“ und „e-govern-ment“. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG führt mindestens einmal jährlich und darüber hinaus bei Vorliegen von Hinweisen einen Werthaltigkeitstest (Impairment Test) durch. Die Überprüfung der Werthaltigkeit des Firmenwertes erfordert wesentliche Schätzungen über die zukünftige Entwicklung der Erlöse und Aufwendungen und den daraus resultierenden Zahlungsmittelüberschüssen sowie Annahmen zur Festlegung der verwendeten Diskontierungszinssätze. Die Bewertung ist daher mit Unsicherheiten behaftet. Für den Abschluss besteht das Risiko einer Überbewertung des Firmenwertes.

Die Angaben zu den Erläuterungen des Firmenwertes und dessen Werthaltigkeitsüberprüfung sind im Konzernanhang unter Punkt B.12. (Immaterielle Vermögenswerte) enthalten.

Prüferisches Vorgehen

Wir haben die Angemessenheit der zukunftsbezogenen Schätzungen und wesentlichen Annahmen sowie der herangezogenen Berechnungsmethoden unter Einbeziehung von Bewertungsspezialisten beurteilt.

Dabei haben wir uns mit den in der von der Unternehmensleitung freigegebenen Planungsrechnung angesetzten Prämissen und wesentlichen Werttreibern befasst, um die Angemessenheit dieser Planungen zu verifizieren. Als Indikator für die Planungstreue haben wir einen Vergleich der in den Vorperioden erfolgten Planungen mit den tatsächlichen eingetretenen Werten vorgenommen.

Die zur Festlegung des Diskontierungszinssatzes herangezogenen Annahmen haben wir unter Einbeziehung von Bewertungsspezialisten durch Vergleich mit branchenspezifischen Richtwerten und Ermittlungsmethoden auf ihre Angemessenheit geprüft und das Berechnungsschema nachvollzogen.

Zur Risikobeurteilung möglicher Abweichungen von Ergebnis- und Cash Flow-Schätzungen sowie Abweichungen von den abgeleiteten Diskontierungszinssätzen wurden Sensitivitätsberechnungen vorgenommen.

2. Bewertung Ansprüche gegenüber der Republik Kosovo

Sachverhalt und Verweis auf weitergehende Informationen

Ein gegen die Republik Kosovo angestrengtes Schiedsgerichtsverfahren wegen offener Zahlungen aus der Lieferung von elektronischen Reisepässen sowie Schadenersatz für die unberechtigte Vertragskündigung wurde im Juli 2016 überwiegend zu Gunsten des Konzerns der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG entschieden. Aus dem Schiedsspruch ergeben sich Ansprüche gegen die Republik Kosovo, welche sich zum 31.03.2017 auf einen Betrag von TEUR 6.528 belaufen. Die Republik Kosovo hat die Bezahlung dieser rechtskräftigen Forderung bisher verweigert. Im Rahmen der Bilanzierung haben die gesetzlichen Vertreter eine Beurteilung dahingehend zu treffen, ob und in welchem Ausmaß Wertberichtigungen erforderlich sind. Diese Einschätzungen sind mit Unsicherheiten behaftet. Das Risiko für den Abschluss besteht somit in einer unzutreffenden Bewertung der Ansprüche gegenüber der Republik Kosovo.

Die Angaben zu den Erläuterungen der Bewertungsrisiken im Zusammenhang mit den Ansprüchen gegenüber der Republik Kosovo finden sich im Konzernanhang unter Punkt A.3. (Grundlagen und Bilanzierungsmethoden im Abschnitt Finanzinstrumente sowie Ermessensbeurteilungen und zukünftige Schätzungen) sowie unter Punkt B.16. (sonstige kurzfristige finanzielle Vermögenswerte).

Prüferisches Vorgehen

Wir haben im Rahmen unserer Prüfungstätigkeit die über den Sachverhalt vorhandenen Informationen ausgewertet und mit dem Vorstand besprochen. Darüber hinaus haben wir die Einschätzungen der mit der Betreibung der Forderung betrauten Rechtsanwaltskanzlei sowie der mit einer Marktsondierung für einen Forderungsverkauf beauftragten Bank analysiert, um festzustellen, ob diese eine geeignete Grundlage für die Quantifizierung der Risiken bei der Einbringlichmachung darstellen. Darauf aufbauend haben wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Einschätzungen sowie die Darstellung im Konzernabschluss zum 31.03.2017 gewürdigt.

Verantwortlichkeiten der gesetzlichen Vertreter für den Konzernabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den zusätzlichen Anforderungen des § 245a UGB ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit – sofern einschlägig – anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigten, entweder den Konzern zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen, oder haben keine realistische Alternative dazu.

Der Prüfungsausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns.

Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- ◆ Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen betrügerisches Zusammenwir-

ken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- ◆ Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems des Konzerns abzugeben.
- ◆ Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- ◆ Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes, der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die erhebliche Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr des Konzerns von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.
- ◆ Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.
- ◆ Wir erlangen ausreichende geeignete Prüfungsnachweise zu den Finanzinformationen der Einheiten oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns, um ein Prüfungsurteil zum Konzernabschluss abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die Alleinverantwortung für unser Prüfungsurteil.

Wir tauschen uns mit dem Prüfungsausschuss unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Abschlussprüfung erkennen, aus.

Wir geben dem Prüfungsausschuss auch eine Erklärung ab, dass wir die relevanten beruflichen Verhaltensanforderungen zur Unabhängigkeit eingehalten haben, und tauschen uns mit ihm über alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte aus, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit und – sofern einschlägig – damit zusammenhängende Schutzmaßnahmen auswirken.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, über die wir uns mit dem Prüfungsausschuss ausgetauscht haben, diejenigen Sachverhalte, die am bedeutsamsten für

die Prüfung des Konzernabschlusses des Geschäftsjahres waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte in unserem Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus oder wir bestimmen in äußerst seltenen Fällen, dass ein Sachverhalt nicht in unserem Bestätigungsvermerk mitgeteilt werden sollte, weil vernünftigerweise erwartet wird, dass die negativen Folgen einer solchen Mitteilung deren Vorteile für das öffentliche Interesse übersteigen würden.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Bericht zum Konzernlagebericht

Der Konzernlagebericht ist auf Grund der österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Konzernabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Berufsgrundsätzen zur Prüfung des Konzernlageberichts durchgeführt.

Urteil

Nach unserer Beurteilung ist der Konzernlagebericht nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt worden, enthält zutreffende Angaben nach § 243a UGB und steht in Einklang mit dem Konzernabschluss.

Erklärung

Angesichts der bei der Prüfung des Konzernabschlusses gewonnenen Erkenntnisse und des gewonnenen Verständnisses über den Konzern und sein Umfeld wurden wesentliche fehlerhafte Angaben im Konzernlagebericht nicht festgestellt.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen beinhalten alle Informationen im Geschäftsbericht, ausgenommen den Konzernabschluss, den Konzernlagebericht und den Bestätigungsvermerk. Der Geschäftsbericht wird uns voraussichtlich nach dem Datum des Bestätigungsvermerks zur Verfügung gestellt.

Unser Prüfungsurteil zum Konzernabschluss deckt diese sonstigen Informationen nicht ab, und wir werden keine Art der Zusicherung darauf geben.

In Verbindung mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses ist es unsere Verantwortung, diese sonstigen Informationen zu lesen, sobald diese vorhanden sind, und abzuwägen, ob sie angesichts des bei der Prüfung gewonnenen Verständnisses wesentlich in Widerspruch zum Konzernabschluss stehen oder sonst wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Auftragsverantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Abschlussprüfung auftragsverantwortliche Wirtschaftsprüfer ist
Mag. Gerhard Posautz.

Wien, am 1. Juni 2017

BDO Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft



Mag. Gerhard Posautz
Wirtschaftsprüfer

Mag. Peter Bartos
Wirtschaftsprüfer



Dr. Johannes Strohmayer, Vorsitzender des Aufsichtsrates

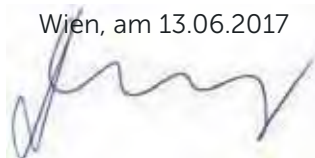
Bericht des Aufsichtsrates der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

Der Aufsichtsrat der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG hat im Geschäftsjahr 2016/17 die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen und sich von der ordnungsgemäßen Geschäftsführung überzeugt. Neben der Überwachung der laufenden Geschäftstätigkeit hat sich der Aufsichtsrat vor allem mit der strategischen Ausrichtung des Unternehmens befasst. Im Berichtsjahr fanden vier ordentliche Aufsichtsratssitzungen und zwei Sitzungen des Prüfungsausschusses statt.

Der gemäß UGB erstellte Jahresabschluss der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG zum 31.03.2017, der gemäß den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellte Konzernabschluss zum 31.03.2017 und die Lageberichte für das Geschäftsjahr 2016/17 wurden von der BDO Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft in Einklang mit den in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Die Prüfung hat keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben.

Die Überprüfung des Jahresabschlusses, des Konzernabschlusses zum 31.03.2017 und der Lageberichte für das Geschäftsjahr 2016/17 durch den Aufsichtsrat haben zu keinen Beanstandungen Anlass gegeben. Der Bericht des Abschlussprüfers BDO Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft wurde den Mitgliedern des Aufsichtsrates vorgelegt. Der Aufsichtsrat hat sich mit dem geprüften und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG zum 31.03.2017, dem Konzernabschluss zum 31.03.2017 sowie den Lageberichten für das Geschäftsjahr 2016/17 einverstanden erklärt, den Jahresabschluss der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG zum 31.03.2017 gebilligt und damit den Jahresabschluss gemäß § 96 Abs 4 Aktiengesetz festgestellt.

Wien, am 13.06.2017



Dr. Johannes Strohmayer
Vorsitzender des Aufsichtsrats

Vorschlag für die Gewinnverteilung

Der Vorstand wird in der am 21. Juli 2017 stattfindenden 7. ordentlichen Hauptversammlung vorschlagen, aus dem im Jahresabschluss zum 31.03.2017 ausgewiesenen Bilanzgewinn von EUR 13.717.644,28 eine Dividende von EUR 0,45 je (dividendenberechtigter) Aktie (in Summe EUR 3.273.750,00 auszuschütten und den verbleibenden Betrag in Höhe von EUR 10.443.894,28 auf neue Rechnung vorzutragen.

Wien, im Mai 2017

Der Vorstand der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

Erklärung aller gesetzlichen Vertreter gemäß § 82 Abs. 4 Z3 BörseG

Als gesetzliche Vertreter der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG bestätigen wir nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte Konzernabschluss zum 31. März 2017 ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt, dass der Konzernlagebericht den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage des Konzerns darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns entsteht und dass der Konzernlagebericht die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten beschreibt, denen der Konzern ausgesetzt ist.

Wien, 31. Mai 2017



Ing. Robert Schächter
Vorstandsvorsitzender



Prof. Reinhart Gausterer
Vorstandsmitglied



Mag. Helmut Lackner
Vorstandsmitglied

Österreichische Staatsdruckerei Holding AG
Tenschertstraße 7
1230 Wien

Sicherheit und Vertrauen weltweit.







IDENTITÄTEN SICHER MANAGEN

Seit über 200 Jahren – und in digitaler Zukunft.

Österreichische Staatsdruckerei Holding AG
Tenschertstraße 7 | 1239 Wien

staatsdruckerei.at | facebook.com/staatsdruckerei



Österreichische Staatsdruckerei Holding AG, Wien

TEIL B:

**EINZELABSCHLUSS DER ÖSTERREICHISCHE
STAATSDRUCKEREI HOLDING AG**

FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2016/17



Österreichische Staatsdruckerei Holding AG, Wien

JAHRESABSCHLUSS UND LAGEBERICHT

zum 31. März 2017

Bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben können durch Verwendung automatischer Rechenhilfen rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten.

Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

Bilanz zum 31.03.2017

Aktive	in EUR	in EUR
	31.03.2017	31.03.2016
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen		
Grundstücke und Bauten	8.153.846,55	8.330.868,47
	8.153.846,55	8.330.868,47
II. Finanzanlagen		
Anteile an verbundenen Unternehmen	30.000.000,00	30.000.000,00
	30.000.000,00	30.000.000,00
	38.153.846,55	38.330.868,47
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	14.642,79	134.227,82
davon mit einer RLZ >1 Jahr	0,00	0,00
2. sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	11.900,05	8.094,98
davon mit einer RLZ >1 Jahr	0,00	0,00
	26.542,84	142.322,80
II. Wertpapiere und Anteile		
1. sonstige Wertpapiere und Anteile	36.329,55	36.329,55
	36.329,55	36.329,55
III. Guthaben bei Kreditinstituten	58.892,28	43.402,20
	121.264,67	222.054,55
C. Rechnungsabgrenzungsposten	10.599,00	-6.059,25
	38.285.710,22	38.558.982,27
Passiva	in EUR	in EUR
	31.03.2017	31.03.2016
A. Eigenkapital		
I. eingefordertes und einbezahltes Grundkapital	7.500.000,00	7.500.000,00
abzgl. Nennwert eigene Anteile	-225.000,00	-225.000,00
Summe ausgegebenes Kapital	7.275.000,00	7.275.000,00
II. Rücklage aus Aktienoptionen	839.278,00	884.456,00
III. Gewinnrücklage		
gesetzliche Rücklage	750.000,00	750.000,00
IV. Rücklage für eigene Anteile	225.000,00	225.000,00
V. Bilanzgewinn, davon Gewinnvortrag	EUR 9.071.450,12 (31.03.2016: EUR 9.217.712,00)	13.717.644,28
	22.906.922,28	22.359.456,12
B. Rückstellungen		
1. Steuerrückstellungen	2.284.510,95	904.087,79
2. sonstige Rückstellungen	21.000,00	20.000,00
	2.285.510,95	924.087,79
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.798.269,36	8.998.269,36
davon mit einer RLZ <1 Jahr	1.200.000,00	1.200.000,00
davon mit einer RLZ >1 Jahr	6.598.269,36	7.798.269,36
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	65.927,73	20.035,50
davon mit einer RLZ <1 Jahr	65.927,73	20.035,50
davon mit einer RLZ >1 Jahr	0,00	0,00
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	294.291,41	1.191.716,90
davon mit einer RLZ <1 Jahr	294.291,41	1.191.716,90
davon mit einer RLZ >1 Jahr	0,00	0,00
4. sonstige Verbindlichkeiten	4.934.788,49	5.065.216,60
davon mit einer RLZ <1 Jahr	135.799,06	139.428,08
davon mit einer RLZ >1 Jahr	4.796.989,43	4.925.788,52
davon aus Steuern	EUR 0,00 (31.03.2016: EUR 2.946,01)	
	13.093.276,99	15.275.238,36
davon mit einer RLZ <1 Jahr	1.696.018,20	2.551.180,48
davon mit einer RLZ >1 Jahr	11.397.258,79	12.724.057,88
	38.285.710,22	38.558.982,27

Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1.4.2016 bis 31.3.2017

	in EUR	in EUR
	2016/17	2015/16
1. Umsatzerlöse	851.653,11	851.542,33
2. Sonstige betriebliche Erträge		
a) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	0,00	2.000,00
3. Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen		
a) Materialaufwand	80,00	0,00
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-44.758,13	-51.410,11
	-44.838,13	-51.410,11
4. Personalaufwand		
a) Gehälter	-74.822,00	-126.722,00
5. Abschreibungen		
a) auf Sachanlagen	-177.021,92	-177.021,92
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) Steuern, soweit sie nicht unter Z 14 fallen	-138,00	-236,00
b) übrige	-483.900,57	-367.277,61
	-484.038,57	-367.513,61
7. Betriebserfolg = Zwischensumme aus Ziffer 1 bis 6	70.932,49	130.874,69
8. Erträge aus Beteiligungen	4.500.000,00	4.000.000,00
davon aus verbundenen Unternehmen	EUR 4.500.000,00 (2015/16: EUR 4.000.000,00)	
9. Erträge aus Wertpapieren des Umlaufvermögens	4.583,30	16.686,13
10. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14,45	69,45
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-314.302,98	-339.664,90
12. Finanzerfolg = Zwischensumme aus Ziffer 8 bis 11	4.190.294,77	3.677.090,68
13. Ergebnis vor Steuern	4.261.227,26	3.807.965,37
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-515.033,10	-219.522,75
15. Ergebnis nach Steuern = Jahresüberschuss	3.746.194,16	4.027.488,12
16. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	9.971.450,12	9.217.712,00
17. Bilanzgewinn	13.717.644,28	13.245.200,12



Anhang zum 31. März 2017

Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

A) ALLGEMEINE GRUNDLAGEN

Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG (FN 290506 s) entstand durch formwechselnde Umwandlung der High Security Holding GmbH, durch die mit Generalversammlungsbeschluss vom 24.06.2010 die Gesellschaft in eine Aktiengesellschaft mit neuem Firmenwortlaut umgewandelt wurde. Diese formwechselnde Umwandlung wurde mit Beschluss des Handelsgerichts Wien vom 28.07.2010, GZ Fr 10082/10s, bewilligt und am 29.07.2010 in das Firmenbuch zu FN 290506 s eingetragen.

Im Zuge der Umwandlung wurde das Stammkapital der Gesellschaft von TEUR 35 auf TEUR 7.500 erhöht. Die Kapitalerhöhung erfolgte in Höhe von TEUR 965 aus Gesellschaftsmitteln und in Höhe von TEUR 6.500 aus einer Barkapitalerhöhung. Das erhöhte und von den Gesellschaftern der Gesellschaft zur Gänze bar eingezahlte Stammkapital der Gesellschaft entspricht dem Grundkapital der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG (vormals High Security Holding GmbH) und ist in 7.500.000 nennbetragslose, auf Inhaber lautende Stückaktien zerlegt. Seit 11. November 2011 notieren die Aktien der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG an der Wiener Börse. Die Notiz erfolgt im Handelssegment ‚Standard Market Auction‘. Kernaktionäre der Gesellschaft sind die GRT Privatstiftung, die G3 Industrie Privatstiftung und die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung.

Gliederungs-, Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des Unternehmensgesetzbuches in der geltenden Fassung unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung, sowie unter Beachtung der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln (§ 222 Abs. 2 UGB), erstellt.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses werden die Grundsätze der Vollständigkeit und der ordnungsmäßigen Bilanzierung eingehalten. Bei der Bewertung wird von der Fortführung des Unternehmens ausgegangen. Bei Vermögensgegenständen und Schulden wird der Grundsatz der Einzelbewertung angewendet.

Dem Vorsichtsprinzip wird Rechnung getragen, indem insbesondere nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen werden. Alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste, die im Berichtsjahr oder einem früheren Geschäftsjahr entstanden sind, wurden berücksichtigt.

Aufgrund der Änderungen durch das Rechnungslegungs-Änderungsgesetzes wurden die eingeführten Grundsätze des wirtschaftlichen Gehalts sowie der Wesentlichkeit berücksichtigt. Bei der Beurteilung von Geschäftsfällen und Vereinbarungen ist das Tragen von Chancen und Risiken für die Bilanzierung ausschlaggebend und nicht die formelle juristische Gestaltung. Gegenüber dem Vorjahr ergeben sich daraus keine Auswirkungen.

Durch die erstmalige Anwendung des Rechnungslegungs-Änderungsgesetzes 2014 sind innerhalb der Gewinn- und Verlustrechnung sowohl im abgelaufenen Geschäftsjahr als auch im Vorjahr Anpassungen im Ausweis vorgenommen worden. Dadurch ergibt sich nur eine eingeschränkte Vergleichbarkeit mit dem Vorjahresabschluss. Soweit Beträge nicht vergleichbar sind, werden diese in der jeweiligen Position nachfolgend erläutert. Ergebniswirksame Änderungen wurden keine durchgeführt, es handelt sich bei den Anpassungen lediglich um Änderungen im Ausweis.

Die bisher angewandten Bewertungs- und Bilanzierungsmethoden, welche sich nicht durch das Rechnungslegungs-Änderungsgesetz 2014 geändert haben, wurden auch bei der Erstellung des vorliegenden Jahresabschlusses beibehalten.

Gemäß § 223 Abs. 4 UGB wurde das Gliederungsschema bei der Darstellung des Eigenkapitals erweitert. Die im Zusammenhang mit der Bilanzierung des Stock-Options-Programms gebildete Rücklage aus Aktienoptionen wird als eigene Position nach dem Grundkapital ausgewiesen.

Das **abnutzbare Sachanlagevermögen** wurde zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibung bewertet.

Finanzanlagen werden zu Anschaffungskosten bzw. im Falle von Wertminderungen zum niedrigeren beizulegenden Zeitwert angesetzt. Die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Anteile an verbundenen Unternehmen betreffen die 100%ige Beteiligung an der Österreichische Staatsdruckerei GmbH. Die Überprüfung der Werthaltigkeit des Buchwertes erfolgt jährlich gemeinsam mit dem Werthaltigkeitstest im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses. Dabei wird durch Diskontierung der zukünftig erwarteten Erträge und Aufwendungen und den daraus abgeleiteten Zahlungsströmen eine Abschätzung des Wertes der Österreichische Staatsdruckerei GmbH vorgenommen. Die durch den Diskontierungszinssatz zum Ausdruck gebrachten Kapitalkosten werden als gewichteter Durchschnitt der Eigen- und Fremdkapitalkosten berechnet und nach dem Capital Asset Pricing Model (CAPM) ermittelt.

Forderungen werden zum Nennwert abzüglich Wertberichtigung für erkennbare Einzelrisiken bilanziert.

Wertpapiere des Umlaufvermögens werden mit den Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren Börsenkurs am Abschlussstichtag angesetzt.

Die **sonstigen Rückstellungen** werden unter Bedachtnahme auf den Vorsichtsgrundsatz in der Höhe des voraussichtlichen Bedarfes gebildet.

Verbindlichkeiten werden mit ihrem voraussichtlichen Erfüllungsbetrag passiviert. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Fremdwährung werden mit dem Umrechnungskurs zum Zeitpunkt des Geschäftsfalls bzw. mit dem höheren Stichtagskurs umgerechnet.

Im Geschäftsjahr 2007/08 wurde ein steuerlicher Gruppenvertrag abgeschlossen. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG ist Gruppenträger. Gruppenmitglieder sind die Österreichische Staatsdruckerei GmbH und seit dem Geschäftsjahr 2011/2012 auch die OeSD International GmbH. Der Gruppenvertrag sieht vor, dass vom Gruppenmitglied für steuerpflichtige Ergebnisse eine Steuerumlage an den Gruppenträger zu leisten ist. Die Gruppenumlage wird mit 23% des steuerlichen Gewinnes festgesetzt. Verluste werden evident gehalten und in den Folgejahren mit steuerpflichtigen Ergebnissen gegengerechnet. In diesem Zusammenhang erfolgt die Umlage in Abstimmung mit dem Gruppenmitglied.

Das Geschäftsjahr 2017 betrifft den Zeitraum 1. April 2016 bis 31. März 2017.

Alle Angaben erfolgen in TEUR. Nachdem bei der gerundeten Darstellung in der internen Rechnungsgenauigkeit auch die nicht dargestellten Ziffern berücksichtigt werden, können Rundungsdifferenzen auftreten.

B) ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

1) Sachanlagen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens wird im beiliegenden Anlagenspiegel dargestellt.

Im Zuge der Verschmelzung im Geschäftsjahr 2012 mit der OeSD Leasing GmbH hat die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG auch den Leasingvertrag mit der Bank Austria Leasing ARGO Immobilienleasing GmbH über die Betriebsliegenschaft in der Tenschertstraße 7 (1230 Wien) übernommen.

Dieser Leasingvertrag ist derart ausgestaltet, dass die wesentlichen Chancen und Risiken in wirtschaftlicher Betrachtung beim Leasingnehmer liegen. Aus diesem Grund erfolgt (wie davor schon bei der OeSD Leasing GmbH) eine bilanzielle Einstufung als Finanzierungsleasingvereinbarung. Die Nutzungsdauer für die Betriebsliegenschaft beträgt unverändert zum Vorjahr 26 Jahre. Der Grundwert beträgt zum 31.03.2017 unverändert TEUR 4.790.

2) Finanzanlagen

Die Anteile an verbundenen Unternehmen betreffen die Anteile an der Österreichische Staatsdruckerei GmbH als 100%ige Tochter der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG.

3) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

In der OeSD International GmbH wurde ein Körperschaftsteuer-Aufwand von TEUR 15 (im Vorjahr TEUR 134) ermittelt. Diese Steuerumlage gegenüber der OeSD International GmbH ist in der Position Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von TEUR 15 (im Vorjahr TEUR 134) enthalten.

Die sonstigen Forderungen betreffen wie im Vorjahr Forderungen gegenüber Lieferanten.

In den sonstigen Forderungen sind wie im Vorjahr keine Erträge enthalten, welche erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam sind.

4) Sonstige Wertpapiere und Anteile

Wie im Vorjahr wurden die bestehenden Wertpapiere weitergeführt und zum Bilanzstichtag 31. März 2017 mit TEUR 36 bewertet.

Durch das Rechnungslegungs-Änderungsgesetz 2014 kam es zu einer Änderung der Darstellung von eigenen Anteile. Diese werden nun im Eigenkapital abgebildet. Gemäß § 906 Abs. 36 UGB kam es für eine bessere Vergleichbarkeit zu einer Anpassung der Vorjahreszahlen, wodurch sich die sonstigen Wertpapiere und Anteile um 2.689 TEUR reduzieren.

5) Guthaben bei Kreditinstituten

Der ausgewiesene Betrag besteht zur Gänze aus Bankguthaben.

6) Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft beträgt TEUR 7.500 und ist in 7.500.000 nennbetragslose, auf Inhaber lautende, Stückaktien zerlegt. Am 18.10.2013 wurden zum Zwecke der Bedienung des Aktienoptionsprogramms 112.500 eigene Aktien und am 19.09.2014 weitere 112.500 eigene Aktien erworben. Die angeschafften Aktien entsprechen 3% der ausgegebenen Aktien.

Der Nennwert der eigenen Anteile in Höhe von TEUR 225 wird gemäß Rechnungslegungs-Änderungsgesetz 2014 im Eigenkapital als Abzugsposten im ausgegebenen Kapital sowie als eigener Posten (Rücklage für eigene Anteile) dargestellt. Im vorherigen Geschäftsjahr wurden die eigenen Anteile mit den Anschaffungskosten in Höhe von TEUR 2.689 einerseits in den Wertpapieren des Umlaufvermögens und andererseits als eigener Posten (Rücklage für eigene Anteile) im Eigenkapital bilanziert. Für eine bessere Vergleichbarkeit wurde eine Anpassung der Vorjahreszahlen gemäß § 906 Abs 36 UGB durchgeführt. Durch die geänderte Darstellung der eigenen Anteile reduzieren sich jeweils die Wertpapiere des Umlaufvermögens sowie das Eigenkapital um TEUR 2.689.

Es besteht eine gesetzliche Rücklage im Ausmaß von 10% des Grundkapitals.

Im Geschäftsjahr 2013 wurde für die Mitglieder des Vorstands ein Aktienoptionsprogramm beschlossen:

Das Aktienoptionsprogramm wurde unter Einhaltung der Grundsätze für Bezüge der Vorstandsmitglieder gemäß § 78 AktG erstellt. Die inhaltlichen Bedingungen wurden vom Aufsichtsrat festgelegt. Die Bedienung der Aktienoptionen soll mit eigenen Aktien erfolgen, eine entsprechende Beschlussfassung dazu ist in der Hauptversammlung vom 14.09.2012 erfolgt.

Das Aktienoptionsprogramm läuft ab dem Geschäftsjahr 2013 (beginnend mit 01.04.2012). Der Zeitraum, in welchem den Vorstandsmitgliedern Optionen eingeräumt werden, beträgt fünf Jahre und ist in fünf idente Tranchen unterteilt. In das Aktienoptionsprogramm wurden die Mitglieder des Vorstands mit Ausnahme von Herrn Vorstandsvorsitzenden, Ing. Robert Schächter, einbezogen.

Gemäß dem Aktienoptionsprogramm werden den Berechtigten pro Geschäftsjahr 22.500 Optionen gewährt. Die Gesamtanzahl der an Vorstände im Rahmen des Aktienoptionsprogramms einzuräumenden Optionen beträgt – unter Berücksichtigung der ursprünglich anspruchsberechtigten Vorstandsmitglieder - maximal insgesamt 337.500. Jede Option berechtigt zum Erwerb einer Aktie der Gesellschaft.

Der Ausübungspreis wurde mit € 3,00 je Aktie festgelegt. Die eingeräumten Optionen können von jedem Vorstandsmitglied jeweils nach einer Wartefrist von zwei Jahren ab dem Zeitpunkt der Einräumung der Optionen bis zum Ablauf der nächsten drei Jahre ausgeübt werden. Eingeräumte Optionen sind nicht übertragbar. Für die aufgrund der Ausübung der Optionen erworbenen Aktien besteht keine Behaltefrist. Die Bedienung der Aktienoptionen erfolgt durch Erwerb eigener Anteile.

Die Bilanzierung des Aktienoptionsprogramms erfolgt in Einklang mit der AFRAC-Stellungnahme zur Behandlung anteilsbasierter Vergütungen in UGB-Abschlüssen. In der Gewinn- und Verlustrechnung wurde im Geschäftsjahr 2017 ein Aufwand von TEUR 75 (im Vorjahr TEUR 127) verbucht und als Gegenposition eine Rücklage aus Aktienoptionen im Eigenkapital gebildet.

Herr Mag. Thomas Zach hat seine Vorstandstätigkeit mit Wirkung zum 31.03.2013 zurückgelegt und nimmt daher nicht mehr am Aktienoptionsprogramm teil.

Mit Vereinbarung vom 02.12.2014 ist Herr Mag Lackner aus dem Aktienoptionsprogramm ausgeschieden. Dabei kam es zu einem Verzicht auf die Anwartschaften auf Aktienoptionen ab dem Geschäftsjahr 2015. Die davor eingeräumten Optionen über insgesamt 45.000 Stück wurden entsprechend den Bedingungen des Aktienoptionsprogramms mit einer einmaligen Zahlung in Höhe von TEUR 402 abgefunden. Im Ausmaß von TEUR 195 erfolgte dabei eine Kürzung der Optionsrücklage, der darüber hinausgehende Betrag in Höhe von TEUR 207 wurde erfolgsmindernd im Personalaufwand erfasst.

Durch das Ausscheiden der beiden Vorstandsmitglieder aus dem Aktienoptionsprogramm hat sich die Anzahl der maximal einzuräumenden Optionen auf 112.500 verringert.

Zum 31.03.2013, 31.03.2014, 31.03.2015, 31.03.2016 und 31.03.2017 sind Herrn Prof. Gausterer jeweils 22.500 Aktienoptionen eingeräumt. Diese Optionen können frühestens zum 01.04.2014, 01.04.2015, 01.04.2016, 01.04.2017 und 01.04.2018 ausgeübt werden. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden – wie schon in den Jahren zuvor - keine Optionen ausgeübt.

Der Marktwert der zum Bilanzstichtag eingeräumten Rechte beträgt TEUR 1.350 (im Vorjahr TEUR 1.080). Der Marktwert der Optionen zum Zeitpunkt der Einräumung wurde nach dem Black-Scholes-Modell ermittelt, wobei auch Annahmen hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit eines vorzeitigen Austritts von begünstigten Vorstandsmitgliedern berücksichtigt wurde.

Am 18.10.2013 wurden zum Zwecke der Bedienung des Aktienoptionsprogramms 112.500 eigene Aktien zu je EUR 11,80 erworben. Am 19.09.2014 wurden zu diesem Zwecke 112.500 Aktien zu je EUR 12,10 erworben. Die angeschafften Aktien entsprechen 3% der ausgegebenen Aktien.

7) Rückstellungen

Die Rückstellungen betreffen vor allem Körperschaftsteuern der steuerlichen Gruppe in Höhe von TEUR 1.529 (im Vorjahr TEUR 904) und seit dem Geschäftsjahr 2017 auch die passive latente Steuer in Höhe von TEUR 736. Der erstmalige Ansatz erfolgte aufgrund des methodischen Wechsels bei der Erfassung latenter Steuern (vom GuV-orientierten timing-concept hin zum bilanzorientierten temporary-concept).

Die Differenzen zwischen Handels- und Steuerrecht bestehen im Bereich des Anlagevermögens und der Leasingverbindlichkeiten, der Stiftungseinlagen samt Nachstiftungen, des Aktienoptionsprogramms, sowie der Geldbeschaffungskosten. Es wird durchgängig ein Steuersatz von 25% verwendet.

Im Zuge einer derzeit laufenden steuerlichen Betriebsprüfung wird seitens der Finanzverwaltung der der Firmenwertabschreibung zugrundeliegende Erwerb aus dem Jahr 2007 dahingehend überprüft, ob ein die Firmenabschreibung (und in weiterer Folge auch ab dem Jahr 2011 den Abzug der Fremdfinanzierungskosten) ausschließender Erwerb von einem konzernzugehörigen Unternehmen bzw. von einem unmittelbar oder mittelbar beherrschenden Einfluss ausübenden Gesellschafter stattgefunden hat. Nach Auffassung des Konzerns liegen derartige Ausschlussgründe nicht vor, so dass für bereits veranlagte oder abgelaufene Geschäftsjahre keine Rückstellungen/Verbindlichkeiten für Steuerrisiken gebildet wurden. Eine (erstinstanzliche) abschließende Beurteilung durch die Finanzverwaltung steht noch aus. Sofern es im Rahmen der Betriebsprüfung zu einer steuerlichen Nichtanerkennung kommt und diese auch in einem fortgesetzten Verfahren nicht erfolgreich bekämpft werden kann, könnte sich für die bis zum 31.03.2017 abgelaufenen Veranlagungsjahre eine Steuernachzahlung in Höhe von rund TEUR 2.817 (exkl. Anspruchszinsen) ergeben.

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten die Rückstellungen für die Jahresabschlussprüfung TEUR 21 (im Vorjahr TEUR 20).

8) Verbindlichkeiten

Verbindlichkeitenspiegel zum 31.03.2017		
		über 5 Jahre
		TEUR
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0
3.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0
4.	sonstige Verbindlichkeiten	4.251
	<i>davon aus Steuern</i>	0
Summe Verbindlichkeiten		4.251

Verbindlichkeitenspiegel zum 31.03.2016		
		über 5 Jahre
		TEUR
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0
2.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0
3.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0
4.	sonstige Verbindlichkeiten	4.394
	<i>davon aus Steuern</i>	0
Summe Verbindlichkeiten		4.394

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Aufwendungen in Höhe von TEUR 9 (im Vorjahr TEUR 13) enthalten, welche erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam sind.

Für den Kauf der Österreichische Staatsdruckerei GmbH wurden im Geschäftsjahr 2008 zwei langfristige Kredite im Gesamtwert von TEUR 25.000 aufgenommen. Im Geschäftsjahr 2014 wurden diese Kredite umgeschuldet und zur Gänze getilgt (TEUR 11.143). Zur Umschuldung wurden zwei langfristige Kredite im Gesamtwert von TEUR 12.000 aufgenommen. Im Berichtsjahr wurden wie im Vorjahr davon TEUR 1.200 getilgt, im kommenden Geschäftsjahr 2017/18 wird die Tilgung TEUR 1.200 betragen. In den nächsten fünf Jahren werden beide Kredite mit insgesamt TEUR 6.598 (im Vorjahr TEUR 7.798) zur Gänze getilgt werden. Zur Sicherstellung der Kredite wurden die Anteile der Österreichische Staatsdruckerei GmbH an den Kreditgeber verpfändet.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von TEUR 294 (im Vorjahr TEUR 1.192) betreffen mit TEUR 163 die Umlagen im Rahmen der Gruppenbesteuerung und sonstige Akontierungen bzw. im Ausmaß von TEUR 131 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind unter anderem Verbindlichkeiten aus Gebäudeleasing in Höhe von TEUR 4.926 (im Vorjahr TEUR 5.049) enthalten. Für die Leasingverbindlichkeiten bestehen dingliche Sicherheiten insoweit als der Leasinggeber zivilrechtlicher Eigentümer des geleasten Objekts ist.

Die restlichen sonstigen Verbindlichkeiten betreffen noch nicht fällige Zinsverrechnungen der beiden Kredite.

C) ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert.

1) Umsatzerlöse

Die ausgewiesenen Umsätze betreffen Mieterlöse und Erlöse aus Facility-Dienstleistungen. Sämtliche Umsatzerlöse wurden im Inland erbracht.

2) Aufwendungen für bezogene Leistungen

Hierunter werden die Kosten für Fremdpersonal betreffend Facility-Dienstleistungen verrechnet.

3) Personalaufwand

Für das im Geschäftsjahr 2013 beschlossene Aktienoptionsprogramm wurde ein Aufwand von TEUR 75 (im Vorjahr TEUR 127) verbucht.

4) Abschreibungen

Die Abschreibungen im Geschäftsjahr betragen wie im Vorjahr TEUR 177.

5) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen im Wesentlichen Rechts- und Beratungsaufwendungen, Dienstleistungen der Österreichische Staatsdruckerei GmbH und Sachversicherungen.

Das Honorar des Abschlussprüfers beträgt für die Prüfung des Einzel- und Konzernabschlusses zum 31.03.2017 TEUR 21 (im Vorjahr TEUR 20). An erbrachten Beratungsleistungen und sonstigen Leistungen wurden vom Abschlussprüfer im Geschäftsjahr 2017 insgesamt Honorare in Höhe von TEUR 9 (im Vorjahr TEUR 16) in Rechnung gestellt.

6) Steuern vom Einkommen und Ertrag

Unter Berücksichtigung des steuerlichen Gruppenvertrages mit der Österreichische Staatsdruckerei GmbH und der OeSD International GmbH ergibt sich insgesamt ein Steuerertrag von TEUR 221 (im Vorjahr TEUR 220). Seit dem Geschäftsjahr 2017 wird die passive latente Steuer (gemäß Rechnungslegungs-Änderungsgesetz 2014) erstmalig in Höhe von TEUR 736 angesetzt.

D) ANGABEN ÜBER VERBUNDENE UNTERNEHMEN

Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG mit Sitz in Wien hält alle Anteile an der Österreichische Staatsdruckerei GmbH. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG erstellt einen Konzernabschluss, der die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG, die Österreichische Staatsdruckerei GmbH, die OeSD International GmbH, die OeSD International SEE SH.P.K., die OeSD Europe GmbH und die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung einschließt. Der Konzernabschluss wird beim Handelsgericht Wien eingereicht.

Am 1. März 2012 wurde mit Eintragung ins Firmenbuch die OeSD International SEE SH.P.K. als 100%-ige Tochter der OeSD International GmbH gegründet und mit einem Stammkapital in Höhe von TEUR 1 ausgestattet. Ihren Sitz hat die OeSD International SEE SH.P.K. in Prishtina, Republik Kosovo.

Am 21. Juni 2012 wurde die OeSD Europe GmbH (FN 382708g) mit Sitz in Wien als 100%-ige Tochter der OeSD International GmbH gegründet. Das Stammkapital beträgt TEUR 35 und wurde zur Hälfte geleistet.

Eigenkapital und Ergebnis der unmittelbar von der Gesellschaft gehaltenen Beteiligungen

zum 31.03.2017

Gesellschaft	Sitz	Stammkapital	Beteiligung	Eigenkapital u. Ergebnis 2017	Währung
Österreichische Staatsdruckerei GmbH	Wien	72.672,84	100,00%	6.862.901,90 6.600.467,42	EUR

zum 31.03.2016

Gesellschaft	Sitz	Stammkapital	Beteiligung	Eigenkapital u. Ergebnis 2016	Währung
Österreichische Staatsdruckerei GmbH	Wien	72.672,84	100,00%	4.762.434,48 4.554.381,44	EUR

E) ANGABEN ÜBER ORGANE UND ARBEITNEHMER

Der Vorstand der Gesellschaft setzt sich aus Ing. Robert Schächter (Vorstandsvorsitzender), Prof. Reinhart Gausterer und Mag. Helmut Lackner zusammen. Es sind keine Prokuristen bestellt.

Die Gesellschaft beschäftigt wie im Vorjahr keine Arbeitnehmer.

Für die Übernahme der Geschäftsführung in der Österreichische Staatsdruckerei GmbH haben die Mitglieder des Vorstands Vergütungen wie folgt erhalten:

	2016/17 (in TEUR)	2015/16 (in TEUR)
Laufende Bezüge	578	559
davon variable Prämienbestandteile	201	187
Summe ausbezahlte Bezüge	578	559

An Beiträgen zu Mitarbeitervorsorgekassen und Abfertigungsrückstellungsdotierung wurden TEUR 19 (im Vorjahr TEUR 13) entrichtet. Darüber hinaus gibt es einen Managementvertrag mit der ECP Capital Partners GmbH in der Höhe von TEUR 390, der auch die Vorstandstätigkeit von Herrn Ing. Schächter miteinschließt. Diese Vergütungen und Aufwendungen werden in der Tochtergesellschaft der Österreichischen Staatsdruckerei Holding AG erfasst.

Im Zusammenhang mit anteilsbasierten Vergütungen (Aktienoptionsprogramm) wurde ein Betrag von TEUR 75 (im Vorjahr TEUR 127) im Personalaufwand der Österreichischen Staatsdruckerei Holding AG erfasst.

Als Aufsichtsräte sind Dr. Johannes Strohmayr (Vorsitzender), Dr. Wilfried Stadler (stellvertretender Vorsitzender) und Dr. Peter Hoffmann-Ostenhof bestellt. Mag. Wilhelm Heinetsberger schied aus dem Aufsichtsrat aus. Vom Betriebsrat wurden Herr Martin Smit und Herr Thomas Sperlich als Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat entsandt. Die konstituierende Aufsichtsratssitzung der Gesellschaft fand am 14.07.2016 statt. Sämtliche Mitglieder des Aufsichtsrates sind auch Mitglieder des Prüfungsausschusses.

Die Aufsichtsräte erhielten wie im Vorjahr eine Vergütung von TEUR 21.

Es wurden keine Vorschüsse und Kredite gewährt. Zugunsten des Vorstandes oder der Aufsichtsräte wurden keine Haftungsverhältnisse eingegangen.

F) DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE

Im Berichtsjahr wurden, wie im Vorjahr, keine derivativen Finanzinstrumente eingesetzt.

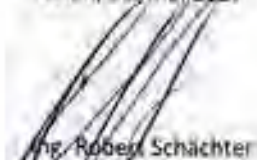
G) Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Es kam zu keinen zu berichtenden Ereignissen nach dem Bilanzstichtag.

H) Ergebnisverwendungsvorschlag

Für das Berichtsjahr wird der Vorstand der Gesellschaft die Auszahlung einer Dividende von EUR 0,45 pro stimmberechtigter Aktie vorschlagen. Dies entspricht einer Ausschüttung von insgesamt rund TEUR 3.274.

Wien, 31. Mai 2017


Ing. Robert Schächter
Vorstandsvorsitzender


Prof. Reinhart Gausterer
Vorstandsmitglied


Mag. Helmut Lackner
Vorstandsmitglied

Vorstand der
Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

Anlagenspiegel zum 31.3.2017

	Anschaftungs- und Herstellungskosten Stand zum 1.4.2016	Stand zum 1.4.2016	kumulierte Abschreibungen Stand zum 1.4.2016	Zugänge	Stand zum 31.3.2017	Buchwert 31.3.2016	Buchwert 31.3.2017
I. Sachanlagen							
1. Grundstücke und Bauten	9.083.211,63	9.083.211,63	752.343,16	177.021,92	929.365,08	8.330.868,47	8.153.846,55
Summe Sachanlagen	9.083.211,63	9.083.211,63	752.343,16	177.021,92	929.365,08	8.330.868,47	8.153.846,55
II. Finanzanlagen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	30.000.000,00	30.000.000,00	0,00	0,00	0,00	30.000.000,00	30.000.000,00
Summe Finanzanlagen	30.000.000,00	30.000.000,00	0,00	0,00	0,00	30.000.000,00	30.000.000,00
Gesamtsumme Anlagevermögen	39.083.211,63	39.083.211,63	752.343,16	177.021,92	929.365,08	38.330.868,47	38.153.846,55



Lagebericht 2017

Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

1. Geschäftsverlauf, Geschäftsergebnis und Lage des Unternehmens

1.1. Geschäft und Rahmenbedingungen

Das Geschäftsjahr 2017 betrifft den Zeitraum 01.04.2016 bis 31.03.2017. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG (FN 290506 s) entstand durch formwechselnde Umwandlung der High Security Holding GmbH, die mit Generalversammlungsbeschluss vom 24.06.2010 in eine Aktiengesellschaft mit neuem Firmenwortlaut umgewandelt wurde. Diese formwechselnde Umwandlung wurde mit Beschluss des Handelsgerichts Wien vom 28.07.2010, GZ Fr 10082/10s, bewilligt und am 29.07.2010 in das Firmenbuch zu FN 290506 s eingetragen.

Im Zuge der Umwandlung wurde das Stammkapital der Gesellschaft von TEUR 35 auf TEUR 7.500 erhöht. Das erhöhte und von den Gesellschaftern der Gesellschaft zur Gänze bar eingezahlte Stammkapital der Gesellschaft entspricht dem Grundkapital der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG (vormals High Security Holding GmbH) und ist in 7.500.000 nennwertlose, auf Inhaber lautende Stückaktien zerlegt. Seit 11.11.2011 notieren die Aktien der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG an der Wiener Börse. Die Notiz erfolgt im Handelssegment 'Standard Market Auction'. Kernaktionäre der Gesellschaft sind die GRT Privatstiftung, die G3 Industrie Privatstiftung und die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung.

Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG hielt während des gesamten Berichtsjahres 225.000 eigene Aktien, dies entspricht 3% der ausgegebenen Aktien.

Unternehmensgegenstand ist die Beteiligung an Gesellschaften in Form einer Holding, sowie die Durchführung von Beratungsleistungen zu allgemeinen Sicherheitsthemen.

Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG hält seit 2007 alle Anteile an der Österreichische Staatsdruckerei GmbH (FN 186375g, HG Wien).

Im Geschäftsjahr bezahlte die Österreichische Staatsdruckerei GmbH eine Dividende in Höhe von TEUR 4.500 (im Vorjahr TEUR 4.000).

Der Vorstand der Gesellschaft setzte sich während des gesamten Berichtsjahres aus Robert Schächter (Vorstandsvorsitzender), Prof. Reinhart Gausterer und Mag. Helmut Lackner zusammen. Es wurden keine Prokuristen bestellt.

Zu Beginn des Geschäftsjahres gehörten folgende Personen dem Aufsichtsrat an: Dr. Johannes Strohmayer (Vorsitzender), Dr. Wilfried Stadler (Vorsitzender-Stv.), Mag. Wilhelm Hemetsberger (Vorsitzender Stv.), Dr. Peter Hoffmann-Ostenhof, Martin Smit (Arbeitnehmersvertreter) und Thomas Sperlich (Arbeitnehmersvertreter). In der Hauptversammlung am 14. Juli 2016 wurden die Aufsichtsratsmandate der Kapitalvertreter mit Ausnahme von Mag. Wilhelm Hemetsberger um fünf Jahre verlängert. Herr Mag. Wilhelm Hemetsberger schied auf eigenen Wunsch aus dem Aufsichtsrat aus. Im Geschäftsjahr fanden vier ordentliche Aufsichtsratssitzungen und zwei Sitzungen des Prüfungsausschusses statt. Die Mitglieder des Aufsichtsrates sind auch Mitglieder des Prüfungsausschusses.

Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG ist die oberste Konzerngesellschaft des Konzerns, der aus sechs Unternehmen besteht. Neben der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG und der Österreichische Staatsdruckerei GmbH umfasst der Konzern auch die OeSD International GmbH, einer 100%-Tochter der

Österreichische Staatsdruckerei GmbH und die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung. Die OeSD International GmbH hält 100% der Anteile an der OeSD International SEE SH.P.K. und der OeSD Europe GmbH.

Es wird ein Konzernabschluss gemäß IFRS erstellt.

Mit Stiftungsurkunde vom 05.03.2012 haben die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG und die Österreichische Staatsdruckerei GmbH gemeinsam die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung mit Sitz in Wien errichtet. Der Stiftung wurde ein Stiftungsvermögen von TEUR 4.300 zugewendet, wobei TEUR 2.150 von der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG unentgeltlich zur Verfügung gestellt wurden. Mit diesen Mitteln hat die Stiftung insgesamt 4,9% der Anteile an der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG erworben. Die Stiftung hat den Zweck Dividenden direkt an die Mitarbeiter der Österreichische Staatsdruckerei GmbH und der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG auszuzahlen.

Im Geschäftsjahr 2008 wurde ein steuerlicher Gruppenvertrag abgeschlossen. Die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG ist Gruppenträger und die Österreichische Staatsdruckerei GmbH und die OeSD International GmbH sind Gruppenmitglied. Die Gruppenumlage wird mit 23% des steuerlichen Gewinnes festgesetzt.

Alle Angaben erfolgen in TEUR. Nachdem bei der gerundeten Darstellung in der internen Rechnungsgenauigkeit auch die nicht dargestellten Ziffern berücksichtigt werden, können Rundungsdifferenzen auftreten.

1.2. Geschäftsergebnis, Ertragslage

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres betrugen wie im Vorjahr TEUR 852. Es wurde ein Betriebsergebnis von TEUR 71 (im Vorjahr TEUR 131) erzielt. Der Finanzerfolg in Höhe von TEUR 4.190 (im Vorjahr TEUR 3.677) setzte sich im Wesentlichen aus Beteiligungserträgen (TEUR 4.500, im Vorjahr TEUR 4.000) und Zinsaufwendungen (TEUR 314, im Vorjahr TEUR 340) zusammen. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit betrug somit TEUR 4.261 (im Vorjahr TEUR 3.808).

Unter Berücksichtigung des steuerlichen Gruppenvertrages mit der Österreichische Staatsdruckerei GmbH und der OeSD International GmbH ergibt sich insgesamt ein Steuerertrag von TEUR 221 (im Vorjahr TEUR 220). Seit dem Geschäftsjahr 2017 wird durch den Wechsel vom GuV-orientierten timing concept hin zum bilanzorientierten temporary concept eine passive latente Steuer (gemäß Rechnungslegungs-Änderungsgesetz 2014) in Höhe von TEUR 736 angesetzt. Somit ergeben sich Steuern vom Einkommen und vom Ertrag von in Summe TEUR -515 (im Vorjahr TEUR 219).

Nach Steuern resultierte ein Jahresüberschuss von TEUR 3.746 (im Vorjahr TEUR 4.027).

Vom Bilanzgewinn des Vorjahres (TEUR 13.245) wurde eine Dividende in Höhe von TEUR 3.274 ausgeschüttet. Somit betrug der Gewinnvortrag aus dem Vorjahr TEUR 9.971. Zusätzlich des Gewinnvortrages aus dem Vorjahr ergab sich ein Bilanzgewinn des Geschäftsjahres von TEUR 13.718.

Die Österreichische Staatsdruckerei GmbH erzielte im Geschäftsjahr einen Umsatz von TEUR 44.469 (im Vorjahr TEUR 39.074). Der Betriebserfolg betrug TEUR 7.558 (im Vorjahr TEUR 5.569) und der Finanzerfolg TEUR -86 (im Vorjahr TEUR 184). Nach Abzug der Ertragssteuern (TEUR 872, im Vorjahr TEUR 1.198) ergab sich ein Jahresüberschuss von TEUR 6.600 (im Vorjahr TEUR 4.554).

1.3. Finanzlage

Der Cash Flow aus dem Ergebnis inklusive Ertragsteuern beträgt im Berichtsjahr TEUR 5.358 (im Vorjahr TEUR 4.636). Zusätzlich der Veränderung der Konzernforderungen und sonstigen Forderungen und Vermögensgegenständen (TEUR 116, im Vorjahr -100), der Veränderung von Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, Konzernverbindlichkeiten und sonstigen Verbindlichkeiten (TEUR -859, im Vorjahr TEUR -40) sowie der Veränderung der kurzfristigen Rückstellung (TEUR 1, im Vorjahr TEUR -2) ergibt sich ein Cash Flow aus dem operativen Bereich von TEUR 4.612 (im Vorjahr TEUR 4.469).

Im Berichtsjahr wurden analog zum Vorjahr keine Investitionen getätigt. Der Cash Flow aus Investitionstätigkeiten beträgt aufgrund einer Kapitalrückzahlung eines Emittenten im Vorjahr TEUR 25 (im Berichtsjahr TEUR 0).

Der Cash Flow aus Finanzierungsaktivitäten beträgt TEUR -4.597 (im Vorjahr TEUR -4.593). Dieser setzt sich zusammen aus der Tilgung von Leasingverbindlichkeiten (TEUR -123, im Vorjahr TEUR -119), der Tilgung von Bankkrediten (wie im Vorjahr TEUR -1.200), sowie der Dividendenzahlung an die Aktionäre (wie im Vorjahr TEUR -3.274).

Die Veränderung der liquiden Mittel beträgt daher in Summe TEUR 15 (im Vorjahr TEUR -99) und es resultiert ein Endbestand an liquiden Mitteln von TEUR 58 (im Vorjahr TEUR 43).

1.4. Vermögenslage

Um eine bessere Vergleichbarkeit der Geschäftsjahre zu gewährleisten, erfolgte aufgrund des Rechnungslegungs-Änderungsgesetzes 2014 gemäß § 906 Abs. 36 UGB eine Anpassung der Vorjahreszahlen. Die eigenen Anteile werden im Eigenkapital als Abzugsposten im ausgegebenen Kapital sowie als eigene Position (Rücklage für eigene Anteile dargestellt. Die nachfolgenden Darstellungen und Berechnungen basieren auf den bereits angepassten Werten und sind daher mit dem Jahresabschluss des Vorjahres nur eingeschränkt vergleichbar.

Die Bilanzsumme sank im Berichtsjahr um TEUR 273 auf TEUR 38.286 (im Vorjahr TEUR 38.559).

Das Anlagevermögen ging aufgrund der Abschreibungen auf Grundstücke und Bauten um TEUR 177 zurück. Das Umlaufvermögen sank um TEUR 101, die aktive Rechnungsabgrenzung stieg um TEUR 5.

Auf der Passivseite stieg das Eigenkapital aufgrund des Jahresgewinns (TEUR 3.746) abzüglich der Dividende (TEUR 3.274) und des Anstiegs der Rücklage aus Aktienoptionen (TEUR 74) um TEUR 547. Die Rückstellungen stiegen aufgrund der Körperschaftssteuer um TEUR 1.361 und die Verbindlichkeiten sanken um TEUR 2.182 wegen Darlehenstilgungen und der Reduktion der Verbindlichkeiten gegenüber der Österreichischen Staatsdruckerei GmbH.

Die Eigenmittelquote gemäß § 23 URG beträgt 59,8% (im Vorjahr 58,0%).

1.5. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Nach dem Bilanzstichtag gab es keine Vorgänge von besonderer Bedeutung.

1.6. Forschung und Entwicklung (Forschungsbericht)

Die Gesellschaft erbringt keine eigenständigen Forschungsleistungen.

1.7. Mitarbeiter

Die Gesellschaft beschäftigte, wie im Vorjahr, zum Bilanzstichtag keine Mitarbeiter.

Mit Stiftungsurkunde vom 05.03.2012 haben die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG und die Österreichische Staatsdruckerei GmbH gemeinsam die Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung mit Sitz in Wien errichtet. Der Stiftung wurde ein Stiftungsvermögen von TEUR 4.300 zugewendet, wobei TEUR 2.150 von der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG unentgeltlich zur Verfügung gestellt wurden. Mit diesen Mitteln hat die Stiftung insgesamt 4,9% der Anteile an der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG erworben. Damit partizipieren die Mitarbeiter des Konzerns am finanziellen Erfolg und Wachstums des Konzerns.

1.8. Umwelt

Als Holdinggesellschaft werden keine Betriebsanlagen betrieben. Die von der Gesellschaft verursachten Umweltauswirkungen sind gering.

2. Voraussichtliche Entwicklung

Die bestehenden Beteiligungen haben sich in der Vergangenheit positiv entwickelt. Die vorliegenden Planungen lassen auch für die nächsten Jahre ein weiteres Wachstum erwarten. Durch das Listing an der Wiener Börse wurde der Rahmen geschaffen, um weitere Wachstumsschritte des Konzerns darstellen zu können.

3. Risikoberichterstattung

Im Zuge ihrer Holdingtätigkeit ist die Gesellschaft keinen eigenen operativen Risiken ausgesetzt. Zur Bedienung der langfristigen Kredite ist eine kontinuierliche Dividendenausschüttung durch die Österreichische Staatsdruckerei GmbH notwendig. Entsprechend wird durch ein laufendes Monitoring die Ertrags-, Finanz- und Vermögenssituation der Beteiligungen beobachtet.

Im Zuge einer derzeit laufenden steuerlichen Betriebsprüfung wird seitens der Finanzverwaltung der der Firmenwertabschreibung zugrundeliegende Erwerb aus dem Jahr 2007 dahingehend überprüft, ob ein die Firmenabschreibung (und in weiterer Folge auch den Abzug der Fremdfinanzierungskosten) ausschließender Erwerb von einem konzernzugehörigen Unternehmen bzw. von einem unmittelbar oder mittelbar beherrschenden Einfluss ausübenden Gesellschafter stattgefunden hat.

Nach Auffassung des Konzerns liegen derartige Ausschlussgründe nicht vor, so dass für bereits veranlagte oder abgelaufene Geschäftsjahre keine Rückstellungen für Steuerrisiken gebildet wurden. Eine (erstinstanzliche) Beurteilung durch die Finanzverwaltung steht noch aus.

Im Berichtsjahr wurden, wie im Vorjahr, keine derivativen Finanzinstrumente eingesetzt.

4. Angaben gemäß § 243a UGB

Zusammensetzung Kapital, Maßgebliche Aktionäre und Angaben zur Ausübung von Stimmrechten (§ 243a Abs. 1 UGB)

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt TEUR 7.500 und ist in 7.500.000 nennwertlose, auf Inhaber lautende, Stückaktien zerlegt.

Gemäß § 243a Abs. 1 Z 3 UGB anzugebende Aktionäre mit einer Beteiligung von zumindest 10% sind die GRT-Privatstiftung mit rund 45,6 % und die G3 Industrie Privatstiftung mit rund 45,7%.

Die im März 2012 gemeinsam mit der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG errichtete Staatsdruckerei Mitarbeiter Privatstiftung hält einen Anteil von 4,9%. Jede Verfügung über diese Anteile durch die Stiftung (z.B. Verkauf, Verpfändung, Schenkung usw.) bedarf der Zustimmung durch die Österreichische Staatsdruckerei Holding AG. Die Stiftung wird durch den Stiftungsvorstand vertreten. Vorsitzender des Stiftungsvorstand ist Herr Mag Helmut Lackner, der auch Vorstand der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG ist. Bei der Ausübung ihrer Stimmrechte wird die Stiftung durch den Stiftungsvorstand vertreten.

In der **Hauptversammlung vom 30.09.2011** wurden u.a. folgende Beschlüsse gefasst:

Ermächtigung des Vorstands gemäß § 169 AktG, das Grundkapital innerhalb von fünf Jahren ab Beschlussfassung, mit Zustimmung des Aufsichtsrats um bis zu maximal Nominale TEUR 1.875 durch Ausgabe von bis zu 1.875.000 Stück auf Inhaber oder Namen lautende Stückaktien zum Mindestausgabekurs von 100% des anteiligen Betrags am Grundkapital, in einer oder mehreren Tranchen gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen und die Ausgabebedingungen im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen. Dabei wird das Bezugsrecht der Aktionäre hinsichtlich der neuen Aktien ausgeschlossen (genehmigtes Kapital I.).

Ermächtigung des Vorstands gemäß § 169 AktG, das Grundkapital innerhalb von fünf Jahren ab Beschlussfassung, mit Zustimmung des Aufsichtsrats um bis zu maximal Nominale TEUR 1.875 durch Ausgabe von bis zu 1.875.000 Stück auf Inhaber oder Namen lautende Stückaktien zum Mindestausgabekurs von 100% des anteiligen Betrags am Grundkapital, in einer oder mehreren Tranchen gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen und die Ausgabebedingungen im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen. Dabei kann ein Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre hinsichtlich der neuen Aktien vorgesehen werden (genehmigtes Kapital II.).

Ermächtigung des Vorstands gemäß § 174 Abs. 2 AktG, innerhalb von fünf Jahren ab Beschlussfassung, Wandelschuldverschreibungen, mit denen ein Umtausch- oder Bezugsrecht auf bis zu 3.750.000 Stück auf Inhaber oder Namen lautende Stammaktien der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von bis zu TEUR 3.750 verbunden ist, in einer oder mehreren Tranchen auszugeben und sämtliche Bedingungen der Wandelschuldverschreibungen festzusetzen. Dabei wird das Bezugsrecht der Aktionäre gemäß § 174 Abs. 4 AktG in Verbindung mit § 153 AktG im Falle der Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen gemäß dieser Ermächtigung ausgeschlossen.

Beschluss über eine bedingte Erhöhung des Grundkapitals gemäß § 159 Abs. 2 Z 1 AktG um bis zu TEUR 3.750 durch Ausgabe von bis zu 3.750.000 Stück neue, auf Inhaber oder Namen lautende Stammaktien der Gesellschaft zur Gewährung von Umtausch- oder Bezugsrechten an die Gläubiger der Wandelschuldverschreibungen (bedingtes Kapital).

Die genannten Ermächtigungen sind im Geschäftsjahr 2016/17 ausgelaufen und wurden nicht ausgeübt.

In der **Hauptversammlung vom 11.07.2014** wurde der Vorstand für die Dauer von 30 Monaten zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 65 Abs. 1 Z 8 sowie Abs. 1a und 1b AktG bis zu maximal 10% des Grundkapitals ermächtigt. Der Vorstand wurde weiters ermächtigt, erworbene eigene Aktien ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss einzuziehen oder wieder zu veräußern und die Veräußerungsbedingungen festzusetzen. Die Ermächtigung kann ganz oder in mehreren Teilbeträgen und in Verfolgung eines oder mehrere Zwecke durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen oder für Rechnung der Gesellschaft durch Dritte ausgeübt werden.

Gemäß § 65 Abs. 1b AktG in Verbindung mit § 153 Abs. 3 und 4 AktG ist, unbeschadet der Bestimmung des § 65 Abs. 1b letzter Satz AktG, die Verwendung von erworbenen eigenen Aktien zum Zwecke der Bedienung von Mitgliedern des Vorstands gewährten Aktienoptionen im Ausmaß von maximal bis zu 225.000 Aktien gestattet, wobei diesfalls das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen ist.

Schließlich wurde der Vorstand für die Dauer von fünf Jahren ermächtigt, erworbene eigene Aktien gemäß § 65 Abs. 1b AktG in Verbindung mit §§ 169 bis 171 AktG mit Zustimmung des Aufsichtsrats auf jede andere gesetzliche Art, auch außerbörslich zu veräußern, wobei der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht (das Wiederkaufsrecht) der Aktionäre ausschließen kann.

Mit diesem Beschluss wurde der vorangegangene Hauptversammlungsbeschluss vom 14.09.2012 widerrufen, dessen Inhalt durch den neuen Beschluss obsolet geworden ist.

Weiters wurde im Geschäftsjahr 2013 ein Aktienoptionsprogramm für Mitglieder des Vorstands beschlossen:

Das Aktienoptionsprogramm wurde unter Einhaltung der Grundsätze für Bezüge der Vorstandsmitglieder gemäß § 78 AktG erstellt. Die inhaltlichen Bedingungen wurden vom Aufsichtsrat festgelegt. Die Bedienung der Aktienoptionen soll mit eigenen Aktien erfolgen, eine entsprechende Beschlussfassung dazu ist in der Hauptversammlung vom 14.09.2012 bzw. 11.07.2014 erfolgt.

Das Aktienoptionsprogramm läuft ab dem Geschäftsjahr 2013 (beginnend mit 01.04.2012). Der Zeitraum, in welchem den Vorstandsmitgliedern Optionen eingeräumt werden, beträgt fünf Jahre und ist in fünf idente Tranchen unterteilt. In das Aktienoptionsprogramm wurden die Mitglieder des Vorstands mit Ausnahme von Herrn Vorstandsvorsitzenden, Ing. Robert Schächter, einbezogen.

Gemäß dem Aktienoptionsprogramm werden den Berechtigten pro Geschäftsjahr 22.500 Optionen gewährt. Die Gesamtanzahl der an Vorstände im Rahmen des Aktienoptionsprogramms einzuräumenden Optionen beträgt unter Berücksichtigung der ursprünglich anspruchsberechtigten Vorstandsmitglieder maximal insgesamt 337.500. Jede Option berechtigt zum Erwerb einer Aktie der Gesellschaft.

Der Ausübungspreis wurde mit EUR 3,00 je Aktie festgelegt. Die eingeräumten Optionen können von jedem Vorstandsmitglied jeweils nach einer Wartefrist von zwei Jahren ab dem Zeitpunkt der Einräumung der Optionen bis zum Ablauf der nächsten drei Jahre ausgeübt werden. Eingeräumte Optionen sind nicht übertragbar. Für die aufgrund der Ausübung der Optionen erworbenen Aktien besteht keine Behaltefrist. Die Bedienung der Aktienoptionen erfolgt durch Erwerb eigener Anteile.

Die Bilanzierung des Aktienoptionsprogramms erfolgt in Einklang mit der AFRAC-Stellungnahme zur Behandlung anteilsbasierter Vergütungen in UGB-Abschlüssen. In der Gewinn- und Verlustrechnung wurde im Geschäftsjahr 2017 ein Aufwand von TEUR 74 (im Vorjahr TEUR 127) verbucht und als Gegenposition eine Optionsrücklage im Eigenkapital gebildet. Der Marktwert der Optionen zum Zeitpunkt der Einräumung wurde nach dem Black-Scholes-Modell ermittelt, wobei auch Annahmen hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit eines vorzeitigen Austritts von begünstigten Vorstandsmitgliedern berücksichtigt wurde.

Herr Mag. Thomas Zach hat seine Vorstandstätigkeit mit Wirkung zum 31.03.2013 zurückgelegt und nimmt daher nicht mehr am Aktienoptionsprogramm teil.

Mit Vereinbarung vom 02.12.2014 ist Herr Mag Lackner aus dem Aktienoptionsprogramm ausgeschieden. Dabei kam es zu einem Verzicht auf die Anwartschaften auf Aktienoptionen ab dem Geschäftsjahr 2015. Die davor eingeräumten Optionen über insgesamt 45.000 Stück wurden entsprechend den Bedingungen des Aktienoptionsprogramms mit einer einmaligen Zahlung in Höhe von TEUR 402 abgefunden. Im Ausmaß von TEUR 195 erfolgte dabei eine Kürzung der Optionsrücklage, der darüberhinausgehende Betrag in Höhe von TEUR 207 wurde erfolgsmindernd im Personalaufwand erfasst.

Somit nimmt zum Bilanzstichtag 31.03.2017 lediglich Herr Prof. Reinhart Gausterer am Optionsprogramm teil. Ihm sind 112.500 Optionen eingeräumt. 90.000 Optionen können bereits gezogen werden, weitere 22.500 Stück können erstmals zum 01.04.2018 ausgeübt werden. Es wurden bislang noch keine Optionen ausgeübt. Der Marktwert der zum Bilanzstichtag eingeräumten Rechte beträgt TEUR 1.350 (im Vorjahr TEUR 1.080).

Bislang fanden zwei Aktienrückkaufprogramme statt:

Das erste Rückkaufprogramm fand vom 30.09.2013 bis 18.10.2013 statt, in dessen Rahmen 112.500 Aktien (entspricht 1,5% des Grundkapitals) erworben wurden. Das Programm erfolgte börslich und außerbörslich mit einer Preisspanne von EUR 11,00 bis EUR 11,80 pro Stück. Der tatsächliche Ankauf der Gesamtstückzahl erfolgte außerbörslich zu einem Preis von EUR 11,80 und somit mit einem Gesamtvolumen von TEUR 1.328. Verkäufer waren jeweils zur Hälfte die G3 Industrie Privatstiftung und die GRT Privatstiftung.

Das zweite Rückkaufprogramm fand vom 04.09.2014 bis 19.09.2014 statt. Erneut wurden 112.500 Aktien (entspricht 1,5% des Grundkapitals) erworben. Das Programm erfolgte börslich und außerbörslich mit einer Preisspanne von EUR 11,00 bis EUR 12,10 pro Stück. Der tatsächliche Ankauf der Gesamtstückzahl erfolgte außerbörslich zu einem Preis von EUR 12,10 und somit mit einem Gesamtvolumen von TEUR 1.361. Verkäufer waren jeweils zur Hälfte die G3 Industrie Privatstiftung und die GRT Privatstiftung.

Die Gesellschaft hält somit in Summe 225.000 Stück eigene Aktien. Für das Aktienoptionsprogramm werden maximal 112.500 Stück benötigt.

Wesentliche Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess (§ 243a Abs. 2 UGB)

Unter dem internen Kontrollsystem (IKS) sind sämtliche aufeinander abgestimmte Methoden und Maßnahmen zu verstehen, die dazu dienen, das Vermögen zu sichern, die Genauigkeit und Zuverlässigkeit der Abrechnungsdaten zu gewährleisten und die Einhaltung der vorgeschriebenen Geschäftspolitik zu unterstützen. Das Risikomanagement umfasst sämtliche Prozesse, die der Identifikation, Analyse und Bewertung von Risiken sowie der Ergreifung von geeigneten Maßnahmen zur Risikokontrolle dienen.

Die Einrichtung eines angemessenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess bzw. die Finanzberichterstattung liegt in der Verantwortung des Vorstands. Das am Sitz der Gesellschaft angesiedelte Rechnungswesen ist für die Finanzbuchhaltung und das Controlling aller in den Konzern der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG einbezogenen Unternehmen zuständig. Das Rechnungswesen ist direkt dem Vorstand unterstellt.

Durch entsprechende organisatorische Maßnahmen wird sichergestellt, dass die gesetzliche Vorgabe, dass die Eintragungen in die Bücher und die sonstigen Aufzeichnungen vollständig, richtig, zeitgerecht und geordnet zu erfolgen haben, erfüllt wird.

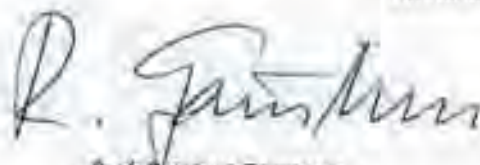
Der gesamte Prozess von der Beschaffung bis zur Zahlung unterliegt Regeln und Richtlinien, die wesentliche damit im Zusammenhang stehenden Risiken vermeiden sollen. Zu diesen Maßnahmen und Regeln zählen beispielsweise Funktionstrennungen, Unterschriftenordnungen, ausschließlich kollektive und auf wenige Personen eingeschränkte Zeichnungsermächtigung für Zahlungen sowie systemunterstützte Prüfungen durch die verwendete SAP-Software. Durch dieses systematische Kontrollmanagement ist es gewährleistet, dass die Rechnungslegung der Gesellschaft in Einklang mit den nationalen und internationalen Rechnungslegungsstandards sowie internen Richtlinien steht.

Zwischen Controlling und der Finanzbuchhaltung besteht eine enge Zusammenarbeit. Die Informationen des internen und externen Rechnungswesens basieren auf derselben Datenbasis und werden monatlich für das Berichtswesen abgestimmt. Das Berichtswesen umfasst neben unmittelbar finanziellen Leistungsindikatoren (einschließlich Soll-Ist-Vergleiche) auch Informationen über sonstige für die Unternehmenssteuerung relevante Betriebskennzahlen. Auf Basis dieses standardisierten Finanzberichtswesens wird der Vorstand laufend über alle relevanten Sachverhalte informiert. Bei bedeutenden Ereignissen erfolgt eine unmittelbare anlassbezogene Berichterstattung an den Vorstand.

Der Aufsichtsrat wird in zumindest einer pro Quartal stattfindenden Aufsichtsratssitzung über den laufenden Geschäftsgang inklusiver operativer Planung und mittelfristiger Strategie unterrichtet. In besonderen Fällen wird der Aufsichtsrat auch unmittelbar informiert. Die Überwachung des internen Kontrollsystems erfolgt durch regelmäßige Berichterstattung und Behandlung im Aufsichtsrat bzw. Prüfungsausschuss.

Wien, 31. Mai 2017


Robert Schächter
Vorstandsvorsitzender


Prof. Reinhard Gästerer
Vorstandsmitglied


Mag. Helmut Lackner
Vorstandsmitglied

Vorstand der
Österreichische Staatsdruckerei Holding AG

4. BESTÄTIGUNGSVERMERK

BERICHT ZUM JAHRESABSCHLUSS

PRÜFUNGSURTEIL

Wir haben den Jahresabschluss der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG, Wien, bestehend aus der Bilanz zum 31. März 2017, der Gewinn- und Verlustrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Anhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der beigefügte Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 31. März 2017 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

GRUNDLAGE FÜR DAS PRÜFUNGSURTEIL

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt „Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“

unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften, und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

BESONDERS WICHTIGE PRÜFUNGSSACHVERHALTE

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am Bedeutsamsten für unsere Prüfung des Jahresabschlusses des Geschäftsjahres waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt, und wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

- Werthaltigkeit Finanzanlagen

Werthaltigkeit Finanzanlagen

Sachverhalt und Verweis auf weitergehende Informationen

Die Anteile an verbundenen Unternehmen betreffen die Beteiligung an der Österreichische Staatsdruckerei GmbH, welche im Jahr 2007 zu einem Kaufpreis (= Anschaffungskosten) in Höhe von 30,0 Mio. EUR erworben wurde. Der Buchwert der Beteiligung entspricht den Anschaffungskosten und stellt mit einem Anteil von über 78 % an der Bilanzsumme die weitestgrößte Einzelposition auf der Aktivseite der Bilanz dar.

Die Beurteilung der Werthaltigkeit des Beteiligungsansatzes erfordert wesentliche Schätzungen der gesetzlichen Vertreter zur Beurteilung, ob eine Wertminderung zum Bilanzstichtag vorliegt sowie gegebenenfalls zur Quantifizierung solcher Wertminderungen. Das wesentliche Risiko besteht dabei in der Schätzung der zukünftigen Entwicklung der Erlöse und Aufwendungen und den daraus resultierenden Cashflows der Österreichische Staatsdruckerei GmbH, welche zur Beurteilung der Werthaltigkeit herangezogen werden.

Die Angaben der Gesellschaft zu den Anteilen an verbundenen Unternehmen sind im Anhang in den Gliederungs-, Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen (Punkt A), in den Angaben zu verbundenen Unternehmen (Punkt D) sowie im Anlagerspiegel zum 31. März 2017 enthalten.

Prüferisches Vorgehen

Wir haben die Angemessenheit der zukunftsbezogenen Schätzungen und wesentlichen Annahmen beurteilt.

Dabei haben wir uns mit den in der von der Unternehmensleitung freigegebenen Planungsrechnung angesetzten Prämissen und wesentlichen Werttreibern befasst, um die Angemessenheit dieser Planungen zu verifizieren. Als Indikator für die Planungstreue haben wir einen Vergleich der in den Vorperioden erfolgten Planungen mit den tatsächlichen eingetretenen Werten vorgenommen.

Darüber hinaus haben wir überprüft, ob Indikatoren für eine mögliche Wertminderung vorliegen.

VERANTWORTLICHKEITEN DER GESETZLICHEN VERTRETER FÜR DEN JAHRESABSCHLUSS

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit – sofern einschlägig – anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigten, entweder die Gesellschaft zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen, oder haben keine realistische Alternative dazu.

Der Prüfungsausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft.

VERANTWORTLICHKEITEN DES ABSCHLUSS- PRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES JAHRESAB- SCHLUSSES

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- ▶ Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- ▶ Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.
- ▶ Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- ▶ Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die erhebliche Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr der Gesellschaft von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.
- ▶ Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.

Wir tauschen uns mit dem Prüfungsausschuss unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Abschlussprüfung erkennen, aus.

Wir geben dem Prüfungsausschuss auch eine Erklärung ab, dass wir die relevanten beruflichen Verhaltensanforderungen zur Unabhängigkeit eingehalten haben, und tauschen uns mit ihm über alle Beziehungen und sonstige Sachverhalte aus, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit und – sofern einschlägig – damit zusammenhängende Schutzmaßnahmen auswirken.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, über die wir uns mit dem Prüfungsausschuss ausgetauscht haben, diejenigen Sachverhalte, die am bedeutsamsten für die Prüfung des Jahresabschlusses des Geschäftsjahres waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte in unserem Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus oder

wir bestimmen in äußerst seltenen Fällen, dass ein Sachverhalt nicht in unserem Bestätigungsvermerk mitgeteilt werden sollte, weil vernünftigerweise erwartet wird, dass die negativen Folgen einer solchen Mitteilung deren Vorteile für das öffentliche Interesse übersteigen würden.

BERICHT ZUM LAGEBERICHT

Der Lagebericht ist auf Grund der österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Berufsgrundsätzen zur Prüfung des Lageberichts durchgeführt.

Urteil

Nach unserer Beurteilung ist der Lagebericht nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt worden, enthält zutreffende Angaben nach § 243a UGB und steht in Einklang mit dem Jahresabschluss.

Erklärung

Angesichts der bei der Prüfung des Jahresabschlusses gewonnenen Erkenntnisse und des gewonnenen Verständnisses über die Gesellschaft und ihr Umfeld wurden wesentliche fehlerhafte Angaben im Lagebericht nicht festgestellt.

AUFTRAGSVERANTWÖRTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Abschlussprüfung auftragsverantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Mag. Gerhard Posautz.

Wien, am 1. Juni 2017

BDO Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

Mag. Gerhard Posautz
Wirtschaftsprüfer

Mag. Peter Bartos
Wirtschaftsprüfer

BDO
Kohlmarkt 9, 1010 Wien

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Jahresabschluss samt Lagebericht. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs. 2 UGB zu beachten.

Erklärung aller gesetzlichen Vertreter gemäß § 82 Abs. 4 Z3 BörseG

Als gesetzliche Vertreter der Österreichische Staatsdruckerei Holding AG bestätigen wir nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte Jahresabschluss des Mutterunternehmens zum 31. März 2017 ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt, dass der Lagebericht den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage des Unternehmens so darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens entsteht und dass der Lagebericht die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten beschreibt, denen das Unternehmen ausgesetzt ist.

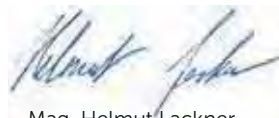
Wien, 31. Mai 2017



Ing. Robert Schächter
Vorstandsvorsitzender



Prof. Reinhart Gausterer
Vorstandsmitglied



Mag. Helmut Lackner
Vorstandsmitglied

Österreichische Staatsdruckerei Holding AG
Tenschertstraße 7
1230 Wien